

#freistarten

Beschlussbuch der Landeskonzferenz

der Jusos Bayern vom 14. bis 15. April 2018 in Bayreuth



Inhaltsverzeichnis

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso-Landesvorstand	#freistarten mit den Jusos Bayern	2
------	---------------------	-----------------------------------	---

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Schwaben	Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.	10
-----	----------------	--	----

B Bildung

B-1	Jusos Unterfranken	Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern	16
B-6	Jusos Niederbayern	Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum	25

C Wohnen

C-1	Jusos Oberbayern	Frei in die eigene Wohnung starten	28
-----	------------------	------------------------------------	----

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	35
D-2	Jusos Mittelfranken	Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!	40
D-8	Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand	Direkte Demokratie	43

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Oberfranken	Mehr Unterstützung für MINT	50
-----	-------------------	-----------------------------	----

G Gesundheit

G-2	Jusos Niederbayern	Psychische Störungen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen	53
-----	--------------------	--	----

G-3	Jusos Niederbayern	Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!	55
-----	-----------------------	--	----

I Internationales und Frieden

I-2	Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand	Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!	58
-----	--	---	----

K Kampf gegen Rechts

K-1	Jusos Niederbayern	“Der Dritte Weg” muss endlich verboten werden!	60
-----	-----------------------	--	----

P Partei

P-5	Jusos Unterfranken	Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene	63
P-6	Jusos Niederbayern	Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!	64

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-1	Jusos Schwaben	Umweltschutz ins Grundgesetz!	66
U-3	Jusos Unterfranken	Wir sind Teil der Wolf-gang	68

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V-1	Jusos Niederbayern	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen	70
V-2	Jusos Schwaben	Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültigen Fahrschein	79
V-3	Jusos Mittelfranken	Internet als Grundversorgung	81
V-5	Jusos Niederbayern	Verbesserung des ÖPNVs	82

INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberbayern	Flughafen München zu „Kurt-Eisner-Flughafen“ umbenennen!	84
INI-2	Jusos Oberbayern	Wir brauchen saubere Luft! Wirksame Luftreinhaltepläne jetzt!	85
INI-4	Jusos Schwaben, Jusos Oberbayern, Jusos Oberpfalz	Nein zum neuen PAG!	86

INI-5 Opf	INI-5 Resolution: Weg mit §219a	88
INI-6 Ofr	INI 6: Kein ruhiges Hinterland für autoritäre und faschistoide Strukturen in Bayern! Weder auf der Straße noch im Parlament!	90

AP Arbeitsprogramm

AP Arbeitsprogramm

AP-1	Juso- Landesvorstand	#freistarten mit den Jusos Bayern	2
------	-------------------------	-----------------------------------	---

AP-1

Titel	#freistarten mit den Jusos Bayern
Antragsteller*innen	Juso-Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz

#freistarten mit den Jusos Bayern

- 1 Wir Jusos Bayern gehen mit viel Elan in das Wahljahr 2018. Mit dem Motto „#freistarten“ stellen wir einen
2 eigenen Jugendwahlkampf auf die Beine, der sich vor allem auf die Themen Wohnen, Bildung, Ausbildung und
3 Arbeit, Mobilität und Kampf gegen Rechts konzentriert. Unser eigenes Jugendwahlprogramm bringen wir aktiv
4 in die BayernSPD ein und gestalten dort den Programmprozess mit.
- 5
- 6 Unsere Kampagne hat einen positiven Grundton, sie ist nach vorne gerichtet und zeichnet ein Bild von einem
7 progressiven Bayern. Freiheit, Solidarität, Offenheit und Gerechtigkeit in allen Lebenswelten und Lebensräu-
8 men sind unser Ziel. #freistarten ins Leben.
- 9
- 10 Unser Bus wird wieder auf eine Tour durch Bayern gehen. Hierfür wird er mit unserem #freistarten Design neu
11 foliert. Außerdem wird der Bus stets mit Give-Aways im Kampagnendesign bestückt sein, um den Gliederun-
12 gen vor Ort die Möglichkeit zu geben, unsere Kampagne breit zu streuen. Neben den üblichen Streuartikeln
13 gestalten wir Themenpostkarten, um unsere Themenvielfalt zu kanalisieren und unter die Menschen zu brin-
14 gen.
- 15
- 16 Besonderen Fokus legen wir auf die Unterstützung unserer Juso-Kandidierenden. Dabei muss klar sein, dass
17 nicht jede Kandidatur unter 35 automatisch eine Juso-Kandidatur ist. Weiterhin werden wir aktive Jusos, die
18 sich bei uns engagieren und unsere Inhalte teilen, in besonderem Umfang unterstützen. Um dies besser ko-
19 ordinieren zu können, wird ein Unterstützer*innenpool angelegt, über den zentral zu Veranstaltungen und
20 Aktionen informiert und mobilisiert wird. Um den Austausch unter den Kandidierenden zu gewährleisten ha-
21 ben wir bereits eine Vernetzungsgruppe eingerichtet, die über den gesamten Wahlkampf hinweg bestehen
22 bleibt.
- 23
- 24 100 Jahre Revolution in Bayern
- 25
- 26 Bayern wird häufig auf Weißwurst, Lederhosen und die CSU reduziert. Die Geschichte des bayerischen Frei-
27 staates ist aber auch die Geschichte von Befreiungskämpfen und Revolutionen.
- 28
- 29 Wir sind der Überzeugung, dass die Geschichte der Freistaatsgründung v.a. eines ist: Der Beweis, dass es der
30 politischen Linken möglich ist, im Bewusstsein ihres revolutionären Potentials zu handeln und Verhältnisse, die
31 Menschen knechten und unterwerfen – wie es die bayerische Monarchie tat – umzuwerfen. Wir Jusos blicken
32 mit Stolz darauf, dass mit Felix Fechenbach auch unser Gründer einflussreicher Teil dieser Bewegung war – in
33 seiner Tradition stehen wir.
- 34

35 Um dem Thema in seiner Komplexität gerecht zu werden, organisieren wir ein großes Workshopwochenende,
36 bei dem wir uns mit den historischen Ereignissen, ihrer späteren Aufladung und der Rolle der verschiedenen
37 Akteur*innen auseinander setzen. Hierbei wollen wir die Geschichte kritisch betrachten und in ihrer Komple-
38 xität analysieren.

39 Parallel dazu wollen wir dieses Jubiläumsjahr nicht der CSU überlassen und mit Hilfe unseres Social-Media-
40 Teams über das Jahr verteilt auf die Bedeutung und die Geschehnisse vor 100 Jahren hinweisen.

41

42 Europawahlen

43

44 Bei den Europawahlen ist unsere Position klar: Wir fordern die Vertiefung der europäischen Integration und
45 treten damit dem aufkeimenden Nationalismus sowie den damit verbundenen Rufen nach Kleinstaaterei ent-
46 schieden entgegen. Wir sind der Überzeugung, dass mehr als siebenzig Jahre Frieden in Europa in erster Linie
47 Ergebnis der Intensivierung zwischenstaatlicher Beziehungen sind und wollen dieses Erfolgsmodell fortentwi-
48 ckeln, um für die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gewappnet zu sein.

49

50 Die Politik der Europäischen Union wird in vielen Teilen Europas derzeit negativ bewertet, was auch auf die
51 Haltung zur europäischen Idee ausstrahlt. Wir verstehen in Teilen die negative Bewertung der Politik der EU, al-
52 lerdings warnen wir davor, die Idee der politischen europäischen Vereinigung zu zerstören. Verantwortlich für
53 die teils zunehmende Ablehnung Europas bzw. der EU sind aus unserer Sicht die vor allem von der deutschen
54 Regierung durchgesetzte Weichenstellung in der Finanzpolitik (Austerität über allem) und das damit begrün-
55 dete zutiefst unsolidarische Verhalten gegenüber den Staaten Griechenland, Spanien, Portugal, etc. Wir Jusos
56 distanzieren uns von dieser Politik und wollen keine – weder wirtschaftliche noch anderweitige – Vormachtstel-
57 lung Deutschlands. Europa bedeutet für uns eine politische Vision einer Einigung unter gleichen. Wir machen
58 Politik, um die Finanzpolitik der europäischen Union radikal zu ändern.

59

60 Dabei streben wir ein inklusives, solidarisches, gerechtes und offenes Europa ohne Grenzen an. Zur Erreichung
61 dieses Ziels wollen wir das Europäische Parlament stärken, indem wir mit der Vormachtstellung der Kommis-
62 sion brechen und das Parlament zum Zentrum der europäischen Politik empor heben. Wir wollen Europa zur
63 Sozialunion ausbauen, indem wir soziale Sicherungsmechanismen verankern, die ein gutes Leben, gute Arbeit,
64 gute Bildung und gute Renten in Europa garantieren. Damit stellen wir der Wirtschaftsunion, welche in erster
65 Linie Freiheiten im Sinne der Konzerne festschreibt, die Sozialunion als Garantin der Freiheit der Arbeiter*in-
66 nen gegenüber.

67

68 Wir wollen die Asylverfahren in Europa reformieren und insbesondere solidarischer ausgestalten, um die Mit-
69 telmeerstaaten nicht mehr überzubelasten und eine gerechte Verteilung der mit Flucht einher gehenden fi-
70 nanziellen Lasten für den öffentlichen Sektor auf die einzelnen Haushalte etablieren. Ferner wollen wir Min-
71 deststandards für das Asylverfahren sowie die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen festschreiben
72 und so einen würdevollen Umgang in ganz Europa sichern.

73

74 Des Weiteren wollen wir die Regulierung der Finanzmärkte in Europa wirksam regulieren, indem unter an-
75 derem hochspekulative Produkte sowie der Hochfrequenzhandel verboten werden. Gleichzeitig schreiten wir
76 kurzfristigem Gezocke mittels einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene entgegen. Mittels der
77 genannten Reformen streben wir, durch sukzessive Verstärkung der europäischen Integration einerseits und
78 der Abgabe nationaler Souveränität andererseits, schrittweise die Etablierung eines europäischen Bundes-
79 staates an.

80

81 Um diese Position klar nach außen vertreten zu können, werden wir ein Programm zur Europawahl erarbei-
82 ten, welches detailliert Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele nennt und erklärt. Wir wollen

83 unsere Vision von Europa illustrieren und sie innerhalb der Partei etablieren, um so die inhaltliche Gestal-
84 tungshoheit bei der Europapolitik zu erhalten. Schließlich sind wir, die junge Generation, es, die von weiteren
85 70 Jahren europäische Integration, und den damit einher gehenden 70 Jahren Frieden in Europa, maßgeblich
86 profitieren.

87

88 Öffentlichkeitsarbeit

89

90 Unsere Gestaltungsfähigkeit hängt nicht nur von guten Ideen ab, sondern auch von der Art und Weise, wie wir
91 diese kommunizieren und verbreiten. Entsprechend müssen wir uns nicht nur als linker Gegenpol zu neoli-
92 beralen Kräften positionieren, sondern auch als diese Instanz in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.
93 Daher kommt der Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Rolle in der Vorstandsarbeit zu. Unser Ziel ist es dabei,
94 die von uns gefassten Ideen, Beschlüsse und Überzeugungen unmissverständlich in der Öffentlichkeit zu plat-
95 zieren und eine eindeutige Identifizierung mit uns zu gewährleisten. Wir sind die zentrale, linke Kraft in Bayern
96 und als solche müssen wir in der öffentlichen Debatte auch wahrgenommen werden. Wir forcieren die Verste-
97 tigung unserer medialen Präsenz sowie die Verbreiterung unserer Reichweite in den sozialen Kanälen.

98

99 Innerhalb des letzten Jahres haben wir durch stetige Arbeit in den sozialen Netzwerken die 4.000-
100 Follower-Marke auf Facebook und die 1.000er-Marke auf Twitter überschritten. Durch regelmäßige Posts über
101 die Vielfalt der Aktivitäten und Themengebiete unseres Verbands, Abwechslung in der Art der Medien, Aus-
102 tausch im Verband und darüber hinaus wollen wir dies fortführen. Eine besondere Herausforderung wird
103 hierbei der Landtagswahlkampf darstellen. Wir werden ein eigenes #freistarten *Corporate Design* für die Land-
104 tagswahlkampagne verwenden und dieses auch an unsere Untergliederungen weitertragen.

105

106 Mittels einer neuen Pressestrategie konnten wir im letzten Jahr unsere Präsenz in den klassischen Medien er-
107 höhen. Wir wollen unsere Pressearbeit weiter professionalisieren, indem wir Kommissionen stärker einbinden
108 und Know How einholen. Die im Rahmen der Debatte um die Große Koalition geknüpften, medialen Kontakte
109 werden uns dabei helfen, künftig noch häufiger in den klassischen Medien aufzutauchen.

110

111 Pressemitteilungen des Juso Landesverbandes sollen zukünftig stärker für die Arbeit vor Ort genutzt werden
112 können. Mediale Aufmerksamkeit ist in lokalen Medien leichter zu erzielen als auf überregionaler Ebene. Wir
113 werden daher vermehrt Pressemitteilungen für die lokalen Gliederungsebenen zur Verfügung stellen. Diese
114 sollen als Vorlagen genutzt und regionalisiert an die lokalen Medien weitergeben werden.

115

116 Zu einer guten Öffentlichkeitsarbeit gehören für uns Jusos Bayern auch eigene Printmedien. Neben verschie-
117 denen Informationsmaterialien zu unterschiedlichsten Themen werden wir auch im kommenden Jahr eine
118 weitere Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift „Die Faust“ veröffentlichen. Uns ist es wichtig, dass neben Fach-
119 artikeln aus verschiedenen Themenbereichen auch das Verbandsleben dargestellt wird. So soll es mehr Artikel
120 über Veranstaltungen der Jusos Bayern und Artikel aus den Untergliederungen geben. Trotz der stetig digitaler
121 werdenden Welt ist es uns wichtig, dass „Die Faust“ als Printversion jedes einzelne Mitglied erreicht. So wollen
122 wir Jusos Bayern die Mitglieder über unsere Arbeit informieren, aber auch die Neugier zu wecken selbst an
123 Seminaren und Kommissionen aktiv mitzuarbeiten.

124

125 Zusätzlich zur Faust werden wir im kommenden Vorstandsjahr eine sogenannte Selbstdarstellungsbroschüre
126 erarbeiten, die im Wesentlichen die Beschlüsse und Forderungen unserer thematischen Schwerpunkte ent-
127 halten und darlegen soll. Dies soll insbesondere als Orientierungshilfe für Neumitglieder oder Interessierte
128 dienen, die sich für die Standpunkte der Jusos Bayern interessieren und einen Überblick verschaffen.

129

130 Feminismus

131

132 Wir Jusos sind ein (queer-)feministischer Richtungsverband. Für uns ist Feminismus keine leere Worthülse. Er
133 schlägt sich in unserer Art zu debattieren, in unserem Bildungsprogramm und in unserem allgemeinen Mitein-
134 ander nieder. Wir wollen die männliche Gesellschaft überwinden und zu einer menschlichen kommen.

135

136 Uns ist es wichtig, unsere Mitglieder für (queer-)feministische und gleichstellungspolitische Themen zu sensi-
137 bilisieren. Daher wird es in unserem Bildungsprogramm wieder Seminare zu Feminismus und Gleichstellung
138 geben bzw. sind dies festverankerte Inhalte in unseren Neumitgliederseminaren, der Sommerschule und den
139 Funki-Schulungen.

140

141 Unsere Frauen*konferenz, die im letzten Jahr erstmalig stattfand wurde sehr gut angenommen und hervor-
142 ragend bewertet. Sie war ein voller Erfolg. Dem Wunsch unserer Mitglieder, diese regelmäßig stattfinden zu
143 lassen, kommen wir sehr gerne nach. Genossinnen* aus ganz Bayern die Möglichkeit zu bieten sich zu vernet-
144 zen, auszutauschen, gegenseitig zu ermutigen, zu bestärken und inhaltlich zu schulen ist einzigartig und eine
145 großartige Erfahrung.

146

147 Weiterhin wollen wir auch unsere Frauenkommission fortführen. Sie tagt abseits der regulären Kommissions-
148 wochenenden, richtet sich an die Frauen* in unserem Verband und setzt sich mit (queer-)feministischen und
149 zugleich gesamtgesellschaftlichen Themen auseinander.

150

151 Sexismus zu bekämpfen und sich für Feminismus einzusetzen ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
152 Dennoch müssen wir hier bei uns Jusos anfangen. Deswegen möchten wir die Posten der beiden Sexismus-
153 Beauftragten beibehalten. Diese haben bereits im letzten Jahr diese wichtige Aufgabe gut gemeistert. Aus
154 dieser Erfahrung heraus möchten wir im Landesvorstand auch dieses Jahr zwei Personen benennen, die sich
155 des Problems des Sexismus innerhalb unseres Landesverbandes besonders annehmen.

156

157 Bei unseren Veranstaltungen hatten wir häufig ein Awarenesssteam, zu welchem unsere Sexismus-
158 Beauftragten und mindestens zwei weitere, geeignete Personen gehörten. Diese fungieren unter anderem als
159 Ansprechpartner*innen für die Teilnehmer*innen der Veranstaltung. Um den Aufgabenbereich des Awaren-
160 essteams näher zu spezifizieren, haben unsere diesjährigen Sexismus-Beauftragten bereits einige Vorschläge
161 zu einem Awarenesssteam-Leitfaden gemacht. Diesen wollen wir als Unterstützung für die Awarenesssteams
162 vor Ort finalisieren. Unser Ziel für kommendes Jahr ist es, bei jeder Veranstaltung der Jusos Bayern ein Awa-
163 renessteam als Ansprechpartner*innen vor Ort zu haben.

164

165 Feminismus und Gleichstellung werden sich auch weiterhin im Rahmen unseres "lila Fadens" durch unsere Ar-
166 beit ziehen, dies wird sich in all unseren Publikationen, Materialien und Veranstaltung widerspiegeln. Um dar-
167 auf hinzuweisen, dass Gleichstellung hart erkämpft werden musste und immer noch muss, wollen wir hervor-
168 heben, dass das Frauenwahlrecht in Deutschland erst 100 Jahre alt wird und diese Jubiläum hervorheben. Den
169 Kampf der Frauen damals werden wir entsprechend würdigen und uns intensiv damit beschäftigen.

170

171 Kommissionen

172

173 Eine vitale inhaltliche Arbeit ist ohne starke Kommissionen undenkbar. Sie werden auch im nächsten Jahr die
174 inhaltliche Arbeit des Landesverbandes zwischen den Landeskongressen leisten. Die Öffnung der Kommissi-
175 onswochenenden für alle Mitglieder hat sich bewährt, wir müssen jedoch weiterhin Konzepte entwickeln, wie

176 die Arbeit der Kommissionen noch mehr an Kontinuität und Professionalität gewinnen kann. Die bewährte
 177 Struktur des gemeinsamen Tagens an drei gemeinsamen Wochenenden pro Jahr wird fortgeführt. Die vier
 178 Kommissionen

179 • Innenpolitik, Demokratie und Antifa (IDA)

180 • Wirtschaft und Soziales

181 • Umwelt und Energie

182 • Internationales und Europa

183

184 Juso-Hochschulgruppen und Juso-Schüler*innen und Auszubildendengruppe Bayern (JSAG)

185

186 Die Juso-Hochschulgruppen und die Juso-Schüler*innen- und Auszubildendengruppe Bayern stellen bedeu-
 187 tende Vorfeldorganisationen an den bayerischen Schulen, Universitäten und Hochschulen dar. Die Wahlen
 188 der Studierendenvertretungen stellen trotz der gesetzlichen Nichtverankerung der ASTen eine wichtige Platt-
 189 form für Jusos dar, die sich gezielt für verbesserte Studienbedingungen und einen freien Zugang zu Bildung
 190 einsetzen. Besonders erfreulich ist, dass es neben einigen Neugründungen auch wieder eine sehr beständi-
 191 ge Arbeit der Hochschulgruppen im Rahmen der Landeskoordinierungstreffen gibt. Die Landeskoordinierung
 192 der Juso-Hochschulgruppen kann auch im kommenden Jahr auf die tatkräftige Unterstützung des Landesvor-
 193 stands zählen. Insbesondere auch bei Wahlkämpfen zu Hochschulwahlen. Der Landesvorstand begrüßt die
 194 inhaltlich ausgewogene Ausrichtung der JSAG, die sich sowohl mit der Schulbildung als auch in besonderem
 195 Maße mit Berufsausbildung befasst, ausdrücklich. Der Landesvorstand wird die Arbeit der JSAG in diesem Sin-
 196 ne weiterhin gerne unterstützen.

197

198 Bildungsprogramm

199

200 Die Neuausrichtung des Bildungsprogramms hat sich schon im ersten Halbjahr bewährt, sodass wir an diesem
 201 weiterhin festhalten möchten. Durch die Konzentration der Angebote, die Verzahnung mit den Kommissionen
 202 sowie das Stattfinden von jeweils zwei Seminaren an einem Wochenende, konnten die Teilnehmendenzahlen
 203 verbessert und Ausfallkosten minimiert werden. Über den eingerichteten Teamendenpool konnte die ehren-
 204 amtliche Arbeit gut organisiert werden. Wir werden diesen Pool weiter ausbauen und eine weitere Teamen-
 205 denausbildung noch im Jahr 2018 durchführen.

206

207

208 Im Bildungsprogramm wird sich weiterhin das nun bewährte Portfolio von Neumitgliederseminaren, Funki-
 209 Reihe, Marx-Theoriereihe, Grundlagenseminaren der Kommissionen sowie vereinzelt Spezialseminaren fin-
 210 den.

211

212 Trotz der großen Nachfrage, vorallem an Neumitglieder- und Grundlagenseminaren, können wir nicht igno-
 213 rieren, dass bis auf das allzeit geschätzte und beliebte Frauenrhetorikseminar, die Anzahl weiblicher Teilneh-
 214 mer*innen noch immer ausbaufähig ist. Wir werden dazu die im letzten Jahr durchgeführte Umfrage weiter
 215 auswerten und geeignete Maßnahmen entwickeln, unsere Angebote für Frauen* noch attraktiver zu gestal-
 216 ten.

217

218 Auch 2019 wollen wir wieder einen Basiskongress als breites Vernetzungstreffen und inhaltliches Seminarwo-
 219 chenende zu verschiedensten Themen anbieten. 2019 wird der sechste Basiskongress stattfinden und wieder
 220 für über 100 Genoss*innen aus ganz Bayern ein bewährtes Angebot mit einer Mischung aus Politik, Kennen-
 221 lernen anderer Genoss*innen aus allen Regierungsbezirken und natürlich auch einer Verbandsparty bieten.

222 Während der Basiskongress 2018 auf den Landtagswahlkampf vorbereitete, soll der Basiskongress 2019 unter
223 dem Paradigma der Europawahl stehen.

224

225 Bündnisarbeit

226

227 Die Zusammenarbeit mit anderen, uns nahe stehenden Jugendorganisationen, ist ein wichtiger Aspekt für un-
228 sere Arbeit. Der enge Kontakt zu den anderen Jugendverbänden der Arbeiter*innenbewegung ist für uns von
229 besonderer Bedeutung. Die in den vergangenen Jahren wiedererstarbte Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend
230 und ihren Gewerkschaftsjugenden wollen wir fortsetzen und die Zusammenarbeit mit anderen Jugendverbän-
231 den, wie zum Beispiel dem Landesjugendwerk der AWO, den Falken und den Jungen Naturfreunden intensivie-
232 ren. Viele Mitglieder der Jusos Bayern sind auch in anderen Organisationen aktiv, diese direkten Verbindungen
233 werden wir verstärkt nutzen. Weiterhin werden wir unsere Bündnispartner*innen zu unseren Veranstaltungen
234 einladen und gemeinsame, themenbezogene Veranstaltungen organisieren.

235

236 Eine dieser Veranstaltungen wird der Arbeitsmarktpolitische Kongress, der bereits zum dritten Mal stattfinden
237 wird. Zusammen mit der DGB Jugend werden wir Themen diskutieren, die vor allem junge Arbeitnehmer*in-
238 nen, Auszubildende und dual Studierende betreffen, um gemeinsame Lösungen für den Abbau existierender
239 Hürden und Probleme zu erarbeiten. Als Jungsozialist*innen gewerkschaftlich organisiert und engagiert zu
240 sein, gehört zu unserem Selbstverständnis als Teil der internationalen Arbeiter*innenbewegung. Beiden Or-
241 ganisationen muss klar sein, dass sie ihre gemeinsamen Ziele nur mit vereinten Kräften erreichen können. Der
242 Austausch und die Zusammenarbeit auf diesem Kongress verdeutlicht genau das.

243

244 Verstärken möchten wir ebenfalls die Zusammenarbeit mit anderen AGs innerhalb der SPD. Arbeitsgemein-
245 schaften, wie SPD Queer, AsF oder die AG Selbst Aktiv sind für uns wichtige Ansprechpartner*innen um ge-
246 meinsame Themen in der SPD zu setzen.

247

248 Antifaschismus

249

250 Antifaschismus ist für uns wesentlich mehr als nur einer von vielen Themenbereichen, die wir bearbeiten. An-
251 tifaschismus bedeutet für uns den Kampf gegen reaktionäre und menschenverachtende Ideologien und ist
252 ganz konkrete politische Praxis. Antifaschismus ist für uns als Sozialist*innen einerseits die logische Konse-
253 quenz aus den historischen Erfahrungen sowie aus unseren solidarischen Überzeugungen. Unsere Solidarität
254 gilt allen Menschen.

255

256 Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen wollen wir eine starke Front gegen rechte Hetze in Politik
257 und Gesellschaft bilden. Wir Jusos kämpfen gegen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus. Unabhängig
258 davon, ob diese Phänomene durch gewalttätige Übergriffe, feindliche Stimmungsmache oder unterschwellige
259 Ressentiments ausgedrückt werden. Wir sind im Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ aktiv und engagieren
260 und vor Ort in Bündnissen gegen Rechts und organisieren Aktionen und Demonstrationen für eine offene und
261 tolerante Gesellschaft.

262

263 Die Arbeitsgruppe im Landesvorstand, die sich im letzten Jahr gegründet hat, um die Erfahrungen lokaler Arbeit
264 besser zu vernetzen werden wir auch im kommenden Jahr fortsetzen. Wir werden eine Strategie entwickeln,
265 wie wir uns gegen die AfD im bayerischen Landtagswahlkampf stellen, aber auch wie wir auf die rassistische
266 Hetze der CSU reagieren.

267

268 #freistarten als Verband

269

270 Wir Jusos sind ein eigenständiger Richtungsverband. Wir sind sozialistisch, (queer-)feministisch und internatio-
271 nalistisch. Dem Antifaschismus sind wir verpflichtet. Wir treten ein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen
272 frei und gleich sind und solidarisch für einander eintreten.

273 Wir Jusos sind eine Jugendbewegung. Wir bieten jungen Menschen eine Plattform, um sich über linke Positio-
274 nen auszutauschen, zu bilden und gemeinsam für eine bessere, eine Sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.
275 Wir wollen neue Mitstreiter*innen für die jungsozialistische Bewegung gewinnen und sie dauerhaft binden.
276 Wir werden deshalb unsere Mitgliederwerbung verstetigen und noch stärker auf beteiligungsorientierte Pro-
277 zesse achten.

278 Wir Jusos sind eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD. Wir bleiben der Mutterpartei in kritischer Solida-
279 rität verbunden. Unsere Hauptaufgabe wird es dabei sein, den Erneuerungsprozess der SPD voranzutreiben,
280 vehement unsere Beschlusslage #resetSPD zu vertreten und aktiv auf alle Ebenen der Partei zu tragen. Dabei
281 sind wir alle zusammen gefordert. Unsere Aufgabe als Jusos ist es, für einen nachhaltigen Veränderungspro-
282 zess zu kämpfen, bevor sich das dafür zur Verfügung stehende Fenster wieder schließt und die Partei zu Busi-
283 ness as usual übergeht. Dies ist eine Aufgabe, die wir nicht alleine bewältigen können. Es wird dazu notwendig
284 ein, die linken Kräfte innerhalb der Partei zu bündeln und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Alte Strei-
285 tigkeiten, persönliche Ressentiments und Befindlichkeiten dürfen in diesem Prozess keine Rolle mehr spielen
286 und müssen endlich begraben werden. Wir wollen den Zusammenhalt in der Partei stärken und vor allem lin-
287 ken Genoss*innen aller Altersklassen ein Ankerpunkt sein. Wir werden weiterhin unsere Überzeugungen und
288 Positionen vehement in die SPD tragen und uns für ihre Umsetzung stark machen!

289 Wir starten frei als ein Verband.

A Arbeit und Ausbildung

A Arbeit und Ausbildung

A-1	Jusos Schwaben	Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.	10
-----	----------------	--	----

A-1

Titel	Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.
Antragsteller*innen	Jusos Schwaben
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aktiv gestalten.

1 Letztes Jahr hat die OECD-Bildungsstudie erneut gezeigt, was schon lange bekannt ist: In Deutschland, gerade
 2 in Bayern, hängen die Bildungschancen vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft der Eltern ab. 2015 war die
 3 Quote der Azubis mit Abitur zum ersten Mal höher als die der Azubis mit Hauptschulabschluss. 1,22 Millionen
 4 junge Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Nur jede*r zwei-
 5 te Mittelschüler*in schafft direkt den Sprung von der Schule in die Ausbildung. Für Mittelschüler*innen bleiben
 6 in der bundesweiten Lehrstellenbörse der Industrie- und Handelskammern fast zwei von drei Angeboten von
 7 vornherein verschlossen.

8 *Gute Ausbildung jetzt!*

9 Neben der schnelleren Genehmigung der Arbeitserlaubnis muss es eine Ausbildungsgarantie auch für Ge-
 10 flüchtete gelten. Damit ist für uns auch selbstverständlich: keine Abschiebung der Geflüchteten während der
 11 Ausbildung!

12 Viele Unternehmen sehen hingegen in der Ausbildung einen wirtschaftlichen Nachteil. Nur noch jeder fünf-
 13 te Betrieb bildet einen oder mehrere Lehrlinge im dualen System aus. Gleichzeitig klagt die Wirtschaft über
 14 den Fachkräftemangel. Deshalb fordern wir eine **gesetzliche Ausbildungsgarantie mit einer Mindestaus-
 15 bildungsvergütung**: Alle Unternehmen mit über 10 Mitarbeiter*innen sollen dazu verpflichtet werden auszu-
 16 bilden. Betriebe, die nicht oder wenig ausbilden, sollen Umlagezahlungen an einen Ausbildungsfond entrichten
 17 und sich dadurch an den Ausbildungskosten beteiligen.

18

19 Die Qualität der Ausbildung ist nämlich ein zentraler Baustein für das weitere Arbeitsleben von jungen Men-
 20 schen. Leider werden **Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz und Ausbildungsmängel** viel zu selten ge-
 21 ahndet, da die Kontrollen und das Personal dazu fehlen. Ausbildungsrahmenpläne werden nicht bekannt ge-
 22 macht und eingehalten, Ausbilder*innen stehen den Auszubildenden nicht zur Verfügung und Auszubilden-
 23 de müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten wie Kaffee kochen oder Brotzeit holen durchführen. 44 % der be-
 24 fragten Azubis des Ausbildungsreports der DGB Bayern berichten über regelmäßige Überstunden. Von den
 25 Jugendlichen unter 18 Jahren arbeiten 15 % regelmäßig über 40 Stunden pro Woche. Das Personal in der
 26 Gewerbeaufsicht muss aufgestockt werden! Der Freistaat sollte, anstatt bei Cannabis oder etwas Lärm beim
 27 Feiern, lieber bei Verstößen bei der Ausbildung hart durchgreifen. Schwierig ist die Situation vor allem in Aus-
 28 bildungsbetrieben die zu klein sind für eigene Betriebsrats- und JAV-Strukturen. Wenn in deiner Ausbildung
 29 zum*zur Maler*in dein*e Ausbilder*in gleichzeitig dein*e Chef*in ist, an wen wendest du dich, wenn du nur
 30 als billige Hilfskraft eingesetzt wirst und ausbildungsferne Tätigkeiten ausführen sollst? Der Zugriff auf die
 31 Auszubildenden, unabhängig der Strukturen ihres Ausbildungsbetriebes sind die Berufsschulen. Dafür ist es
 32 sinnvoll, Auszubildendenräte in den Berufsschulen als Partizipationsmöglichkeit zu etablieren. Auch müssen
 33 Anlaufstellen für Auszubildende in der Berufsschulen gestärkt werden, um in Konflikten mit dem Betrieb zu
 34 vermitteln, bei der Kontaktaufnahme zu Kammern, Gewerkschaften oder Berufsinteressenvertretung zu un-
 35 terstützen und gegebenenfalls gemeinsam gegen ausbeuterische Ausbildungsbetriebe vorgehen zu können.
 36 Berufskammern und Gewerbeaufsichtsämter sind personell so auszustatten, dass es gewährleistet ist, dass sie
 37 die Ausbildungsqualität mindestens einmal jährlich in den Ausbildungsstätten kontrollieren können. Aufgaben
 38 gilt es zu konkretisieren, Berufsbildungsausschüssen muss ein Anhörungsrecht eingeräumt werden und ein

- 39 Unterausschuss zur Ausbildungsqualität etabliert werden. Den Gewerkschaften des DGB ist ein gesetzlich ver-
40 ankertes, regelmäßiges Zugangsrecht zur Information der Berufsschüler*innen während der Unterrichtszeit
41 in den Klassen an allen Berufsschulen zu gewähren
- 42 In Betrieben, die die nötige Anzahl Mitarbeiter*innen haben ist das wirksamste Mittel gegen eine schlechte
43 Ausbildungsqualität ist eine starke Jugend- und Ausbildungsvertretung. Junge Arbeitnehmer*innen können
44 selbst am besten beurteilen, was sie benötigen, und können sich so zu guten Fachkräften entwickeln. Wir for-
45 dern, die **Mitbestimmungsrechte junger Arbeitnehmer*innen** und der Jugend- und Auszubildendenver-
46 tretungen **in den Betrieben und Berufsschulen** gesetzlich zu stärken und die Jugend- und Auszubilden-
47 denvertretungen (JAV) daher mit weiteren Rechten auszustatten. Dazu gehört, die Mitbestimmungsgrenze
48 bis 25 Jahre zu streichen. Wer eine Ausbildung macht, muss unabhängig vom Alter das Recht darauf haben,
49 die Jugend- und Auszubildenden Vertretung zu wählen oder für sie zu kandidieren. Die Anpassung des ent-
50 sprechenden Gesetzestextes (Betriebsverfassungsgesetz, Dritter Teil, Jugend- und Auszubildendenvertretung)
51 muss angestrebt werden. Zudem fordern wir eine klare Regelung zu Teilfreistellungen mit einer festen Staf-
52 felung **von Teilfreistellungen** für Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen, die jedoch nicht mit dem
53 Ziel, einen Berufsabschluss zu erreichen, kollidieren dürfen und daher beschränkt bleiben müssen.
- 54 Unabdingbar ist es, gesetzlich zu verankern, dass auch **Dual Studierende die JAV wählen dürfen** um gleich-
55 gestellt mit Auszubildenden eine Interessensvertretung und Ansprechpartner*innen zu haben.
- 56 Eine gute Ausbildung findet nicht nur im Betrieb, sondern auch an den Berufsschulen statt. Diese geben leider
57 meistens ein trauriges Bild ab: Kaputte Zimmer und Sanitäreinrichtungen, veraltete Lehrmaterialien oder undichte
58 Fenster sind keine Seltenheit. Wenn wir gute Fachkräfte wollen, dürfen wir nicht in der Bildung sparen und
59 **Berufsschulen so sanieren und gestalten**, dass sie tatsächlich Orte zum Lernen werden! Dafür müssen die
60 Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie diese Aufgabe wahrnehmen können.
- 61 Zudem muss die **Rückkehrpflicht in den Betrieb nach der Berufsschule unabhängig vom Alter der*des**
62 **Auszubildenden abgeschafft** werden. Berufsschulwochen sollen wie die vertraglich vereinbarte Wochenar-
63 beitszeit berücksichtigt werden.
- 64 **Kostenfreies Lernen** ist für uns nicht nur eine Forderung für die Gestaltung des Lernens an allgemein-
65 bildenden Schulen. Auch die Berufsausbildung sowie das duale Studium sollen kostenfrei angeboten
66 werden.
- 67 Selbiges gilt auch für Weiterbildungen: Lebenslangem Lernen wird heute extrem hohe Bedeutung zugemes-
68 sen. Daher muss vom Landtag die Forderung nach der Kostenfreiheit von Meister- und Techniker Ausbildung
69 beschlossen und unterstützt werden.
- 70 Gute Ausbildung braucht Zeit! Eine qualifizierte Ausbildung zu verantwortungsvollen Facharbeiter*innen dau-
71 ert **mindestens drei Jahre**, denn sie bildet nicht nur die Basis für eine interessantere und abwechslungs-
72 reichere Tätigkeit; Gut qualifizierte Ausgebildete werden auch deutlich seltener erwerbslos als gering Quali-
73 fizierte. Dies kann eine zweijährige, vermeintlich „billigere“ Ausbildung, wie sie viele Arbeitgeber*innen und
74 das Wirtschaftsministerium anstreben, nicht leisten. So eine „Kurzausbildung“ sorgt nicht für die erforderliche
75 umfassende Kompetenzvermittlung. Außerdem darf nicht dem Druck der*des Arbeitgebers*in nachgegeben
76 werden und eine Modularisierung der Ausbildungsberufe muss verhindert werden. Die Modularisierung ist
77 ein Mittel, die 3-jährige Berufsausbildung zu kürzen und an den einzelnen Betrieb anzupassen, was dem ur-
78 sprünglichen Zweck widerspricht, dass Jugendliche für einen ganzen Beruf, keinen einzelnen Betrieb ausgebil-
79 det werden sollen.“
- 80 Zeit braucht es auch zum Lernen! Auszubildende sollen genügend Zeit haben, um sich auf ihre Prüfung
81 vorbereiten zu können, deshalb sollen sie **fünf Tage Sonderurlaub vor ihrer Abschlussprüfung** bzw. ge-
82 streckten Prüfung bekommen. Analog dazu müssen auch dual Studierende für ihre abschlussnotenrele-
83 vanten Prüfungen angemessen freigestellt werden.
- 84 Schlussendlich ist Sicherheit für Beschäftigte ein wichtiger Aspekt. Gerade für Jugendliche spielt die Frage,
85 ob ein Beschäftigungsverhältnis über die Ausbildung hinaus bestehen bleibt, eine gewichtige Rolle. Entschei-
86 dungen wie der Bezug einer Wohnung oder das Gründen einer Familie werden immer auch maßgeblich von
87 der beruflichen Sicherheit geprägt, ebenso wie größere, immobile Investitionsentscheidungen. Wir fordern
88 deshalb eine allgemeine Übernahmeverpflichtung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Gerade kurzfristi-
89 ge Ankündigungen hinsichtlich der Übernahme führen bei vielen Auszubildenden zu unnötig großer Unsi-

90 cherheit und uben Leistungsdruck aus. Entsprechend fordern wir eine Ankundigungsfrist bei geplanter Nicht-
91 tubernahme: Wird ein*e Auszubilden-de*r nicht übernommen, so muss dies ein Jahr vor Beendigung des
92 Ausbil-dungsverhältnisses mitgeteilt werden und entsprechend durch wichtige Gründe erläutert werden. Lasst
93 der*die Arbeitgeber*in diese Frist verstreichen, so besteht der Rechtsanspruch auf eine unbefristete Stelle in
94 Vollzeit für den*die Auszubildende.

95 *Unterstützung der Auszubildenden neben der Ausbildung*

96 Selbst, wenn ein guter Ausbildungsplatz ergattert werden konnte, sind die Probleme noch längst nicht gelöst.
97 Viele müssen noch daheim bei ihrer Familie wohnen, da ihre (Ausbildungs)vergütung nicht für eine eigene
98 Wohnung und der Bezahlung für den Weg zur Arbeit reicht.

99 Es kann nicht sein, dass Auszubildende, die in Vollzeitausbildung erheblich zum Betriebserfolg beitragen, so
100 wenig verdienen, dass sie sich ihr Leben damit alleine nicht leisten können. Die Ausbildungsvergütung muss
101 Auszubildenden ein eigenständiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Facetten er-
102 möglichen. Daher fordern wir **die Einführung einer gesetzlichen, flächendeckenden Mindestausbildungs-**
103 **vergütung** mindestens in Höhe des vollen, aktuellen Studierenden-BAföG-Satzes.

104 Von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird vermehrt ein hohes Maß an Mobilität gefordert. Gerade Be-
105 rufsschüler*innen sind durch die duale Ausbildung mit dem Wechsel zwischen Wohnort, Arbeits- und Schul-
106 stätte einem immer länger werdenden Weg bei der Ausbildung ausgeliefert. Dass die dadurch entstehenden
107 Kosten in den allermeisten Fällen von den Auszubildenden selbst getragen werden müssen, stellt einen unzu-
108 mutbaren Zustand dar! So zeigt der Ausbildungsreport der DGB-Jugend, dass Auszubildende im Durchschnitt
109 669 Euro im Jahr für Fahrtkosten im Rahmen ihrer Ausbildung aufbringen. Wir fordern deshalb die **Einführung**
110 **eines bayernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets**. Dies hat steuerfinanziert
111 zu erfolgen und muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV er-
112 möglichen.

113 Was für Studierende schon Gang und Gebe ist, muss endlich auch bei Auszubildenden umgesetzt werden.
114 Wenn das Geld nicht für eine eigene Wohnung reicht, gibt es die Möglichkeit für sie in ein Studierendenwohn-
115 heim zu ziehen. Auch ausreichend Angebote an **Auszubildendenwohnheimen** sind nötig, um den Schritt
116 in die Selbstständigkeit zu ermöglichen.

117

118 *Gute Arbeit*

119 Noch immer gibt es reale Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern bei gleichwertiger Tätigkeit
120 (**Gender Pay Gap**) und eine generelle Schlechterstellung von typisch „weiblichen“ Berufen. Stereotype
121 und klassische Rollenbilder müssen daher aufgebrochen werden und **gleicher Lohn für gleiche Arbeit** gel-
122 ten! Wir fordern **die verpflichtende Angabe des Gehaltes bzw. der Eingruppierung** bereits in den
123 Stellenausschreibungen. Ebenso darf **keine pauschale Ausgrenzung von Bewerber*innen ohne Berufs-**
124 **erfahrung** erfolgen. Berufserfahrung als Voraussetzung muss die Ausnahme sein und in der Stellenausschrei-
125 bung begründet werden.

126 Wir fordern daher die Einführung von **gesetzlich festgeschriebenen anonymisierten Bewerbungsver-**
127 **fahren**. Vor dem ersten persönlichen Kontakt zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen soll
128 der einstellende Betrieb keine Informationen über Name, Alter, Geschlecht, Herkunft oder mögliche Behin-
129 derungen erhalten. Ebenso sind den Bewerbungen nicht länger Fotos beizufügen.

130 Da sachgrundlose Befristungen vielfach dazu missbraucht werden, eine Art „Probezeit“ zu generieren, die
131 faktisch weit über die gesetzlichen 6 Monate hinausgeht, fordern wir die **Abschaffung sachgrundloser**
132 **Befristungen**. Die Sachgründe für mögliche Befristungen müssen so eng wie möglich definiert werden,
133 um einen Missbrauch zu verhindern. So ist es nicht einzusehen, weshalb Berufseinsteiger*innen nach § 14
134 Abs. 1 Nr. 2 Teilzeit- und Befristungsgesetz befristet eingestellt werden können. Dies betrifft junge Menschen
135 besonders häufig, laut statistischem Bundesamt sind über 56 Prozent der befristet Beschäftigten unter 30.
136 Der Übergang in eine Anschlussbeschäftigung wird dadurch nicht erleichtert – im Gegenteil – die „Generation
137 befristet“ wird manifestiert. Befristungen erhöhen bei einem Stellenwechsel sowohl das Risiko wieder befristet
138 beschäftigt zu werden, als auch das Arbeitslosigkeitsrisiko. Insbesondere befristete Stellen im öffentlichen
139 Dienst erhöhen das Risiko von Befristungsketten.

140 Ebenso unnötig ist der Sachgrund der Erprobung in § 14 Abs. 1 Nr. 5 Teilzeit- und Befristungsgesetz, die Pro-
141 bezeit ist zu diesem Zwecke völlig ausreichend.

142 Dies gilt auch für die weitere **Einschränkung und Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen**. Das
143 Normalarbeitsverhältnis muss wieder normal werden – damit junge Leute planen können! Das Mittel der Leih-
144 arbeit muss wieder auf seinen ursprünglichen Sinn und Zweck zurückgeführt werden: der Abdeckung von
145 Auftragsspitzen. Da Arbeitnehmer*innen in Leiharbeit jedoch genauso viel leisten wie die Stammbesellschaft
146 muss verpflichtend festgeschrieben werden, dass beide die gleiche Entlohnung und die gleichen Sonderzah-
147 lungen beziehen. Leiharbeiter*innen sind keine Arbeiter*innen zweiter Klasse. Sie werden in Zeiten florieren-
148 der Auftragslagen eingesetzt und können somit leicht fair entlohnt werden. Zur Unterbindung eines dauerhaf-
149 ten Leiharbeitseinsatzes gilt es, Leiharbeiter*innen nach einem Jahr in die Stammbesellschaft unbefristet zu
150 übernehmen.

151 Wichtig ist ebenso, dass die Landesregierung mit gutem Beispiel voran geht und als Voraussetzung für öffent-
152 liche Vergaben und Förderungen die Innerbetriebliche Mitbestimmung und Tariftreue festlegt.

153 Positive Beispiele von Betriebs- und Personalratsarbeit sollten von der Landesregierung gewertschätzt und
154 öffentlich gewürdigt werden, beispielsweise beim Erhalt der Standortsicherheit oder kreative Innovationen
155 die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt haben.

156 Um gezielt gegen die Verhinderung von Betriebswahlen und Betriebsratsarbeit vorgehen zu können, sollen
157 Schwerpunktsstaatsanwaltschaften zur juristischen Verfolgung gebildet werden.

158 Gute Arbeit lebt von einer **gut ausgestatteten Arbeitnehmer*innenvertretung**. Betriebs- und Personalräte
159 vertreten die Interessen der Arbeiter*innen gegenüber der Gegenseite und brauchen dafür auch geeignete
160 Mittel, um auf gleicher Augenhöhe agieren und das Bestmögliche für diejenigen, die sie vertreten, heraus-
161 zuholen. **Informations und Mitbestimmungsrechte** dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sie müssen
162 in der Realität auch eingefordert werden dürfen, auch mit dem Mittel von **Sanktionsrechten**. Vor allem im
163 Bereich der prekär Beschäftigten innerhalb eines Betriebs wie Leiharbeitsverträgen sind die Befugnisse der
164 Arbeitnehmer*innenvertretung besonders wichtig und ihre Befugnisse auszuweiten und zu verfestigen. Dazu
165 gehört die Präzisierung des Informationsrechts sowie die Anrechnung von im Betrieb eingesetzten Leihar-
166 beitnehmer*innen zur Größe des Betriebsrates. Außerdem braucht es ein echtes Mitbestimmungsrecht. Der
167 Betriebsrat muss den von der*dem Arbeitgeber*in angegebenen Bedarf von Leiharbeitnehmer*innen bestä-
168 tigen und deren Einsatz zustimmen. Der Betriebsrat muss über die Vergabe von „Gewerken“ an Fremdfirmen
169 mitbestimmen können und den Einsatz von Fremdfirmen verweigern können.

170 Betriebliche Mitbestimmung muss auch in die Lage versetzt werden, die über Werkverträge „innerbetrieb-
171 lich ausgelagerten“ Teile der Wertschöpfungsprozesse im Unternehmen wieder – zumindest mittelbar – in
172 ihren Vertretungsbereich zu integrieren und die dort herrschenden Arbeitsbedingungen zu thematisieren.
173 Daher fordern wir die Einführung der Mitbestimmungspflicht des Betriebsrates beim Abschluss von Werkver-
174 trägen.

175 Planen können ist in Zeiten, in denen die Familienplanung ansteht oder nahe Angehörige gepflegt werden
176 müssen oftmals schwierig. Zur Gestaltung **flexibler Arbeitszeitmodelle** fordern wir deshalb verschiedene
177 Punkte und Regelungen:

178 • Einführung einer Arbeitsversicherung zur Absicherung längerer Auszeiten, wobei während der Beschäf-
179 tigung ein Zeitguthaben angespart wird und eine finanzielle Absicherung für Zeiten reduzierter
180 Arbeitszeit besteht.

181 • Arbeitszeitkonten für alle Arbeitnehmer*innen, um eine Kontrolle gesetzlicher Vorgaben und tarif-
182 licher Vorgaben gewährleisten zu können und Beschäftigten einen Überblick über ihre Arbeitszeit
183 zu bieten.

184 • Weiter sind flexible und individuelle Lösungen von Arbeitszeitmodellen gerade da bisher mög-
185 lich, wo Arbeitnehmer*innen Mitbestimmungsmöglichkeiten haben. Dort wo es keine betriebli-
186 chen oder tariflichen Regelungen gibt, muss es Initiativen und Anreize geben, solche zu schaffen.

187

188 **Weiterbildung** ist ein zentrales Element in der heutigen Arbeitspraxis. Aus diesem Grund müssen verbindli-
189 che Qualitätsanforderungen für die Lernprozessgestaltung beschrieben werden, beispielsweise durch
190 die Verankerung eines Fortbildungsrahmenplanes, analog zu den Rahmenplänen in der beruflichen
191 Ausbildung. Bildungsanbieter*innen in der beruflichen Fortbildung sollten zukünftig ein anerkanntes Qua-
192 litätssicherungssystem verpflichtend anwenden. Ein Beratungsangebot zum Fortbildungsziel, über Prüfungs-
193 struktur, Prüfungsablauf, Prüfungsmethoden und über die Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung muss von
194 der*dem Bildungsanbieter*in sichergestellt werden. Der **Anspruch auf zehn Tage Bildungsurlaub** muss
195 endlich auch in Bayern gelten! Damit wird man endlich der **Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit** gerecht.
196 Wer sich ehrenamtlich engagiert darf keine Nachteile in Ausbildung und Arbeit fürchten.

197 Die Struktur des Arbeitsmarktes wird sich in den kommenden Jahren vor allem im Zuge der Digitalisierung
198 verändern, die Arbeitsplätze in der Industrie werden weniger. Andere Bereiche werden jedoch mit Sicherheit
199 wachsen: der **Bedarf an Personal in den Sozial- und Gesundheitsberufen** kann schon jetzt nicht gedeckt
200 werden. Die Berufe sind vor allem wegen der **schlechten Bezahlung** und der **hohen Arbeitsbelastung un-**
201 **attraktiv**.

202 Eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe wird es in den kommenden Jahren sein, diese **Berufe attraktiv zu**
203 **machen**. Die Kommunen, Bezirke und Länder sind oftmals Träger von sozialen Einrichtungen, Krankenhäu-
204 sern und Kinderbetreuungseinrichtungen. An dieser Stelle kann direkt Einfluss auf Arbeitsbedingungen und
205 Entlohnung genommen werden. Jedoch müssen auch in Bereichen der freien Träger Verbesserungen erzielt
206 werden. Auch das ist Aufgabe der öffentlichen Hand, da diese deren Tätigkeiten finanziert.

207 Der öffentliche Dienst, mit dem **Arbeitgeber Freistaat Bayern**, hat Vorbildcharakter. In den letzten Jahren
208 kommt es jedoch auch hier zu einer immer weiteren Verdichtung von Arbeit. Der Freistaat Bayern muss der
209 Verantwortung gerecht werden und für ausreichende Personalausstattung sorgen und über die Erhöhung der
210 Mittel im Haushalt des Freistaats Bayern die Kommunen in der Umsetzung unterstützen. Der öffentliche Dienst
211 darf nicht kaputt gespart werden!

212 Auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge kommt der öffentlichen Hand als Auftraggeber*in eine Vorbild-
213 funktion zu. Deshalb muss auch auf Landesebene in Bayern endlich ein „Tariftreue- und Vergabegesetz“ ein-
214 geführt werden, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Einhaltung von Tarifbindungen, Mindestlohn
215 sowie Arbeitsschutz- und Nachhaltigkeitsstrategie bei der Auftragnehmer*in koppelt.

216 Die Vorbildrolle des Bundeslandes beschränkt sich jedoch nicht nur auf den öffentlichen Dienst. Auch in der
217 aktiven Arbeitsmarktpolitik muss eine Vorreiterrolle ernstgenommen werden. Der öffentliche Beschäftigungs-
218 sektor bietet die Möglichkeit, Menschen, die über jahrelange Arbeitslosigkeit ins Abseits der Gesellschaft ge-
219 stellt wurden, zu **Erwerbsarbeit** und somit zur Teilhabe zu verhelfen. Dafür müssen die Kommunen mit fi-
220 nanziellen Mitteln des Landes ausgestattet werden. Dies bietet die Möglichkeit, Menschen die hoffnungslos
221 in Harz IV und ab Erreichen des Rentenalters oder bei Arbeitsunfähigkeit SGB XII beziehen, zu Sozialversiche-
222 rungspflichtiger Anstellung zurück zu kommen.

223 Wir Jusos treten dafür ein, den Sonntag für so viele Menschen wie möglich arbeitsfrei zu gestalten. Daher
224 lehnen wir im besonderen auch die Sonntagsöffnung im Einzelhandel ab. Gemeinsam mit Kirchen und Ge-
225 werkschaften kämpfen wir gegen Initiativen von Supermarktkonzernen und Marktradikalen den Sonntag wei-
226 ter hin zu einem normalen Werktag zu wandeln. Der Einsatz gegen die Sonntagsöffnungen beinhaltet für uns
227 ebenso den Kampf gegen verkaufsoffene Sonntage. Hier wollen wir darauf hinwirken, dass sich Kommunalpo-
228 litiker*innen der SPD solidarisch mit Gewerkschaften sowie den Beschäftigten im Einzelhandel verhalten und
229 sich gegen verkaufsoffene Sonntage einsetzen.

B Bildung

B Bildung

B-1	Jusos Unterfranken	Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern	16
B-6	Jusos Niederbayern	Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum	25

B-1

Titel	Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Bildung – jetzt mal richtig! Unsere bildungspolitischen Forderungen zur Landtagswahl 2018 in Bayern

- 1 Freie, solidarische und demokratische Bildung ist ein zentrales Anliegen der Arbeiter*innenbewegung.
- 2 Bildung darf nicht nur Ausbildung und Qualifizierung für das Berufsleben sein. Bildung ist ein Mittel zur so-
3 zialen Inklusion, zum sozialen Aufstieg und zur Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft. Wir bekennen
4 uns zu einem sozialistischen Bildungsideal.
- 5 Frei – Die Finanzierung von Bildung ist eine staatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wer die Kosten
6 von Bildung privatisiert, schließt Menschen von dieser aus. Denn Chancengerechtigkeit ist nur möglich, wenn
7 der Zugang zu Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Deshalb muss Bildung für alle kostenfrei zur
8 Verfügung gestellt werden. Weder Gebühren oder das Geld für den Schulbus, noch Kosten für Arbeitshefte
9 und Malkästen dürfen eine Hürde darstellen.
- 10 Daher fordern wir: Freie Bildung von der Kita bis zum*zur Meister*in/Master*in!
- 11 Solidarisch – Wir stehen für eine inklusive Gesellschaft und ein inklusives Bildungssystem. Wir wollen ein ge-
12 meinschaftliches Lernen aller Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Identität,
13 ihrem kulturellen Hintergrund oder ihrer Religion. Ein sozialistisches Bildungssystem fördert den offenen Aus-
14 tausch zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb der Gesellschaft. Dies ist mit dem dreigliedrigen Schulsys-
15 tem nicht möglich. Die Aufteilung in Schularten mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Anerkennung mani-
16 festiert soziale Ungerechtigkeit.
- 17 Wir bekennen: Bildung ist ein Menschenrecht!
- 18 Demokratisch – Bildung muss selbstbestimmt sein. In einer demokratischen Gesellschaft sind Mitbestimmung
19 und Partizipation in Bildungseinrichtungen selbstverständlich. Individuelle Bildungsansätze ermöglichen die
20 Emanzipation von gesellschaftlichen Normen, stärken die eigenständige und kritische Meinungsbildung und
21 lehren die Wertschätzung anderer Meinungen im demokratischen Diskurs. Frontalunterricht und starre Lehr-
22 pläne haben also ausgedient. Es bedarf der flächendeckenden Umsetzung neuer Lernkonzepte. Die rückstän-
23 dige Disziplinierung durch Strafen muss durch eine menschenfreundliche Feedbackkultur, die Lernfortschritte
24 dokumentiert und würdigt, ersetzt werden. Oberste Aufgabe von Bildung ist die Förderung der persönlichen
25 Entwicklung.
- 26 Deshalb fordern wir: Mehr Demokratie und Mitbestimmung!
- 27 Immer wieder haben reaktionäre Kräfte versucht, Bildung zu einem exklusiven Luxusgut zu machen. Sei es
28 durch die Einführung von Studiengebühren, die Abschaffung der Lernmittelfreiheit oder der Verfassten Stu-
29 dierendenschaft. Nach wie vor finden sich diese reaktionären Ansätze in unserem Bildungssystem. Jetzt sind
30 wir am Zug: Weg damit! Hin zu einem sozialistischen Bildungssystem.
- 31 A – Frühkindliche Bildung
- 32 1. Ausbau der Kita- und Krippenplätze

33 Kindertageseinrichtungen stellen insbesondere für Alleinerziehende und Familien, in denen beide Elternteile
34 arbeiten, eine bedeutende Entlastung dar.

35 Zum 01. März 2016 lag die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren in Bayern bei 27,2%. Bundesländer
36 wie Brandenburg (57,2%) oder Sachsen-Anhalt (57%) und zahlreiche Bedarfserhebungen in Bayern zeigen,
37 dass der Bedarf an Betreuungseinrichtungen weit über den in Bayern zur Verfügung stehenden Kapazitäten
38 liegt. Da der Betreuungsbedarf für unter 1-Jährige sehr gering ist, der Betreuungsbedarf für 2- bis 3-Jährige
39 aber bei etwa 90% liegt, ist eine Betreuungsquote von circa 60% der unter 3-Jährigen als bedarfsdeckend zu
40 betrachten. Um diese Zielzahl zu erreichen ist ein massiver Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu forcie-
41 ren.

42 2. Beitragsfreiheit für Kitas und Krippen

43 Um frühkindliche Bildung für alle zu ermöglichen, braucht es neben dem dringenden Ausbau von Kita- und
44 Krippenplätze auch die Beitragsfreiheit. Diese entlastet vor allem einkommensschwache Familien und stärkt
45 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

46 Um die Kommunen nicht übermäßig zu belasten muss der Freistaat Bayern in vollem Umfang für die entfal-
47 lenden Beiträge aufkommen.

48 3. Schwimmunterricht schon im Kindergarten

49 Das Durchschnittsalter beim Erlernen des Schwimmens beträgt laut Studie zur Gesundheit von Kindern und
50 Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) Welle 1 des Robert-Koch-Instituts etwa sechs Jahre. Des Weiteren stellt die
51 Studie fest, dass Schwimmenlernen stark mit dem sozialen Status korreliert. So erlernen Kinder mit niedrigem
52 Sozialstatus das Schwimmen im Durchschnitt erst mit knapp sieben Jahren, Kinder mit hohem Sozialstatus
53 bereits mit fünfeinhalb Jahren.

54 Wir fordern daher die bayernweite Einführung des kostenlosen Schwimmunterrichts ab dem zweiten Kinder-
55 gartenjahr. Ein Schwimmbadbesuch oder gar die Finanzierung eines privaten Schwimmkurses stellen eine
56 finanzielle Belastung dar, die gerade von finanzschwachen Personen nicht getragen werden kann. Hier müs-
57 sen deshalb staatliche Angebote geschaffen werden, um schon das Schwimmenlernen sicherzustellen. Dazu
58 bieten sich insbesondere Kindergärten an, da sie von einem hohen Prozentsatz der Kinder besucht werden
59 und das Kindergartenalter dem Alter entspricht, in dem Kinder de facto das Schwimmen erlernen.

60 Um dem dadurch entstehenden Bedarf gerecht zu werden, fordern wir des Weiteren ein flächendeckendes
61 Ausbau- und Sanierungsprogramm für öffentliche Schwimmbäder.

62 B – Schulische Bildung

63 1. Gemeinschaftsschulen

64 Als Beitrag zur Chancengerechtigkeit wollen wir eine Schule für Alle. Wir bekennen uns zur Gemeinschaftsschu-
65 le und möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können. Innerhalb der Gemeinschafts-
66 schulen sollen einzelne Fächer in unterschiedlicher Stundenzahl angeboten werden, sodass die Schüler*innen
67 je nach individuellen Interessen wählen können.

68 Voraussetzung für eine gelingende Gemeinschaftsschule ist ein hoch individualisierter Unterricht, der am Wis-
69 sensstand jeder*s Einzelnen ausgerichtet ist. Die Wahlmöglichkeiten müssen – insbesondere in höheren Jahr-
70 gangsstufen – im Vergleich zum heutigen Stand massiv erweitert werden. Dies führt zu einem erhöhten Bedarf
71 an pädagogischem Personal, der durch die Schaffung neuer Stellen abgedeckt werden muss. An jeder Schu-
72 le ist ein breites Angebot von naturwissenschaftlichen bis hin zu künstlerischen oder sprachlichen Schwer-
73 punkten zu schaffen. Es darf kein Schulwechsel erforderlich sein, um die gewünschten Inhalte belegen zu
74 können.

75 An der Gemeinschaftsschule können je nach den Zukunftswünschen der Schüler*innen unterschiedliche Bil-
76 dungsabschlüsse erreicht werden. Hierfür findet eine frühzeitige individuelle Beratung zur Entwicklung des
77 Bewusstseins über Stärken und Interessen für jede*n Schüler*in statt. Auch die Schwerpunktsetzung in den
78 Abschlussprüfungen erfolgt individuell.

79 2. Inklusion

80 Die Schule für Alle muss auch eine inklusive Schule sein, bei der Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf gemeinsam unterrichtet werden. Wir Jusos sind uns sicher, dass alle Menschen unterschiedlich sind. Für uns gibt es keinen Grund, einzelne Menschen aufgrund ihrer Andersartigkeit auf eigene Schulen zu schicken. Wir begreifen Vielfalt als eine Bereicherung für die Gesellschaft.

84 Von einem inklusiven Bildungssystem, das mit der Schule für Alle gefordert wird, profitieren nicht nur Schüler*innen mit Förderbedarf, sondern alle. Beim gemeinsamen Lernen werden nicht nur kognitive Fähigkeiten erlernt, vor allem die sozialen und mitmenschlichen Umgangsformen werden gefördert.

87 Inklusion an Schulen ist mehr als eine bloße Forderung, sondern vielmehr ein Menschenrecht! Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) schreibt vor, dass Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens das Recht auf Teilhabe besitzen. Insbesondere im Bereich der inklusiven Bildung wirkt dieses Recht auf einen Paradigmenwechsel im Bereich der Schule hin, da es bis zur Ratifizierung der UN-BRK im Jahr 2009 für Schüler*innen mit Beeinträchtigungen nahezu unmöglich war, eine allgemeine Schule zu besuchen. Dies änderte sich durch den Artikel 24 UN-BRK, welcher Menschen mit Behinderungen das Recht auf die Beschulung an einer allgemeinen Schulen zuspricht und so einen entsprechenden gesetzlichen Anspruch darauf formuliert. Leider ist die separate Beschulung von Menschen mit Behinderungen heute noch weit verbreitet. Die Gründe dafür sind vielfältig und liegen nicht nur daran, dass sehr viele Schulen nicht die Grundstandards der Barrierefreiheit erfüllen. Inklusive Beschulung ist geht ebenfalls mit einem Mehrbedarf an Unterrichtsstunden einher, da sich vielmals die Unterstützung durch eine sonderpädagogische Fachkraft als sinnvoll erweist und so zwei Lehrkräfte in einer Klasse gebraucht werden. Deswegen fordern wir mehr Unterrichtsstunden für sonderpädagogische Fachkräfte an allgemeinen Schulen zur Umsetzung der Inklusion sowie Unterrichtsprogramme zur Sensibilisierung von Menschen ohne Behinderung, um latenten Berührungspunkten entgegenzuwirken.

102 3. Alternative Bewertungsformen – Abschaffung von Noten

103 Differenzierte Rückmeldung und Feedback sind für die Beobachtung des Lernerfolgs notwendig. Noten tragen wenig zu dieser notwendigen Reflektion des Wissensstandes bei: Mangelnde Objektivität bis hin zu Willkür, insbesondere bei mündlichen Noten, schränken die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit massiv ein. Statt Schüler*innen auf einer Skala einzuordnen sollten differenzierte Lernfortschrittsgespräche mit den Pädagog*innen geführt und dokumentiert werden. So wird klar, an welchen Schwächen die Kinder und Jugendlichen im nächsten Lernabschnitt fokussiert arbeiten und welche Stärken weiter ausgebaut werden sollen. Sie sollen dabei gemessen an ihrer individuellen Förderbedürftigkeit gefördert werden – dies gilt auch, oder besonders, für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

111 Aus der Abschaffung von Noten resultiert auch die Forderung nach der Abschaffung des Sitzenbleibens. Sowohl Noten als auch das Sitzenbleiben bauen Leistungsdruck auf, der zu Schulangst und Schulverweigerung führen kann. Mit der Abschaffung von Noten und des Sitzenbleibens wird den Schüler*innen dieser Druck genommen.

115 4. Kleinere Klassen, mehr Lehrer*innen

116 Je kleiner eine Schulklasse ist, desto stärker kann ein*e Lehrer*in auf jede einzelne Person eingehen – also sowohl für Schüler*innen mit als auch ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Dadurch verbessert sich der Unterricht maßgeblich. Wir fordern daher, dass Bayern mehr Lehrer*innen einstellt.

119 Dies führt zur Möglichkeit der Individualisierung der Lehrangebote. Unterrichtsinhalte führen durch Einbezug der Stärken und Schwächen der jeweiligen Schüler*innen an den Bedürfnissen ausgerichtet zu einer nachhaltigeren Nutzung der Unterrichtszeit und sorgen für bessere Lernerfolge.

122 Langfristig sind nicht mehr als 18 Kinder pro Klasse zu unterrichten. Bei der Anzahl der Schüler*innen ist darauf zu achten, dass Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf meist mehr Zuwendung durch die Lehrkraft benötigen. Wenn in einer Klasse mehr Schüler*innen mit Förderbedarf unterrichtet werden, sollte die Klassengröße kleiner sein.

126 Eine Aufstockung der Stellen für Lehrer*innen sorgt außerdem dafür, dass bei Ausfall einer Lehrkraft das Abhalten des Unterrichts weiterhin sichergestellt ist. Die Einstellung der Lehrkräfte muss unbefristet erfolgen. Die derzeitige Politik des Kultusministeriums, Lehrkräfte maximal mit 1-Jahres-Verträgen anzustellen, führt vor allem im letzten Teil des Schuljahres zu massiven Qualitätseinbußen im Unterricht. Die betroffenen Lehrkräfte

130 müssen nicht nur Zeit dafür verwenden, eine neue Stelle zu finden, sondern sind auch psychisch aufgrund der
131 fehlenden Zukunftsperspektive belastet.

132 5. Beratungsangebote an Schulen stärken

133 Die Beratungsteams an bayerischen Schulen müssen massiv ausgebaut werden. Schulpsycholog*innen und
134 Beratungslehrkräfte müssen ausreichend Anrechnungsstunden für ihre beratende Tätigkeit erhalten. Hier ver-
135 anschlagen wir für die Lehrkräfte des Beratungsteams mindestens zwei Anrechnungsstunden pro 100 Schü-
136 ler*innen. Zusätzlich ist eine Stunde pro Woche zur Vernetzung des Teams, für Supervision und kollegiale
137 Fallberatung einzuplanen.

138 Darüber hinaus fordern wir, dass an jeder Schule mindestens eine*n Sozialarbeiter*in in Vollzeit und unbe-
139 fristet eingestellt werden muss. An größeren Schulen müssen mehr Sozialarbeiter*innen eingestellt werden.
140 Außerdem müssen Schulen die Möglichkeit haben, besonderen Bedarf an Sozialarbeitenden melden zu kön-
141 nen. In dem Fall muss das Land Bayern dazu verpflichtet werden können, an diesen Schulen schnellstmöglich
142 zusätzliche Sozialarbeitende einzustellen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die Beratungsteams ange-
143 messen ausgestattet sind.

144 6. Mehr Politikunterricht

145 In jeder Schule in Bayern soll es ab der 5. Klasse bis zum Abschluss mindestens eine Stunde in der Woche
146 Politikunterricht geben. Dieser Unterricht darf sich dabei nicht auf die theoretische Vermittlung von Wissen
147 über politische Systeme beschränken, sondern muss konkrete Demokratieerlebnisse schaffen. So soll in ei-
148 nem Teil der Stunde über aktuelle Themen, welche von den Schüler*innen kurz vorgestellt werden, diskutiert
149 werden. Den Schüler*innen muss gezeigt werden, dass ihre Beiträge zum demokratischen Diskurs für unse-
150 re Gesellschaft wichtig sind. Nicht mehr nur die formal-institutionellen Strukturen der Demokratie sollten auf
151 den Lehrplänen stehen, sondern gesellschaftliche Streitthemen, Mitmachmöglichkeiten und der praktische
152 Austausch mit Parteien, Politiker*innen und Aktiven. Demokratie muss praktisch erprobt und kennengelernt
153 werden. Die Durchführung von „Politiktagen“, bei denen Bürger*inneninitiativen, Parteien, Gewerkschaften
154 und Verbände Workshops an Schulen anbieten, regelmäßige Demokratietrainings und ein regelmäßiger Kon-
155 takt zu den Wahlkreiskandidat*innen sind neben den neuen Instrumenten der Netzdemokratie nur einige
156 Beispiele, um den Sozialkundeunterricht lebensnäher und interessanter zu gestalten.

157 7. Digitalisierung der Bildung

158 Die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche bietet Potentiale für die Bildungseinrichtungen. Wir
159 stellen fest, dass die Lebensrealität von jugendlichen insbesondere im Hinblick auf Kommunikation bereits
160 wesentlich digital geprägt ist.

161 Technologien ermöglichen an vielen Stellen eine anschauliche und einfacher zugängliche Darstellung von Lern-
162 inhalten. Diese Potentiale sollen ergänzend zu bestehenden Methoden genutzt werden. Grundlage hierfür ist
163 einerseits die entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte. Jugendliche bringen die notwendigen Qualifikatio-
164 nen oft bereits mit: Eine Fokussierung auf individuelle Lernmethoden statt reinem Frontalunterricht macht die
165 bereits vorhandenen Erfahrungen der Schüler*innen nutzbar.

166 Andererseits muss die Schule aber auch klar die Risiken und Probleme der Digitalisierung adressieren und
167 eine kritische Auseinandersetzung fördern. Dies beginnt bei der Nutzung von reichweitenoptimierten sozialen
168 Netzwerken und deren Auswirkung auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen und reicht von digitalen
169 Geschäftsmodellen, bei denen wenige vom Inhalt vieler profitieren, bis hin zu politischen Dimensionen von
170 Digitalisierung wie dem Eigentum an Daten oder ähnlichem. Dabei muss die Thematisierung dieser Inhalte in
171 kritischen Reflexionsprozessen abgebildet sein.

172 Die Schule muss Medienkompetenzen vermitteln. Schüler*innen sollen motiviert werden ihr Konsumverhalten
173 im Bezug auf digitale Medien kritisch einzuschätzen und zu hinterfragen. Auch die Bewertungskompetenz
174 unterschiedlicher Qualitäten von Quellen im Internet oder Recherchekompetenzen können hier als Beispiele
175 genannt werden.

176 Schule muss sich an der Lebensrealität der Jugendlichen orientieren. Hierzu gehört zuvorderst die Abschaf-
177 fung des Handyverbots zugunsten von individuellen Regelungen, die das Schulforum an jeder Schule unter
178 Beteiligung der Schulfamilie festlegen soll. Verbote verhindern den kritischen Umgang. Dass außerhalb der

179 Schulen viele der Probleme, die als Gründe für das Handyverbot angeführt werden, weiterhin existieren, wird
180 ignoriert.

181 Die Abschaffung des Verbots digitaler Speichermedien bietet auch Potentiale für die Unterrichtsgestaltung:
182 Jugendliche können bei Verständnisproblemen einzelner Aspekte selbstständig recherchieren.

183 Wir sehen die öffentliche Hand in der Pflicht für eine angemessene Infrastruktur und Ausstattung an den
184 Schulen zu sorgen. Dies beinhaltet schnellen und hochverfügbaren Internetzugang sowie unterschiedliche
185 Endgeräte für unterschiedliche Zwecke. In einer Übergangszeit ist dafür zu sorgen, dass auch privat mitge-
186 brachte Geräte barrierefrei nutzbar sind und beispielsweise keine Limitierungen im Hinblick auf WLAN-Netze
187 existieren.

188 Die Digitalisierung der Bildung muss gestaltet und unter Einbeziehung der Schüler*innen entwickelt werden.
189 Es reicht nicht, Hefte durch iPads zu ersetzen: Der Freistaat Bayern soll ein umfassendes und ganzheitliches
190 Konzept erstellen.

191 Damit Schüler*innen einen kompetenten Umgang mit diesen Medien erlernen, braucht es endlich ein fun-
192 diertes medienpädagogisches Konzept für alle bayerischen Schulen. Das Konzept muss sich insgesamt auf
193 drei Ebenen widerspiegeln: in verbesserten Lehrplänen, in einer gezielteren Lehrer*innenfortbildung zu die-
194 sem Thema und ganz besonders im Aufbau des Lehramtsstudiums. Für die Lehramtsstudiengänge an den
195 bayerischen Universitäten und Hochschulen fordern wir konkret eine Reform beim Erweiterungsfach Medien-
196 pädagogik. Es soll in seiner jetzigen Form aufgelöst werden und seine Lehrinhalte zu Pflichtveranstaltungen
197 für alle Lehramtsstudent*innen in Bayern werden.

198 Dafür braucht es Anpassungen beim bayerischen Lehrerbildungsgesetz, bei der Lehramtsprüfungsordnung
199 (I+II), sowie den Studien- und Prüfungsordnungen der einzelnen Universitäten. Hat eine Universität oder Hoch-
200 schule das Fach noch nicht in seinen Angebot, ist sie dazu aufgefordert, so schnell wie möglich passende
201 Strukturen und Inhalte zu schaffen. Das Kultusministerium soll hierbei unterstützen und entsprechende Fi-
202 nanzmittel zur Verfügung stellen.“

203 8. Demokratie an Schulen

204 Eine der Kernaufgaben von Schule ist die Vorbereitung auf eine demokratische Gesellschaft. Positive demokra-
205 tische Erfahrungen sind hierfür die Grundvoraussetzung. Jugendliche brauchen Erlebnisse, die ihnen deutlich
206 machen, dass jede Meinung wichtig ist und berücksichtigt wird.

207 Die Schule muss dabei in zwei Bereichen ansetzen: Erstens in der Demokratisierung des Unterrichts, bei der
208 Jugendliche selbst bestimmen können, welche Lerninhalte sie vertiefen möchten und wie der Unterricht in-
209 haltlich und methodisch aufgebaut sein soll. Die Lehrmethoden sollen dabei durch Alternativen zum Fron-
210 talunterricht weniger auf die Lehrkraft sondern mehr auf die Schüler*innen ausgerichtet sein. Teamarbeit
211 und eigenständiges Arbeiten fördern dabei Kompetenzen, die im Rahmen der Meinungsbildung unabdingbar
212 sind.

213 Daneben ist aber auch eine Förderung der Schüler*innenmitverantwortung notwendig. Schüler*innen müs-
214 sen die Möglichkeit haben, ihren Schulalltag mitzugestalten und bei Fragen der Organisation des Schulalltags
215 mitzubestimmen. Die SMVen müssen zu einer Schüler*innenvertretung werden, die echte Mitspracherechte
216 und Kompetenzen hat. Die Vertretung der Meinungen soll auf Schulebene sowie übergreifend in bildungspo-
217 litischen Diskussionen eingebracht und gehört werden.

218 In den Schulen ist die Arbeit der SMVen durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten (SMV-Zimmern)
219 verpflichtend zu unterstützen.

220 Des Weiteren erachten wir die Abschaffung des Führens von Absentenbüchern durch zwei Schüler*innen als
221 längst überfällig. Mittels neuer Programme fordern wir, dass Fehltag und Fehlstunden von den Lehrkräften zu
222 Beginn der Stunde am PC eingetragen werden. Die Klassenleitung ist ebenfalls dafür zuständig, die Entschul-
223 digungen selbst einzusammeln. Dass diese Aufgabe von Schüler*innen, welche in diesem Fall lediglich als
224 Gehilf*innen von Lehrkräften fungieren, übernommen wird, ist für uns unter anderem auch aus dem Aspekt
225 des Datenschutzes inakzeptabel. Wir lehnen es außerdem ab, dass einzelnen Schüler*innen eine Kontroll-
226 und Überwachungsfunktion über den gesamten Klassenverband zugesprochen wird. Dadurch wird der Zu-
227 sammenhalt innerhalb des Klassenverbandes unterwandert.

228 C – Hochschule und Forschung

229 1. Solide Grundfinanzierung, Drittmittel und Entfristungsoffensive

230 Die Grundfinanzierung der bayerischen Hochschulen ist massiv zu erhöhen. Zustände wie an der Technischen
231 Universität München, die sich zu einem Drittel aus Drittmitteln finanziert, sind untragbar. Drittmittel verbesser-
232 n nicht Lehre und Studium, sie stehen nur für einen begrenzten Zeitraum für sehr spezifische Spitzenfor-
233 schung zur Verfügung. Weder die über Drittmittel finanzierten Wissenschaftler*innen noch die Hochschulen
234 verfügen über langfristige Planungssicherheit.

235 Außerdem fällt das Gros der Drittmittel im Bereich der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Na-
236 turwissenschaften und Technik) an. Es fehlt dadurch insbesondere im geistes- und kulturwissenschaftlichen
237 Bereich an Forschungsgeldern. Da die Höhe der eingeworbenen Drittmittel zu Unrecht als Qualitätsmerkmal
238 einer Hochschule gilt, geht damit eine Abwertung der geistes- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen inner-
239 halb der Hochschulen und letztlich in der gesamten Hochschullandschaft einher.

240 Zudem kaufen sich private Unternehmen auf diesem Weg billig in Forschungsprojekte ein. Mit dem Ergeb-
241 nis, dass ihre Forschungsprojekte von der staatlich finanzierten Infrastruktur profitieren. Von der erbrachten
242 Forschungsleistung und etwaigen Patenten, die aus der Forschung resultieren, profitieren aber meist nur die
243 Unternehmen. Dafür stehen staatliche Institutionen nicht zur Verfügung. Ihre Forschung dient der Allgemein-
244 heit!

245 Die Grundfinanzierung ist daher soweit zu erhöhen, dass sie den Großteil der bisher durch Drittmittel finanzier-
246 ten Forschung und Lehre trägt. Die Drittmittelfinanzierung der Hochschulen ist entsprechend zu beschränken,
247 insbesondere im Bezug auf Forschungsgelder nicht-staatlicher Einrichtungen.

248 Über die Erhöhung der Grundfinanzierung sind auch neue Dauerstellen einzurichten, bestehende Verträge
249 müssen entfristet werden. Der Freistaat Bayern verpflichtet sich, seinen Beitrag zu bundesweit 50.000 neuen
250 Dauerstellen an den Hochschulen zu leisten.

251 Wir fordern eine Zivilklausel für alle Hochschulen in Bayern, die im Bayerischen Hochschulgesetz (BayHSchG)
252 verankert wird, sowie für alle weiteren Forschungseinrichtungen des Freistaats. Werbung für die Bundeswehr
253 lehnen wir in allen Bildungseinrichtungen ab.

254 2. Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte

255 Wir fordern einen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte (TV-Stud). Ein solcher Tarifvertrag, wie es ihn in Ber-
256 lin gibt, gewährleistet gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit und schafft Rechtssicherheit für Studierende und
257 Hochschulen. Bisher sind Studierende dem Gutdünken der jeweiligen Institute und Hochschulen ausgeliefert.
258 Der Tarifvertrag muss für alle Forschungseinrichtungen des Freistaat Bayern gelten, auch solche, die nicht
259 direkt an Hochschulen angegliedert sind.

260 Ein Tariflohn von 14€ ist als angemessen zu betrachten. Die Lohnentwicklung ist an die Lohnentwicklung der
261 anderen Hochschulbeschäftigten und somit den Tarifvertrag der Länder (TV-L) zu koppeln. Ebenso ist der Ur-
262 laubsanspruch an den TV-L zu koppeln. Da Bayern anders als Berlin ein Flächenland mit regional stark un-
263 terschiedlichen Lebenshaltungskosten ist, sind je nach Studien- und Arbeitsort Zuschläge zu gewähren. Eine
264 monatliche Mindestarbeitszeit von 40 Stunden garantiert ein erträgliches Nebeneinkommen. Die Höchst-
265 arbeitszeit von 80 Stunden pro Monat gewährleistet genug arbeitsfreie Zeit zur Fortsetzung des Studiums. Eine
266 Beschäftigungsdauer von mindestens vier Semestern schafft Planungssicherheit und ermöglicht Studieren-
267 den einen ausreichenden Einblick in die wissenschaftliche Arbeitswelt. Der Tarifvertrag muss darüber hinaus
268 Regelungen zur freiwilligen Reduzierung der Mindestarbeitszeit, zu angemessenen Vor- und Nachbereitungs-
269 zeiten, zum Ausschluss von Bereitschaftsdiensten und einem mindestens zehntägigen Bildungsurlaub enthal-
270 ten.

271 3. Demokratisierung der Hochschulen

272 Zentrales Element ist die Wiedereinführung der 1973 abgeschafften Verfassten Studierendenschaft. Bayern ist
273 das einzige Bundesland, das seinen Studierenden dieses basale Element demokratischer Teilhabe verwehrt.
274 Aufgabe der Allgemeinen Studierendenausschüsse (AStA) war und ist die Vertretung der Interessen der Stu-
275 dierenden gegenüber den gesellschaftlichen Akteur*innen.

276 Wir fordern daher, dass die Verfassten Studierendenschaften als rechtsfähige öffentlich-rechtliche Teilkörper-
277 schaften der jeweiligen Hochschulen wieder eingeführt werden. Sie müssen mit Satzungs- sowie Finanzauto-
278 nomie und einem allgemeinpolitischen Mandat ausgestattet werden. Zudem fordern wir die Einrichtung ei-
279 ner Landesstudierendenschaft, die wie die Österreichische Hochschul*innenschaft per Listenwahl von allen
280 Studierenden in Bayern direkt gewählt wird. Diese ersetzt künftig die Landes-Asten-Konferenz (LAK) als Vertre-
281 tung der Studierenden auf Landesebene. Die LAK soll zukünftig der Vernetzung der Asten in Bayern dienen, sie
282 untersteht der Landesstudierendenschaft. Auch die Landesstudierendenschaft muss als öffentlich-rechtliche
283 Körperschaft verfasst sein. Für die Hochschulwahlen soll wie bei den Kommunalwahlen die Möglichkeit des
284 Kumulierens und Panaschierens eingeführt werden.

285 Des Weiteren muss in allen Hochschulgremien die Viertelparität zwischen den vier Statusgruppen (Profes-
286 sor*innen, wissenschaftliche und sonstige Mitarbeiter*innen sowie Studierende) hergestellt werden. Mittel-
287 fristig sind die Statusgruppen so weit wie möglich abzuschaffen und die Direktwahl der jeweiligen Gremien
288 durch alle Mitglieder der Hochschule ist einzuführen. Gremien ohne demokratische Legitimation wie beispiels-
289 weise den Hochschulrat lehnen wir ab. Stattdessen müssen die klassischen Selbstverwaltungsgremien der
290 Hochschulen wie z. B. der Senat wieder gestärkt werden.

291 4. Frauen* in der Wissenschaft

292 2016 waren von 6.822 Professor*innen laut Bayerischem Landesamt für Statistik 1.312 weiblich. Das entspricht
293 einem Anteil von gerade einmal 19,23%, wohingegen der Frauen*anteil unter den Studierenden im Winterse-
294 mester 2017/18 49% betrug. Zu beachten sind hierbei außerdem die stark schwankenden Anteile zwischen
295 den einzelnen Fachbereichen. Fakt ist außerdem, dass der Anteil von Frauen* in der Wissenschaft nur lang-
296 sam steigt.

297 Die Gründe hierfür sind vielfältig und alle eng miteinander verwoben. Die Benachteiligung und Diskriminie-
298 rung von Frauen* findet auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlicher Art und Weise statt. Eine Verbes-
299 serung der Situation kann nur dann erreicht werden, wenn an all diesen unterschiedlichen Stellen angesetzt
300 wird. Unser Ziel ist es deshalb, sowohl für konkrete Verbesserungen als auch einen gesamtgesellschaftlichen
301 Wandel der Strukturen zu streiten. Dabei darf der Wissenschaftsbetrieb nicht isoliert betrachtet werden, son-
302 dern als Bereich, der durch die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt ist und diese auch umgekehrt beein-
303 flusst.

304 Um bessere Perspektiven für Frauen* zu schaffen, müssen zunächst die Arbeitsbedingungen an den Hoch-
305 schulen verbessert werden. Ebenso besteht ein enges und häufig gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis mit
306 den Vorgesetzten bzw. Förderer*innen. Die in die Freizeit verlegte Promotion bzw. Habilitation, für die wäh-
307 rend der regulären Arbeitszeit keine Zeit bleibt, verstärkt den Trend der prekären Beschäftigung im wissen-
308 schaftlichen Bereich zusätzlich. Die daraus entstehende mangelnde Sicherheit hinsichtlich der Familienpla-
309 nung trifft alle im Wissenschaftsbetrieb Tätigen. Frauen* sind jedoch besonders betroffen, da ihnen die Ver-
310 antwortung für die Reproduktions- und Fürsorgearbeit durch die Gesellschaft zugeschrieben wird und sie sich
311 zwischen dieser und ihrer beruflichen Arbeit faktisch entscheiden müssen. Männern hingegen wird diese Ver-
312 antwortung in der Regel nicht zugeschrieben.

313 Hier ist also durch die Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen sowie Tenure-Track-Verfahren, die einen
314 dauerhaften Verbleib an der Hochschule ermöglichen, anzusetzen. Gerade in Hinblick auf den Arbeitsalltag
315 vieler Wissenschaftler*innen muss eine bessere Vertretung auf Hochschulebene ermöglicht werden. Darüber
316 hinaus braucht es endlich eine bessere Vereinbarkeit von Reproduktionsarbeit und wissenschaftlicher Tätig-
317 keit. Hierzu bedarf es zunächst der Schaffung von echten Teilzeitstellen mit Aufstockungsmöglichkeit, in de-
318 nen die Menschen tatsächlich auch nur die Hälfte der regulären Arbeitszeit arbeiten müssen. Zusätzlich ist die
319 Schaffung kostenfreier Betreuungsangebote für die Vereinbarkeit entscheidend.

320 Ohne Verbindlichkeiten, ohne Druck und auch ohne eine Frauen*quote wird sich wenig tun. Daher setzen
321 wir uns für eine Quote von mindestens 50% bei Neueinstellungen ein. Dazu gehört auch eine paritätische Be-
322 setzung von Berufungslisten. Diese Quote muss jeder Fachbereich für sich erfüllen. Eine solche Quote steht
323 unserer Auffassung nach nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz in Konkurrenz, da in der patriarchalen
324 Gesellschaft Frauen* in vielen Bereichen diskriminiert werden und dort nur durch eine Quote für Chancen-
325 gleichheit gesorgt werden kann. Einen Kompromiss, wie ihn beispielsweise das Kaskaden-Modell darstellt,
326 lehnen wir ausdrücklich ab. Bei diesem Modell finden kaum Verbesserungen statt und wenn würden sie erst

327 nach Jahren erreicht. Außerdem hält dieses Modell keine Lösung dafür parat, dass wissenschaftliche Stellen
328 in Studiengängen mit einem geringen Anteil von Frauen* nie paritätisch besetzt würden.

329 Darüber hinaus ist die Vernetzung von Frauen* im wissenschaftlichen Betrieb durch die Gleichstellungsbe-
330 auftragten zu fördern, insbesondere um sich miteinander zu solidarisieren. Hierbei ist der Empowerment-
331 Gedanke zentral. Es geht um ideologische Förderung untereinander, durch welche Multiplikatorinnen* gebil-
332 det werden, die in ihren Instituten ihr Wissen weitergeben können.

333 5. Studienplätze ausbauen, Zulassungsbeschränkungen abschaffen

334 Wir lehnen Studienzulassungsbeschränkungen in jeder Form ab. Zulassungsbeschränkungen wie der Nume-
335 rus Clausus (NC) oder Eignungsfeststellungsverfahren werden immer dann eingeführt, wenn eine Hochschule
336 nicht genügend Studienplätze für alle Studieninteressent*innen anbieten kann. Diese Zulassungsbeschrän-
337 kungen sind Ausdruck einer Gesellschaft, die zu wenig in den Ausbau ihrer Hochschulen investiert hat. Die
338 Leidtragenden sind die Studieninteressent*innen, denen die Hochschulreife ja bereits zugesprochen wurde.
339 Wer die Hochschulreife erwirbt, der*dem muss auch ermöglicht werden, tatsächlich die gewünschte Hoch-
340 schule im gewünschten Studienfach zu besuchen! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Dezember
341 2017 zum NC im Medizinstudium hat gezeigt, welche verfassungswidrigen Ausmaße die Zulassungsbeschrän-
342 kung inzwischen erreicht hat.

343 Solange aber nicht ausreichend Studienplätze zur Verfügung stehen, halten wir einen differenzierten NC, der
344 unter anderem Wartezeiten, Härtefälle, ehrenamtliches Engagement und bereits erworbene berufliche Quali-
345 fikationen berücksichtigt, für die geeignetste Form der Zulassungsbeschränkung. Das bedeutet nicht, dass wir
346 diesen Zustand für tragbar halten oder akzeptieren! Er muss schnellstmöglich beseitigt werden.

347 6. Hochschulsozialpakt

348 Wir fordern den umfangreichen Ausbau der sozialen Infrastruktur rund um die Hochschulen (Wohnheime,
349 Mensen, Beratungsangebote) im Rahmen eines Hochschulsozialpaktes. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür
350 ein, dass ein solcher Hochschulsozialpakt zwischen Bund, Ländern und den Studierendenwerken zustande
351 kommt. Unabhängig davon müssen wir schon jetzt den Ausbau dieser Infrastruktur vorantreiben.

352 Nur für 10% der bayernweit rund 390.000 Studierenden steht ein Wohnheimplatz bei den Studierendenwer-
353 ken zur Verfügung. Damit liegt die Unterbringungsquote in Bayern hinter der von Ländern wie Mecklenburg-
354 Vorpommern (11,80%) oder Thüringen (14,98%), aber etwas über dem bundesweiten Durchschnitt von 9,69%.
355 Auf absehbare Zeit wird die Zahl der Studierenden weiter steigen und sofern keine adäquaten Maßnahmen
356 ergriffen werden, wird die Unterbringungsquote auch in Bayern weiter sinken. In der nächsten Legislaturperi-
357 ode sind Vorkehrungen zu treffen, um die Unterbringungsquote innerhalb der nächsten zehn Jahre auf 15%
358 anzuheben. Dabei sind die Fördersummen so zu gestalten, dass die Miete letztlich nicht höher liegt als der
359 Wohnzuschlag des BAföG. Um dieses Ziel zu erreichen muss der Freistaat Bayern den Studierendenwerken
360 kostenlos Grundstücke zur Bebauung mit Studierendenwohnheimen zur Verfügung stellen.

361 Darüber hinaus ist ein Ausbau- und Sanierungsprogramm für Einrichtungen der Hochschulgastronomie auf-
362 zulegen. Die Subvention der angebotenen Lebensmittel ist nicht auf Mensen zu beschränken, sondern auch
363 auf Cafeterien und Menserien auszuweiten.

364 Die Finanzierung des Beratungsangebots für Studierende muss langfristig über eigens dafür vorgesehene Mit-
365 tel gesichert werden. Insbesondere für Schwangere und Studierende mit Kind, zur Studienfinanzierung, zu
366 studentischem Arbeitsrecht und zur psychosozialen Beratung sind entsprechende Angebote zu schaffen und
367 auszubauen.

368 Grundsätzlich ist die Arbeit der Studierendenwerke durch den Freistaat auszufinanzieren. Die Studierenden-
369 werksbeiträge sind abzuschaffen.

370 D – Bildungseinrichtungen übergreifende Forderungen

371 1. Kostenloses Mittagessen

372 Wir fordern kostenloses Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen. Und das jeden Tag. Darunter fallen insbe-
373 sondere Krippen, Kitas, Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Dieses Essen muss allgemeinen Richtlinien
374 zur gesunden Ernährung entsprechen. Es ist wichtig, dass Kinder in ihrer Entwicklung unterstützt und geför-
375 dert werden und dazu gehört auch eine ausreichend gesunde und nahrhafte Ernährung. Ernährungsbildung

376 und die Förderung der Akzeptanz von unterschiedlichen Ernährungsformen (z. B. Veganismus, Vegetarismus)
377 müssen verfolgt werden. Von selbst versteht sich daher, dass für alle Ernährungsformen ein entsprechendes
378 Essen angeboten wird. Auch die gängigen Allergien und Lebensmittelunverträglichkeiten sind in der Zusam-
379 menstellung der Speisepläne zu berücksichtigen.

380 2. Lernmittelfreiheit

381 Lernmittelfreiheit (auch Lehrmittelfreiheit) bezeichnet die kostenlose Bereitstellung von Unterrichtsmateriali-
382 en. Die Lernmittelfreiheit an öffentlichen Schulen in Bayern wird durch Art. 21 des Bayerischen Schulfinanzie-
383 rungsgesetzes (BaySchFG) geregelt.

384 Lernmittelfreiheit besteht leider nur für Schulbücher. In Art. 21 BaySchFG sind explizit Atlanten, Formelsamm-
385 lungen und "die übrigen Lernmittel" ausgeschlossen. Mit "übrigen Lernmitteln" sind beispielsweise Taschen-
386 rechner, Zirkel, Schreib- und Arbeitshefte, nur einmalig verwendbare Übungshefte, Malkästen und -blöcke,
387 Stifte und vieles mehr gemeint. Zu Beginn eines Schuljahres und insbesondere bei der Einschulung häufen
388 sich die privaten Ausgaben für Lernmittel zu einer beträchtlichen Summe auf. Diese Lernmittel müssen zu-
389 künftig kostenfrei durch die jeweiligen Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

390 Beiträge zur Finanzierung der Lernmittel wie sie in Form des Kopiergeldes oder Materialgeldes bereits be-
391 stehen, lehnen wir ab. Kopier- und Materialgeld sind abzuschaffen.

392 Auch Klassenfahrten dienen der schulischen Bildung und sind somit staatlich auszufinanzieren. Die Kosten
393 dürfen nicht auf die Schüler*innen / Eltern abgewälzt werden.

394 Die Forderungen zur Lernmittelfreiheit gelten nicht nur im schulischen Bereich. Sie sind auf alle Bildungsein-
395 richtungen zu übertragen.

396 Das in Rechnung stellen beschädigter Lernmittel ist nur bei grober Fahrlässigkeit und Absicht zulässig. Die bei-
397 spielsweise an chemischen Fakultäten gängige Praxis, die Studierende zur Erstattung beschädigter Reagenz-
398 gläser oder Petrischalen verpflichtet, lehnen wir ab.

399 3. Abschaffung des Kooperationsverbots

400 Der Freistaat Bayern soll sich auf Bundesebene für die vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots
401 einsetzen. Der Bildungsföderalismus innerhalb eines Staates behindert die aktive Zusammenarbeit zwischen
402 den Ländern und schafft zudem unnötige Hürden für alle Schüler*innen, indem Bildungsabschlüsse zwar an-
403 erkannt werden, aber dennoch anders beurteilt werden. Diese Praxis hat im 21. Jahrhundert nichts mehr zu
404 suchen und hat völlig ausgedient.

405 4. Barrierefreiheit, Sanierungs- und Modernisierungsbedarf

406 In kommunalen Bildungseinrichtungen hat sich bedingt durch die finanziell angespannte Situation der Kom-
407 munen in den letzten Jahren ein erhebliches Maß an Sanierungs- und Modernisierungsbedarf angestaut. Auch
408 für den Ausbau von Bildungseinrichtungen fehlte Geld. Insbesondere in Regionen mit starkem Bevölkerungszu-
409 wachst ist der Ausbau allein mit kommunalen Mitteln nicht zu stemmen. Der Freistaat Bayern muss sich
410 daher an Sanierungs-, Modernisierungs- und Neubaumaßnahmen der Kommunen stärker beteiligen, die Mit-
411 tel dazu müssen erheblich aufgestockt werden. Auch im Hoheitsbereich des Freistaats müssen entsprechende
412 Maßnahmen an Bildungseinrichtungen intensiviert werden.

413 Bei allen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, aber auch Neubauten, ist ein besonderes Augenmerk
414 auf die Barrierefreiheit zu richten. Dabei ist es mit rollstuhlgerechten Zugängen und Aufzügen nicht getan. Es
415 sind insbesondere auch Blindenleitsysteme und induktive Höranlagen zu berücksichtigen. Besteht konkreter
416 Bedarf, so ist die Barrierefreiheit schnellstmöglich herzustellen. Das Konzept der Gemeinschaftsschule kann
417 nur gelingen, wenn auch die räumlichen Gegebenheiten zur Beteiligung aller gegeben sind."

B-6

Titel	Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	

Mehr politische und kulturelle Bildungseinrichtungen für Jugendliche im ländlichen Raum

- 1 Die Jugend als Reifeprozess stellt den wohl prägendsten Abschnitt für die Identitätsfindung eines Menschen
2 dar. Mag zwar die Ausprägung dieses Prozesses von Individuum zu Individuum differieren, so teilen junge
3 Menschen dennoch gewisse Bedürfnisse;
- 4 Der Abnabelungsprozess vom Elternhaus mag ein solches sein, ebenso der Wunsch, eigene Stärken zu entde-
5 cken und auszubauen, selbstständig zu sein, neue Erfahrungen zu sammeln und, vor allem, sich mit Gleichalt-
6 rigen und / oder -gesinnten zu umgeben. Auch ist es im Jugendalter wichtig, eigene Grenzen und Schwächen
7 zu erkennen, möglichst zu lernen, mit diesen umzugehen. Dies kann Jugendlichen nur gelingen, wenn sie die
8 Chance haben, sich an Neuem auszutesten und dabei Rückmeldung von einem vertrauten, sozialen Gefüge
9 bekommen.
- 10
- 11 Eine bewährte Methode, die nicht nur mit Bildungsprogrammen, Veranstaltungen und Events speziell für Ju-
12 gendliche, sondern auch schlicht einem Treff- und Anlaufpunkt für genannte Zielgruppe aufwartet, sind Institu-
13 tionen wie Jugendtreffs/-zentren/-häuser etc. Diese Treffs existieren neben partei-, kirchlich oder institutionell
14 geprägten Jugendorganisationen und sind zweckfreie Einrichtungen mit „Wohnzimmer-Charakter“. Neben ei-
15 nem unbeeinflussten Bildungsauftrag erfüllen sie auch den Wunsch Jugendlicher, sich außerhalb von Vereinen
16 und Schule zu vernetzen. Während nicht Jede:r Anschluss zu kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten hat, können
17 solche Jugendeinrichtungen eben Jenen die Möglichkeit geben, sich an handwerkerischen und kreativen Ak-
18 tivitäten zu versuchen oder auch einmal Verantwortung für ein Amt zu übernehmen und sich in Teamarbeit,
19 „learning by doing“, zu schulen. Dies stärkt die Eigenverantwortung, das Selbstbewusstsein und den natürli-
20 chen Abnabelungsprozess von den Eltern, da Jugendliche sich in einem von übermächtigen Hierarchien und
21 Leistungsdruck freien Raum austoben können und durch das Wirkungsgefüge einer Institution, die zwar eine
22 Richtung weist, aber dennoch viel Platz für eigene Impulse und Mitarbeit lässt, an ihren Herausforderungen
23 wachsen.
- 24
- 25 Während in Städten eine große Auswahl an solchen Einrichtungen, ob in privater, kirchlicher oder öffentli-
26 cher Hand, besteht, sind sie im ländlichen Raum kaum zu finden. Dass es möglich wäre, Strukturen für mehr
27 Jugendarbeit auf dem Land zu schaffen, zeigen Sportvereine und kirchliche Verbände.
- 28
- 29 Dabei wäre es gerade im ländlichen Raum wichtig, solche selbstverwalteten Zufluchtsorte zur Verfügung zu
30 stellen. Da das ÖPNV-Netz auf dem Land nicht allzu flexibel ist und nicht Jede:r über ein eigenes Fahrzeug
31 verfügt, geschweige denn in unmittelbarer Nähe zu einer größeren Stadt lebt, fehlt es an Angebot an und
32 freier Auswahl der Freizeitgestaltung. Zwar zieht es junge Erwachsene immer häufiger in Ballungsräume und
33 Städte, doch besteht auch ein Trend der Wiederkehr junger Familien in die Peripherie, weshalb ein Bedarf an
34 Jugendeinrichtungen bestehen bleiben dürfte.

35

36 Räumliche wie zeitliche Isolation lassen Jugendlichen umso weniger Raum, sich abzunabeln und zu entfalten.
37 Das enge Aufeinandersitzen mit der Familie und festgefahren sein im Altbekanntem in einer krisenschwan-
38 genden Zeit wie der Pubertät birgt viel Konfliktpotential. Deshalb ist es besonders wichtig einen Ausgleich zu
39 haben, der nicht an Geld, Interessen oder Hierarchien gebunden ist. Des Weiteren wären solche Jugendtreffs
40 ein Anknüpfungspunkt, junge Menschen früh für den politischen Diskurs zu begeistern. Im ländlichen Raum
41 ist ein solcher außerhalb von Schule und Gasthäusern eher nicht zu finden, in beiden Fällen ist mit einer inhalt-
42 lich freien Debatte eher nicht zu rechnen. Würde man diesen durch das Etablieren bestimmter Plattformen
43 anbieten, ließe sich ein gewisser Trend zur Politikverdrossenheit und Unmut auf das „Establishment“, das „un-
44 erreichbar in den Großstädten thront“, abbauen. Auch könnten junge Menschen durch gezielte Projekte im
45 voneinander Lernen für Themen wie sexuelle Identität und Geschlechtsidentität, Chancengleichheit, soziale
46 Gerechtigkeit, Inklusion und Integration sensibilisiert und eingebettet werden.

47

48 Während der Bayerische Jugendring, die Kirchen und der Landessportverband ihnen untergeordnete Jugend-
49 arbeit bezuschussen, bleibt die weitere Unterhaltung in privater Hand. Mögliche Finanzhilfe erfahren Jugend-
50 zentren und die dort oft ehrenamtlich Arbeitenden höchstens durch Sponsoren oder die jeweiligen Gemein-
51 den, welche allerdings häufig nicht über die entscheidenden Mittel verfügen. Der Freistaat Bayern muss den
52 Gemeinden also unter die Arme greifen, um angemessene und angemessen flächendeckende Jugendzentren
53 anzubieten.

54

55 Das Sozialgesetzbuch schreibt eine solche Förderung indirekt vor, siehe § 11 Abs. 1 SGB VIII : „Jungen Men-
56 schen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu
57 stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestal-
58 tet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem
59 Engagement anregen und hinführen.“ Dass der Freistaat Bayern im Umsetzen dessen bisher gescheitert ist,
60 scheint offensichtlich. Freie Träger der Jugendarbeit müssen mehr Unterstützung aus öffentlicher Hand erfah-
61 ren. Während eine Kooperation mit Organisationen wie ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für ländliche
62 Entwicklung), dem Bundesjugendring und dem Bund der deutschen Landjugend wünschenswert ist, müssen
63 die eigenverantwortlichen Institutionen ihnen gerecht werdende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um
64 dauerhaft ein interessantes Programm anbieten zu können. Denn hat ein Jugendzentrum erst einmal Zulauf,
65 ist sein Bestehen vorerst gesichert und selbst befeuernd.

66

67 **Konkrete Forderungen**

68 – Flächendeckend eigenverantwortliche und nicht zweckgebundene Bildungseinrichtungen für junge Men-
69 schen schaffen, Ausbau solcher insbesondere im ländlichen Raum

70 – Entlastung der Gemeinden durch Bezuschussung von Jugendzentren durch den Freistaat Bayern sowohl
71 bei deren baulichen Gestaltung als auch deren Unterhalt

72 – Kooperation mit Dachverbänden, die in der Jugendarbeit tätig sind, aber nicht an eine höhere Institution
73 (Kirche, Parteien, Sportverbände etc.) gebunden sind, beispielsweise ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds
74 für ländliche Entwicklung), Bundesjugendring, Bund der deutschen Landjugend

75

C Wohnen

C Wohnen

C-1	Jusos Oberbayern	Frei in die eigene Wohnung starten	28
-----	------------------	------------------------------------	----

C-1

Titel	Frei in die eigene Wohnung starten
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Frei in die eigene Wohnung starten

1 1. Einleitung

2

3 Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zu-
4 zug profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Die
5 steigenden Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der
6 normalverdienenden Bevölkerung zu führen droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die Kern-
7 gebiete der Städte begrenzt sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege müs-
8 sen für die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region in
9 den Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München erfahren
10 Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

11

12 In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der "Anspruch auf eine angemessene Wohnung" für je-
13 de*n Bewohner*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist
14 Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich diesem Anspruch gerecht werden, die Rah-
15 menbedingungen zu schaffen, die es den Gemeinden ermöglichen, einen wirksamen Schutz vor Verdrängung
16 zu gewährleisten und für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu sorgen.

17

18 1. Regionalentwicklung und Bodenordnung

19

20 Grundlage für eine zielgerichtete regionale Entwicklung und funktionierende Infrastruktur ist eine abgestimm-
21 te Landesentwicklungs- und Regionalplanung. Die Landesentwicklungsplanung konkretisiert die Ziele der
22 Raumordnung und schafft einen Handlungsrahmen für die zukünftige regionale Entwicklung. Dafür bedarf
23 es eines abgestuften Konzeptes der zentralen Orte, welches in der Landesplanung wieder sinnvoll verankert
24 werden muss. Das übergeordnete raumordnerische Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss
25 verbunden werden mit einer nachhaltigen Regionalentwicklungsplanung, die erst eine zielgerichtete Gestal-
26 tung der räumlichen Entwicklung ermöglicht. Dabei kommt es darauf an, die vorhandenen Qualitäten auch
27 des ländlichen Raumes überhaupt nutzbar zu machen, indem Nachteile durch die Förderung von Infrastruk-
28 tur behoben oder gemildert werden. Dazu bedarf es insbesondere des flächendeckenden Ausbaus der Breit-
29 bandinfrastruktur sowie der Bereitstellung eines möglichst engmaschigen Netzes an öffentlichen Verkehrsmit-
30 teln.

31

32 Grundsatz der Entwicklung muss es sein, Innenentwicklung und Verdichtung vor weiterer Außenentwicklung
33 zu setzen. Wir brauchen keinen weiteren Wettbewerb unter den Gemeinden um die Ausweisung von immer
34 noch einem neuem Baugebiet im Außenbereich und den damit verbundenen Flächenfraß, sondern die Priori-
35 sierung von qualitätvoller Weiterentwicklung und Verdichtung von gemischten Nutzungsstrukturen im Innen-

36 bereich unter der Wahrung und Schaffung gemischter Sozialstrukturen und der Wahrung und Schaffung von
37 bezahlbaren Wohnraum. Diese Entwicklung muss in enger regionaler Kooperation verbindlich zwischen den
38 Gemeinden abgestimmt werden.

39

40 Grundlage aller Wohnbaupolitik und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist immer auch die Frage nach
41 Bodenordnung und Bodenwert. Die Bayerische Verfassung legt in Artikel 161 Abs. 2 klare Maßstäbe für die So-
42 zialverpflichtung des Bodeneigentums an, indem sie erklärt, dass "Steigerungen des Bodenwertes, die ohne
43 besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, [...] für die Allgemeinheit nutzbar zu
44 machen" sind. Daher fordern wir die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, die den leistungslosen Wert-
45 zuwachs auf Basis der Bodenpreisentwicklung für die Finanzierung von sozialer und technischer Infrastruktur,
46 sowie der Gewährleistung von bezahlbarem Wohnraum zum Zeitpunkt der Inwertsetzung heranzieht.

47

48 Gleichfalls muss sich der Freistaat auf Bundesebene für eine Erneuerung der Grundsteuer einsetzen, die auf
49 Basis der, im Vergleichswertverfahren erhobenen Bodenrichtwerte das Eigentum an Grund und Boden be-
50 steuert. Die der Grundsteuer als bisherige Bemessungsgrundlage zu Grunde liegenden Einheitswerte stam-
51 men in Westdeutschland noch aus dem Jahr 1964 und in den neuen Bundesländern sogar aus dem Jahr 1935
52 und haben mit den realen Wertverhältnissen nur noch wenig zu tun. Die Umlagemöglichkeit der Grundsteuer
53 auf die Mieten muss abgeschafft werden, schließlich ist der Zweck nicht die Schaffung von Belastungen
54 für die Mieter*innen, sondern eine Besteuerung des Eigentums an Grund und Boden. Gleichzeitig schafft die
55 Beschränkung auf die Besteuerung des Bodenwerts einen Anreiz zur Ausnutzung der vorhandenen Baurech-
56 te.

57

58 Um Bodenpreisspekulation zu bekämpfen, fordern wir die Wiedereinführung der Grundsteuer C auf nicht oder
59 nur geringfügig genutzte Grundstücke bei bestehendem Baurecht im Zusammenhang bebauter Gebiete oder
60 bei Vorhandensein eines Bebauungsplans.

61

62 Um den Kommunen eine aktive Bodenbevorratungspolitik zu ermöglichen sollen die landesrechtlichen Vor-
63 aussetzungen für die Einrichtung von Bodenfonds in kommunaler Hand geschaffen werden und die Gemein-
64 den finanziell und fachlich bei der Einrichtung dieser Fonds unterstützt werden.

65

66 Deshalb fordern wir:

67 > Schaffung einer zielgerichteten, nachhaltigen und verbindlichen Regionalplanung

68 > Ausbau und Förderung von Breitbandausbau sowie die Schaffung eines engmaschigen und bezahlbaren
69 Angebots an öffentlichem Nahverkehr

70 > Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer

71 > Reform der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf Basis der Bodenrichtwerte und Abschaffung ihrer
72 Übertragbarkeit auf die Mieten

73 > Einführung einer Grundsteuer C auf nicht- oder untergenutzte Flächen im Innenbereich

74 > Ermöglichung der Einrichtung von Bodenfonds durch die Kommunen

75

76 III. Schutz vor Verdrängung

77

78 In den Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt müssen die Kommunen nachhaltig in die Lage versetzt
79 werden, wirkungsvoll Verdrängungs- und Entmischungsprozesse aufzuhalten. Dafür bedarf es eines wirksa-

80 men Instrumentariums den Mietanstieg zu begrenzen und für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum zu
81 sorgen.

82

83 Miet- und Baurecht fallen grundsätzlich in die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung. Es wird jedoch erst
84 durch den Erlass von Rechtsverordnungen wirksam, für deren Erlass die Länder zuständig sind. Ebenso wie
85 für die Rahmenbedingungen und die Überprüfung der Satzungen der jeweiligen Gemeinden, womit auch eine
86 landesrechtliche Einflussnahme möglich ist.

87

88 Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde in den letzten Jahren schon einiges für die Mieter*innen
89 erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente noch weiterer Ergänzungen, um einen effizienten und sozialen
90 Rechtsschutz zu gewährleisten.

91

92 Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wiedervermietung von Wohnungen in Gebieten mit einem ange-
93 spannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Vergleichsmiete +
94 10% angehoben werden darf.

95

96 Welches Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungsmarkt“ ist, wird von den Ländern für jeweils maxi-
97 mal 5 Jahre bestimmt. Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Flickenteppich mit Orten, an denen die
98 Mietpreisbremse gilt und Orten, die ausgenommen sind. Wir fordern daher, dass die Mietpreisbremse in Bay-
99 ern künftig überall flächendeckend gilt und nicht nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt.

100

101 Ebenso soll sich der Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesserungen einsetzen. Neubauwohnungen,
102 die erstmals vermietet werden, sind von der Mietpreisbremse ausgenommen, ebenso wie die erste Vermie-
103 tung nach einer umfassenden Modernisierung. Dies dient der Investitionsförderung und soll Neubau und Mo-
104 dernisierung von Wohnungen fördern. Dabei ist klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen Förde-
105 rung bejahen. Hinsichtlich des „wie“ fordern wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu Lasten der
106 Mieter*innen geschieht, sondern durch staatliche Investitionen und Unterstützungsmaßnahmen. Die Ausnah-
107 me von Neubauwohnungen und umfassend modernisierten Wohnungen von der Mietpreisbremse soll daher
108 künftig nicht mehr bestehen und Investitionen stattdessen von staatlicher Seite ermöglicht werden.

109

110 Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „ortsübliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet aus den üblichen
111 Entgelten, die in der Gemeinde für Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und La-
112 ge einschließlich der energetischen Ausstattung in den letzten vier Jahren vereinbart worden sind. Dieser kurze
113 Zeitrahmen von vier Jahren und die Tatsache, dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen berücksichtigt werden
114 und nicht etwa bereits bestehende, meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die Realität jedoch nicht
115 ausreichend widerspiegeln. Wir fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen Zeitrahmen über vier
116 Jahre hinaus auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur Neuvermietungen, sondern auch bereits bestehende
117 Altverträge mit zu berücksichtigen.

118

119 Auch hinsichtlich der Bemessungsgrundlage der Miethöhe besteht Nachbesserungsbedarf.

120 Die Höhe von Kaltmiete und Nebenkosten soll sich zukünftig nach der tatsächlichen Größe der Wohnung in
121 Quadratmetern bemessen. Das Risiko von Abweichungen wegen möglichen Messungenauigkeiten sollen künf-
122 tig die Vermieter als Eigentümer tragen und nicht die Mieter. Wir fordern, dass die bisherige Rechtsprechung
123 des BGH durch eine gesetzliche Regelung aufgehoben wird, nach der derzeit bis zu 10% Abweichung zugunsten
124 der Vermieter durch die Mieter toleriert werden müssen.

125

126 Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch Zweckentfremdung entgegengewirkt werden. Durch Inter-
127 netplattformen wie Airbnb lässt sich durch eine zweckentfremdete und meist dauerhafte Nutzung als lukrative
128 Ferienwohnung viel mehr Gewinn erzielen, als durch eine reguläre Vermietung als Wohnraum. Gleichzeitig ist
129 die Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden, so dass die Gefahr einer Umwand-
130 lung von Wohnraum in Gewerbeflächen besteht. Der dringend benötigte Wohnraum wird dadurch weiter re-
131 duziert. Um Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind Zweck-
132 entfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich. Dies gilt jedoch nur,
133 wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung geregelt hat. Ist dies nicht gesche-
134 hen, kann der Wohnraum je nach Belieben der Eigentümer*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine
135 Gefahr der Verdrängung von Mieter*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemiet-
136 vertragseinnahmen oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je
137 nach Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche Regelung, nach der das Genehmigungserfor-
138 dernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß ge-
139 gen die Regelungen der Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter Wohnraum
140 soll durch die Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der
141 Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

142

143 Daher fordern wir:

144

145 > Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse

146 > Streichung der Ausnahmetatbestände "möblierte Wohnung" und "Neubau" für die Gültigkeit der Mietpreis-
147 bremse

148 > Weiterentwicklung des Mietspiegels, sodass dieser nicht länger den bedingten, erwarteten Mietpreis der
149 in den letzten vier Jahren neuvermieteten Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau mit Ausnahme von
150 Ausreißern darstellt, sondern durch Einbeziehung von Bestandsmieten auch im nicht gewinnorientierten Woh-
151 nungsbau den tatsächlichen Mietpreis vergleichbarer Wohnobjekte abbildet. Zur Etablierung allgemeiner,
152 gerichtlich anerkannter wissenschaftlicher Maßstäbe zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels ist ein
153 Standard-Modellrahmen durch das Statistische Bundesamt zu erarbeiten, welcher als Vorlage für das Erstellen
154 von Mietspiegeln dienen soll. Ferner ist die Möglichkeit, anstelle des Mietspiegels die Vergleichsmiete gutach-
155 terlich durch Mitteln der Mieten sog. vergleichbarer Objekte bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels zu
156 streichen.

157 > Berechnungsgrundlage der Mieten sollen die tatsächlichen Wohngrößen sein.

158 > Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen und zentrale Wiederbelegung zweckent-
159 fremdeter Wohnraums unter sozialen Bindungen durch die Kommunen.

160

161 1. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

162

163 Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum
164 dar. Die Zahl der Menschen, deren Einkünfte nicht mehr ausreichen, um die hohen Mietpreise zu bezahlen
165 oder sich gar Wohneigentum zu erarbeiten, steigt stetig. Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem
166 Einkommen wird es immer schwerer, in den bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohn-
167 raum zu finden. Und selbst dann, wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein
168 unverhältnismäßig hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die
169 Wohnungspreise in München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch längerfristig ist auf
170 dem Wohnungsmarkt im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen.

171

172 Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in Bayern vorzugehen, ist ein Anstieg der Bautätigkeit.
173 Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite ein erhöhtes Engagement gezeigt werden und der

174 Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln gefördert werden. Dabei sind insbesondere
175 die Kommunen bei der Schaffung oder der Ausweitung von sozial gefördertem Wohnraum im Kommunalen
176 Bestand zu unterstützen.

177

178 Aber auch der Freistaat soll wieder als Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten und seiner Verpflichtung
179 gerecht werden, bezahlbaren Wohnraum – insbesondere auf für seine eigenen Beschäftigten – zu schaffen.
180 Der Verkauf tausender GBW Wohnungen im Zuge der Pleite der Landesbank an ein privates Investorenkon-
181 sortium war ein fataler Fehler und verantwortlich für den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums.
182 Die eingegangenen Sozialverpflichtungen haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen.

183

184 Zu diesem Zweck soll eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet und mit den entsprechenden Mit-
185 teln ausgestattet werden um dauerhaft bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

186 Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird sollen Flächen im staatlichen Besitz den Kommunen zweckgebunden
187 für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Die von der Immobilienverwaltung des
188 Freistaates Imby betreuten Liegenschaften sollen nicht zu marktüblichen Preisen sondern zu einem deutlich
189 reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt nicht nur für bis-
190 her nicht bebaute Flächen, sondern auch für die Flächen, die derzeit in Erbbaurecht an Genossenschaften
191 vergeben sind.

192

193 Genossenschaften, als selbstorganisierte Form der nicht gewinnorientierten gemeinnützigen Wohnungsbe-
194 wirtschaftung sollen von staatlicher Seite unterstützt und Neugründungen durch Beratung und organisatori-
195 sche Hilfe gefördert werden.

196

197 Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe angepassten
198 Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung ansetzen um Jungen Menschen, Student*innen, Auszubildenden
199 und jungen Arbeitnehmer*innen einen Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Gerade ihnen fällt
200 es oft besonders schwer sich auf dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind doch häufig hohe Bürg-
201 schaften und Kautionen zu stellen sowie unbefristete Festanstellung Voraussetzung für den Zuschlag zu einer
202 Wohnung.

203

204 Daher braucht es ein Landesförderprogramm für "Junges Wohnen" das die zweckgebundene Errichtung von
205 bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen insbesondere durch kommunale und gemeinnützige Trä-
206 ger ermöglicht.

207

208 Gleichzeitig muss der Freistaat Bayern die bedarfsangemessene Ausstattung der Student*innenwerke sicher-
209 stellen. Insbesondere in den Universitätsstädten mangelt es an bezahlbarem Wohnraum, häufig gibt es viel
210 zu wenige Plätze in den Wohnheimen. In Kooperation mit kommunalen und gemeinnützigen Trägern muss
211 daher neuer Wohnraum für Studierende geschaffen werden.

212

213 Insbesondere Auszubildenden und Berufseinsteiger*innen fällt es schwer eine bezahlbare Wohnung zu fin-
214 den. Projekte für "Auszubildenden Wohnen" in kommunaler oder gemeinnütziger Hand sollen durch den Frei-
215 staat gefördert werden. Auch müssen die Investitions- und Erhaltungskostenzuschüsse für Auszubildenden-
216 und Blockschulwohnheime durch die Landesebene wieder eingeführt und erhöht werden, um die angemes-
217 sene Unterbringung von Berufsschulpflichtigen während ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

218

219

220 Daher fordern wir:

221

222 > Schaffung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft, die zweckgebunden bezahlbaren Wohnraum
223 schafft

224 > Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften
225 Wohnraums

226 > Preislimitierte Abgabe von Liegenschaften des Freistaats an Kommunen und gemeinnützige Träger*innen
227 zur zweckgebundenen Errichtung von sozial geförderten und preisgedämpften Wohnungsbau

228 > Preislimitierte Verlängerung der Erbbaurechte oder Flächenabtretung für die bestehenden Genossenschafts-
229 wohnungen auf Liegenschaften des Freistaats Bayern

230 > Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen

231 > Einrichtung eines Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebundenen kommunalen oder gemein-
232 nützigen Wohnungsbau

233 > Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke

234 > Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende

235 > Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Block-
236 schulwohnheime

237

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

D-1	Jusos Oberfranken	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	35
D-2	Jusos Mittelfranken	Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!	40
D-8	Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand	Direkte Demokratie	43

D-1

Titel	Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

1 *Sicherheitspolitik ist immer auch linke Politik. Sicherheitspolitik beginnt nicht erst bei Vereitelung und Bestrafung*
 2 *von Straftaten, sie beginnt bei der präventiven Bekämpfung von strukturellen und sozialen Ungleichheiten, deren*
 3 *Symptome kriminelles Handeln ist. Dies umfasst Handlungsfelder im internationalen Kontext, um Terror, Krieg und*
 4 *Flucht zu verhindern, aber auch das Handeln des Staates in Inneren. Bourdieu prägte den Begriff der linken Hand des*
 5 *Staates, die sich um die Interessen der Schwachen und um soziale Umverteilung bemüht, während die rechte Hand*
 6 *die Repression symbolisiert.*

7 Nicht selten wird die rechte Hand des Staates als Instrument der Unterdrückung und der Durchsetzung der In-
 8 teressen der Starken gegen die Schwachen gesehen und ihre Stärkung als Angriff auf die Schwachen bewertet.
 9 Wir als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen verfolgen die Utopie einer Welt, die ohne Angst und ohne
 10 Gewalt auskommt; einer Welt, in der alle ein besseres Leben haben.

11 Die Diskussion über die Arbeitsweise der rechten Hand dürfen wir trotzdem nicht den rechten Kräften über-
 12 lassen. Die SPD hat große Probleme im Umgang mit dieser Diskussion, die sich in widersprüchlichem Handeln
 13 manifestieren. Wir verurteilen die in trauriger Regelmäßigkeit vorgebrachten repressiven und reaktionären
 14 Forderungen von AfD und CSU auf Kriminalität und Terror. Die Sozialdemokratie darf diesen populistischen
 15 Forderungen nicht auf den Leim gehen und sie sich zu eigen machen. Es ist unsere erklärte Aufgabe, diesen
 16 Vorstößen entgegenzutreten und in der Diskussion um das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz und der
 17 Ausweitung von Videoüberwachung die Bürgerrechte zu verteidigen. Diese Rolle des Verteidigers darf aber
 18 nicht unsere einzige Reaktion bleiben.

19 Es ist unser erklärtes Ziel, diesen Diskurs zu führen und klar zu formulieren, wie sozialdemokratische Sicher-
 20 heitspolitik im 21. Jahrhundert aussehen kann. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der Polizeigewalt und
 21 die Schaffung eines Überwachungsstaates ablehnt, ohne den Diskurs über innere Sicherheit den rechten Par-
 22 teien zu überlassen.

23

24 **Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden**

25 Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden. Der Grundlegende
 26 Wille von Menschen, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, wurde in Frage gestellt – jede Arbeitslosigkeit
 27 wurde als selbstverschuldet dargestellt. Diese Stigmatisierung dürfen wir nicht akzeptieren! Die Willkür in den
 28 Jobcentern / Agenturen für Arbeit muss beendet werden. Sanktionen beim Arbeitslosengeld müssen ersatz-
 29 los abgeschafft werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre Kinder eine deutlich höhere Unterstützung
 30 erhalten. Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Arbeitssuchende, das ein Armutsrisiko ausschließt.
 31 Nur wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann, trägt auch die Motivation und die Kraft in sich, eine
 32 neue Stelle zu finden.

33 Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in Unterstützung- und Weiterbildungszentren umgewandelt wer-
 34 den. Der kapitalistische Gedanke der Arbeitsvermittler*Innen, die Arbeitssuchende als ihre Kunden behandeln,

35 muss ein Ende finden. Wir brauchen gezielte und menschenwürdige Förderung statt Angstmache und Bestrafung.
36

37 Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angstlos seinen momentanen Job aufgeben zu können – ohne
38 Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit. Das gilt vor allem auch für unter 25-jährige und ältere
39 Menschen, die besonders strenge Repressionen beim Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

40

41 **Spekulant*Innen vom Wohnungsmarkt vertreiben**

42 Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen Erzählung zum bloßen Eigentum und Spekulationsobjekt
43 degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis für das Dasein eines jeden Menschen. Dieses Narrativ
44 wollen wir gegen den Widerstand der konservativen politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch, unab-
45 hängig von sozialer und geografischer Herkunft, unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Anerkennung
46 das Recht auf eine Wohnung hat.

47 Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Wohnungssuche ist vor allem für Geringverdiener*Innen und
48 Familien mit mehr als drei Personen nahezu unmöglich. Damit wird Wohnen immer mehr zu einem Privileg
49 der Reichen und derer, die Grundbesitz in der Familie haben. Längst haben rechtsextreme und rassistische
50 Kräfte diesen Missstand erkannt und instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke: Arbeitssuchende,
51 Geflüchtete, Alleinerziehende, junge und alte Leute werden gegeneinander ausgespielt. Ein sicheres Land heißt
52 für uns, dass niemand Angst vor der Wohnungssuche haben darf und Fremdenfeindlichkeit keine Chance in
53 unserer Gesellschaft hat.

54 Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das Ansteigen der Mieten zu verhindern und um bezahlbaren
55 Wohnraum zu schaffen.

56

57 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen und Infrastruktur stoppen**

58 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt weiter an. Die Möglichkeit, dass immer mehr Teile der
59 öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert und damit für einige Menschen unbezahlbar wird, entsteht. Das neo-
60 liberale Ideal der Privatisierung zum Wohle aller hat sich als Lüge im Interesse der Profite Weniger herausge-
61 stellt.

62 Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der Altersvorsorge. Die staatliche Subventionierung profitori-
63 entierter Versicherungskonzerne, wie beispielsweise in Form der Riester-Rente, muss ein Ende haben. Wir
64 fordern daher die Rückkehr zu einer solidarischen, staatlich organisierten Altersvorsorge, in die langfristig
65 auch Selbstständige und Beamt*Innen einzahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in Höhe von mindestens
66 1.050,- € netto plus jährlichen Inflationsausgleich gewährleistet werden, damit Altersarmut ein für alle Mal
67 beseitigt wird. Jeder Mensch verdient die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

68 Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie- und Wasserversorgung müssen wie-
69 der verstärkt in öffentliche oder genossenschaftliche Hand gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen
70 darf nicht von einem wankenden Markt abhängig gemacht werden, sondern muss lokal und im Interesse aller
71 Konsument*Innen gewährleistet werden.

72 Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition angestrebten Privatisierungen in der
73 Infrastruktur. Wir brauchen ein umfangreiches Investitionsprogramm in Infrastruktur, in der vor allem der
74 Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger der Individualverkehr. Auch müssen Straßen und
75 Autobahnen in staatlicher Hand bleiben, damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können. Wir
76 brauchen die Sicherheit, dass auch die Generationen nach uns Straßen bauen, sanieren und befahren können,
77 ohne horrenden Kosten auf sich nehmen zu müssen.

78

79 **Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“**

80 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen in
81 Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren können,
82 sodass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil,

83 die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und
84 menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD
85 gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darüber machen, dass die
86 Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund
87 maximaler Provokation tun.

88 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*Innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung
89 und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die
90 soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen,
91 selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch
92 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist
93 schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind deutsche
94 Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte es nicht,
95 um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht,
96 in menschenverachtenden Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden, das haben
97 Sozialdemokrat*Innen und vermeintlich konservative Politiker*Innen auch alleine geschafft.

98 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschie-
99 dene Art und Weise führen.

100

101 **Wir lehnen den Extremismus-Begriff ab**

102 Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband der Überzeugung, dass es eine entschlossene und kämpferi-
103 sche Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.

104 Die pragmatische und unideologische demokratischen Mitte betrachten wir als einen bürgerlichen Mythos.
105 Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb dieser Mitte beginnen,
106 ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

107 Diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte berufen, einen Freifahrtschein zu ras-
108 sistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Nationalismus sowie Homopho-
109 bie keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische Landschaft, wie einige
110 Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungshandeln selbst beweisen,
111 auch ein Problem der politischen Linken ist.

112 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfra-
113 ge, was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Ausssa-
114 gen, die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“
115 oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft und müssen dort
116 bekämpft werden.

117 **Sicherheit muss es auch für Asylbewerber*Innen geben**

118 Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD
119 nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sag-
120 bar, sondern -in den vergangenen Jahren auch machbar wurden. Wir erlebten durch verschiedene, von der
121 Bundesregierung und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regelmäßige Eingriffe in die Freihei-
122 ten von Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Unterkünfte für
123 Geflüchtete versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der
124 Angriff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische So-
125 lidarität. Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der
126 letzten Jahre betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der
127 Demo bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

128

129 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverbands politische Arbeit in den
130 Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem men-
131 schenwürdigen Anrecht auf Asyl!

132 Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis sein, die es weiterzuentwickeln gilt:

- 133 • Das System der sogenannten „Zentralen Aufnahmeeinrichtungen“ in Bayern, wie wir sie beispielswei-
134 se in Bamberg vorfinden abschaffen. Die rassistische Politik der CSU-Landesregierung muss beendet
135 werden!
- 136 • Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine
137 gesamteuropäische Lösung, die die Last von den südeuropäischen Staaten nimmt und die Geflüchtete
138 nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein Mensch ist illegal!
- 139 • Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen ohne Anhörung kategorisch auf Grund
140 ihrer Herkunft deutlich schlechtere Chancen im Asylverfahren einzuräumen ist darf für eine sozialde-
141 mokratische Partei nicht tragbar sein!
- 142 • Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei So-
143 zialleistungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte
144 Benachteiligung schaffen, wie es momentan der Fall ist.
- 145 • Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.

146

147 **Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden**

148 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum
149 der jüngsten großen Koalition kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsor-
150 gane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch
151 Polizist*Innen im Zusammenhang mit beispielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbei-
152 tung meist aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor,
153 von menschenverachtenden Ideologien geprägt zu sein. Racial Profiling, Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder
154 auch der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Po-
155 lizei durch verschiedene Akteur*Innen, innerhalb staatlicher Institutionen. Unser Ziel ist es, dass friedliche
156 Demonstrant*Innen antifaschistische Initiativen und Journalist*Innen die Sicherheit haben, von den Sicher-
157 heitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht Angriffe befürchten müssen.

158 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen
159 von Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt
160 in seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismus-Theorie versagt als theoretisches Analys-
161 einstrument, aber auch die geheimdienstliche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere
162 Behörde. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches Instrument nutzt ist nicht
163 nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe auch hierin hat,
164 beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit ausging und ausgeht zeigt auch
165 der Versuch einer politischen Aufarbeitung des gesamten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legi-
166 timierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen, wurden vernichtet oder erst nach langen Verzögerungen
167 zur Verfügung gestellt. Selbst von den höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Aus-
168 schüsse wurden mit teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der
169 Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaft-
170 liche Institutionen besser in den letzten Jahren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan
171 wurde.

172 Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass polizeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den derzeit vor-
173 liegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir entschieden ab. Ein
174 Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf jeder Demo, ein Auslesen, Speichern und sogar eine Änderung
175 von Daten aufgrund einer drohenden Gefahr, verdeckte Ermittlungen in Privaträumen, die Anwerbung von
176 V-Leuten und eine mögliche Unendlichkeitshaft, die es ermöglicht, drei Monate ohne richterliche Kontrolle
177 im Gefängnis zu sitzen mit Verlängerungsmöglichkeiten – diese Entwicklung in der bayerischen Sicherheits-
178 politik lässt einen erschauern. Ein veränderter Gefahrenbegriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen
179 sicherlich kein mehr an Sicherheit, sie sind Augenwischerei, gerade im Hinblick auf die wirklichen Probleme in
180 diesem Bereich. Gerade auch durch die Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen den Polizeiinspektio-
181 nen Menschen vor Ort, die das Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt weicht die Soll- von der Ist-Stärke

182 eklatant ab. Ein Rückgang der Kriminalität ist sicherlich nicht durch ein Mehr an Repression zu bewerkstelligen,
183 sondern durch ein Mehr an Prävention.

184

185 Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgende politische Maßnahmen ab:

186 • Kennzeichnungspflicht für Polizist*Innen, die es ermöglicht, bei Straftaten im Amt die richtigen Täter*In-
187 nen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu machen

188 • Die Abschaffung des Verfassungsschutzes

189 • Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsge-
190 heimdienst der Fall ist.

191 • Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kol-
192 leg*Innen durchgeführt werden. Der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert oft
193 eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.

194 • Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit
195 mit rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.

196 • Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschie-
197 dener Menschen ist nicht einmal mit liberalen Mindest-Standards einer bürgerlichen Demokratie zu
198 vereinen, zudem können die Befürworter*Innen bis heute keinen vollständigen Beleg für ein höheres
199 Maß an Sicherheit durch die VDS vorbringen

200 Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Generation nach uns ein würdevolles Le-
201 ben führen können. Wir möchten nicht weniger als eine sichere Kranken- und Rentenversicherung, die Sicher-
202 heit, auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft unterstützt und gefördert zu werden. Wir verlangen die
203 Sicherheit, auch in Zukunft noch eine schöne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den
204 Tisch legen zu müssen. Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und sich fortbilden zu dürfen.
205 Wir möchten die Sicherheit vor privaten Konzern- und Profitinteressen, wir möchten in Sicherheit vor einem
206 grenzenlosen und menschenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten, dass Sicherheit nicht Deutsch,
207 sondern solidarisch ist. Wir verlangen Solidarität mit Geflüchtete, mit Menschen aller Religionen, jeder Her-
208 kunft – mit allen Menschen ungeachtet ihres Status, ihrer Herkunft oder ihrer Identität. Mit diesem Antrag
209 schlagen wir vor, dass die SPD endlich auch für eine gute Sicherheitspolitik bekannt wird – für eine alternative,
210 menschliche Sicherheitspolitik, die sich gegen eine autoritäre und nationalistische Politik stellt. Nur das kann
211 unsere SPD sein.

D-2

Titel	Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Mehr Jugendpartizipation im Freistaat Bayern!

1 Politisches Engagement ist für uns Jusos keine Frage des Alters. Mehr denn je ist es wichtig, dass Jugendliche
 2 eine umfassende politische Bildung erhalten, damit die demokratischen Werte in unserer Gesellschaft aktiv
 3 gelebt und verteidigt werden. Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, dass der Frieden in Europa und die
 4 bestehenden Freiheiten in der Europäischen Union keine Selbstverständlichkeit sind. Die heutige Generati-
 5 on an Teenagern und jungen Erwachsenen ist in einem Europa aufgewachsen, in dem Freizügigkeit herrscht,
 6 in dem es eigentlich keine Binnengrenzen mehr gibt und man fast überall mit der gleichen Währung zahlen
 7 kann – ein Europa, in dem wahrhaftig #freistarten kann. Dass man jetzt allen Ortes wieder über Grenzkon-
 8 trollen, Zäune, Euro- und EU-Austritte nachdenkt, ist sicher nicht auf das Meinungsbild der jungen Generation
 9 zurückzuführen. Unter allen demographischen Schichten fühlen sich „die Jungen“ noch am ehesten als Euro-
 10 päer*innen und schätzen die vorhandenen Freiheiten. Wie soll aber diese Generation ernsthaft für Europa und
 11 die Demokratie einstehen, wenn sie nicht das Ideal dahinter versteht oder wenn sie in unserer Gesellschaft
 12 nichts zu sagen haben?

13 Man muss gar nicht bis nach Europa denken, um festzustellen, dass jungen Menschen im politischen und
 14 gesellschaftlichen Alltag zu wenig Gehör geschenkt wird – wenn sie überhaupt als Meinungsträger*in ernst
 15 genommen werden. Die aktuell stattfindende Debatte unter dem Hashtag **#diesejugenleute** zeigt sympto-
 16 matisch, wie allein hierzulande mit jungen Mandatsträger*innen, ja überhaupt mit meinungsstarken Jugend-
 17 lichen umgegangen wird. Der in dieser Debatte aufgekommene Begriff der „Jugenddiskriminierung“ ist nicht
 18 weit hergeholt. Wer der Jugend mit so einer Abwertung begegnet, braucht sich nicht zu wundern, wenn irgend-
 19 wann der Punkt erreicht ist, an dem Motivation in Verdrossenheit oder gar in Destruktivität umschlägt.

20 Das Recht auf Beteiligung ist Grundprinzip der UN-Kinderrechtskonvention! Und wir als Jusos wollen mehr
 21 denn je dieses Recht einfordern und uns für die Mitsprache der Jugendlichen einsetzen. Der Freistaat Bayern
 22 soll zu einem Musterbeispiel an Jugendpartizipation werden, auf kommunaler genauso wie auf Bezirks- und
 23 Landesebene.

24 **Politische Bildung stärken**

25 Damit demokratische Partizipation grundsätzlich bei jungen Menschen Interesse weckt, vor allem aber so neu-
 26 tral wie möglich an sie herangetragen wird, muss diese in Form von Bildung weiter verstärkt werden. Jugend-
 27 lichen soll mit attraktiven Angeboten die Möglichkeit gegeben werden, Demokratie besser zu verstehen und
 28 somit auch schätzen zu lernen. Hierfür sollen Maßnahmen erarbeitet werden, welche auf Jugendliche zuge-
 29 schnitten sind. Dieses politische Interesse zu fördern oder gar eine Grundlage dafür zu bieten, ist auch wertvoll
 30 für die Gesellschaft als solches. Wenn Menschen die Demokratie besser verstehen, können sie sich auch be-
 31 wusstmachen, wo die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Zudem ist politische Bildung wichtig, um die
 32 Gesellschaft vor Folgen durch Populismus zu schützen.

33 **Mehr Jugendbeteiligungsformate**

34 Aktive Beteiligung fängt meistens klein im Kommunalen an. Zu allererst sind die Städte und Gemeinden in der
 35 Pflicht, für öffentliche Angebote zu sorgen, über die Jugendliche sich politisch wie kulturell engagieren können.
 36 Entsprechende barrierefreie Räume sind ebenfalls zur Verfügung zu stellen. In ländlichen Gegenden scheidert
 37 es oft schon an dieser Hürde. Es ist schlichtweg kein Raum zur Entfaltung da, obwohl die Nachfrage bei den

38 Jugendlichen da wäre. Hier müssen die betroffenen Kommunen endlich Abhilfe schaffen. Das ist aber nur der
39 erste Schritt.

40 Die Ausgestaltung der Angebote für Kinder und Jugendliche darf nie über deren Köpfe hinweg diskutiert und
41 entschieden werden. Warum sollte an Orten, die hauptsächlich von Jugendlichen genutzt werden – Spielplät-
42 ze, Schulwege, Jugendtreffs – deren Miteinbeziehung nicht selbstverständlich sein? Es geht dabei nicht nur um
43 kreative Prozesse oder ihre Einbeziehung als ehrenamtliche Helfer*innen. Auch bei der konkreten Projektpla-
44 nung seitens der Kommune fordern wir vom ersten Schritt an Transparenz und eine aktive Mitsprache der
45 betroffenen/beteiligten Jugendlichen auf Augenhöhe.

46 Ausrichtung an den Bedürfnissen junger Menschen

47 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niederschwellig und motivierend gestaltet werden.
48 Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions- und Gruppenprozessen einzuset-
49 zen.

50 Finanzielle Ressourcen

51 Zur breiten Bewerbung des Beteiligungsformates und für die Durchführung sind finanzielle Ressourcen von-
52 nöten, die seitens der Gemeinde bereitzustellen sind. Förderungsmöglichkeiten seitens des Freistaates sind
53 zu prüfen und zu nutzen.

54 Transparenz

55 Um die Selbstwirksamkeit zu stärken und nicht „Politikverdrossenheit“ zu fördern, müssen die tatsächlichen
56 Auswirkungen der Ergebnisse auf Entscheidungen transparent dargestellt werden. Zu diesem Zwecke müssen
57 analog Art. 18 (4) der Gemeindeordnung die Empfehlungen des Beteiligungsformates innerhalb einer Frist von
58 drei Monaten im Gemeinderat behandelt werden. Bei den Gemeinderatssitzungen, bei denen die Anliegen des Be-
59 teiligungsformates behandelt werden, ist gewählten Vertreter*innen aus diesem Beteiligungsformat Rede-
60 recht einzuräumen. Den Jugendlichen ist über den Verlauf und die Auswirkungen ihrer eingereichten Empfeh-
61 lung durch die Stadtspitze Bericht zu erstatten. Träger und Organisationen, die in dem Bereich tätig sind, wie
62 die Schüler*innenvertretung, der Kreis-/Stadtjugendring und Träger der Jugendarbeit, sind bei der Bearbei-
63 tung des Konzeptes mit einzubeziehen.

64 **Jugendräte und Jugendparlamente**

65 In vielen Kommunen existieren bereits so genannte Jugendräte, genauso wie Senioren-, Behinderten- oder
66 Migrations-/Ausländerräte. Ihr Aufgabenbereich und der Umfang ihres Mitspracherechts folgt jedoch keiner
67 klaren Linie. Mancherorts haben Jugendräte Verantwortung über ein eigenes Budget und sind vollwertige Be-
68 rater des Stadt- oder Gemeinderats, mancherorts sind sie reine Beratungsstellen nach außen oder ihre Ver-
69 antwortung wird auf die Organisation von Grillfesten reduziert.

70 Wenn Kommunen schon einen Jugendrat einsetzen, müssen sie seine Funktion und dessen Gestaltungsmög-
71 lichkeiten ernst nehmen und ihn proaktiv an die Jugendlichen herantragen. Eine Möglichkeit, der Sache mehr
72 Gewicht zu verleihen, ist die Weiterentwicklung hin zu Jugendparlamenten, begleitet von Fachkräften. Das
73 Budget wäre dann ein „Haushalt im Haushalt“ und würde „unter kommunalpolitischen Bedingungen“ verteilt
74 werden. Diese Form würde zusätzlich die politische Bildung der Beteiligten stärken, nicht nur zu einer positiven
75 Persönlichkeitsentwicklung beitragen.

76 Als Alternative zu Jugendräten und Jugendparlamenten könnten Stadtschüler*innenvertretungen eingesetzt
77 werden. Diese nehmen ein bildungs- und allgemeinpolitisches Mandat für die Belange von jungen Menschen
78 ein und sind in den entsprechenden Ausschüssen der Kommunalpolitik antragsberechtigt. Die Arbeit den SS-
79 Ven findet kontinuierlich statt. Wichtig ist, dass die Jugendliche über echte Entscheidungs- und Budgetkompe-
80 tenzen verfügen, damit die Angebote keine Scheinpartizipation darstellen.

81 **Schülermitverwaltung und Auszubildendenräte**

82 Beteiligung im schulischen Bereich ist ein genauso wichtiges Feld. Schüler*innen müssen vom ersten Schultag
83 an Mitbestimmung erleben, um sie zu mündigen Demokrat*innen zu erziehen, aber auch um klar zu machen,
84 dass ihre (Aus-)Bildung einen besonderen Stellenwert genießt. Die Rolle der Schülermitverantwortungen muss
85 daher weiter gestärkt werden, genauso wie die Rolle der Bezirksschülersprecher*innen und des Landesschü-
86 lerrats in Bezug auf das Kultusministerium.

87 Die Einrichtung von Auszubildendenräten und eines Azubi-Parlaments in den Berufsschulen, wie von den Jusos
88 Bayern bereits gefordert, ist ein weiteres Mittel. Demokratisch gewählte Vertreter*innen der jeweiligen Ausbil-
89 dungszweige sollen offiziell die Belange der Auszubildenden gegenüber der Berufsschule vertreten, entweder
90 in ihrem Fachbereich oder als Gesamtvertretung der Berufsschüler*innen.

91 **Endlich Wahlen ab 14 – für Landtags-, Bezirkstags- und Kommunalwahlen!**

92 Die Grundform demokratischer Beteiligung ist die freie, geheime Wahl. Gerade hier sind Jugendliche immer
93 noch von der politischen Mitgestaltung ausgeschlossen, was einfach nicht mehr zeitgemäß ist – um zu nicht zu
94 sagen „antidemokratisch“. Der Vorschlag, ein Wahlrecht ab 16 im Freistaat Bayern einzuführen, stößt vor allem
95 bei der CSU regelmäßig auf strikte Ablehnung, obwohl es inzwischen in anderen Bundesländern schon erfolg-
96 reich angewendet wird. In den Köpfen mancher Christsozialen haben Jugendliche in diesem Alter noch nicht
97 ausreichend Lebenserfahrung, um politisch urteilsfähig zu sein. Deshalb könnten Sie auch die Rechtsfolgen
98 ihrer Handlungen nicht abschätzen. Wir sind der Meinung, dass junge Menschen durchaus in der Lage sind,
99 politisch mitzubestimmen. Ab 14 Jahren darf man sich sowohl die Religions- als auch die Parteizugehörigkeit
100 selbst aussuchen. Wir sind der Meinung, wer so weitreichende Entschei-dungen treffen darf, sollte auch schon
101 wählen dürfen.

102 Eine weitere angebliche Binsenweisheit besagt, dass Jugendliche anfälliger für den Einfluss von Extremisten
103 seien. Allein ein Blick auf das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 zeigt, dass dies nicht der Fall ist..
104 Bundesweit bei den 18- bis 29-Jährigen ist nach Umfragen die AfD nur sechststärkste Kraft geworden, gleichauf
105 mit der Linken. Die Aussage, dass die Ränder bei den Jugendlichen grundsätzlich populärer wären, ist genauso
106 pauschal und falsch wie alle Argumente, die von den Gegnern der Herabsetzung des Wahlalters kommen. Kein
107 Bundesland, das sein Wahlalter herabgesetzt hat, ist dadurch umgestürzt worden.

108 Wir fordern daher das aktive und passive Wahlrecht im Freistaat Bayern auf 14 Jahre – zuerst bei den Kommu-
109 nalwahlen 2020 und dann mit den Landtags- und Bezirkstagswahlen 2023 auch ab Landesebene.

D-8

Titel	Direkte Demokratie
Antragsteller*innen	Kommission Innen, Demokratie, Antifaschismus über Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Direkte Demokratie

1 Einleitung und Begriffsdefinitionen

2 In ihrer extremen Ausführung ist das Prinzip der direkten Demokratie als spezifischer Typus politischer Herr-
 3 schaft, in dem politische Macht allein und direkt durch die Gesamtheit der abstimmungsberechtigten Bür-
 4 ger*innen und nicht durch einzelne oder wenige Repräsentanten oder Amtsträger verbindlich ausgeübt wird
 5 zu sehen, stellt hierbei einen Kontrast zur repräsentativen Demokratie dar. Dagegen steht eine gemäßigteres
 6 und realitätsnäheres Konzept, das die direkte Demokratie als politisches Entscheidungsverfahren, bei dem
 7 Bürger*innen politisch-inhaltliche Sachfragen auf dem Wege der Volksabstimmung selbstständig und unab-
 8 hängig von Wahlen entscheiden sieht. Diese wohl vertrautere Ausübung ist nicht das Gegenteil einer reprä-
 9 sentativen Demokratie, sondern integriert konstruierte Entscheidungsverfahren als ergänzende Instrumente
 10 politischer Beteiligung in unterschiedlicher Ausgestaltung in eben diese.

11 Analyse

12 1. a) Themensetzung

13 Bei der Debatte um plebiszitäre Elemente ist die Frage nach der Themensetzung essentiell. Was sind geeig-
 14 nete Themen und welche sind relevant genug, um einen Vorteil aus einem Volksentscheid zu gewinnen? Ein
 15 Referendum gilt generell als eine progressive Art der Entscheidungsfindung und viele Menschen erhoffen sich
 16 von diesem eine direkte Mitbestimmungsmöglichkeit, die dem schwerfälligen politischen Diskurs moderne Re-
 17 formen entgegensetzt. Die Erfahrung mit den bisher existierenden direktdemokratischen Systemen, wie etwa
 18 in der Schweiz, zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Im Gegenteil wird sogar häufig die Reformfähigkeit
 19 gebremst. Die Themensetzung ist oft eher von konservativer Art und unterstützt somit eine Abkehr von pro-
 20 gressiver Politik und stellt meist auch einen Rückschritt vom Status Quo dar. In der Schweiz zeigt sich dies
 21 besonders am Abbau des Sozialstaates und bei Fragen, die gesellschaftliche Minderheiten betreffen. Die The-
 22 mensetzung dreht sich dabei stark um die Verringerung von Steuern, Einsparungen bei sozialen Maßnahmen
 23 und um populistische Zuspitzungen bei Migrationsfragen. Bei dieser eingeschränkten Themensetzung spielen
 24 sozialdemokratische Werte oft keine Rolle. Dies hat zur Folge, dass eher neoliberale oder populistische The-
 25 men statt Fragen der sozialen Gerechtigkeit diskutiert werden. Es müssten an dieser Stelle Mechanismen im
 26 System eingebaut werden, die eine solche Verengung der Themensetzung verhindern und den Fokus mehr
 27 darauf legen, wie eine sozialere und gerechtere Gemeinschaft ermöglicht werden kann. Vor allem Probleme
 28 und Anliegen ökonomisch Benachteiligter und Minderheiten finden sich häufig nicht in Volksabstimmungen
 29 wieder.

30 Erschwerend kommt hinzu, dass die Probleme unserer Zeit durch eine enorm hohe Komplexität gekennzeich-
 31 net sind. Viele wichtige Themen lassen sich nicht in dem engen Rahmen einer Volksabstimmung behandeln,
 32 da in solchen nur zwischen Ja oder Nein entschieden werden kann. Wichtige Sachverhalte würden vereinfacht
 33 oder gar rausgelassen werden.

34 Zu Volksentscheiden werden oft Themen, die gerade kontrovers und auch emotional diskutiert werden, vorge-
 35 schlagen. Eine fundierte Entscheidung setzt allerdings einen längeren Willensbildungsprozess und verfügbare

36 Informationen voraus. Dies steht einer schnellen Abstimmung, wie oft gefordert, entgegen. Bei Entscheidun-
37 gen mitten in der Debatte besteht die Gefahr einer Überlagerung durch Emotionen. Ein weiterer Aspekt ist,
38 dass die Gestaltungsmöglichkeit politischer Parteien durch die häufige Anwendung von Volksentscheiden auf
39 Bundesebene stark beeinträchtigt wird. Große Themenkomplexe benötigen langfristig angelegte Lösungsan-
40 sätze und eine auf verschiedenen Ebenen abgestimmte politische Strategie. Werden Volksentscheide zur Re-
41 gel, besteht für Parteien die Notwendigkeit, permanent Wähler*innen für die jeweils nächste Abstimmung zu
42 mobilisieren. Dies bindet sowohl Personen als auch finanzielle Mittel, die bei der Bearbeitung wichtiger The-
43 men fehlen. Es ist zu befürchten, dass es für Parteien unattraktiv wird, sich langfristigen gesellschaftlichen
44 Projekten zu widmen, da permanent die Gefahr eines negativen Votums droht. Gesellschaftliche Visionen ver-
45 lieren damit zunehmend an politischer Bedeutung.

46 1. b) Kampagnenfähigkeit

47 Bei Menschen, die von „der Politik“ frustriert sind, findet sich oft die Meinung, Politiker*innen würden nicht
48 die Probleme „des Volkes“ kennen, sondern nur den eigenen Vorteil suchen. Daraus wird abgeleitet, dass eine
49 direkte Demokratie, beispielsweise in Form von Volksentscheidungen auf Bundesebene, die Bürger*innenmei-
50 nung reeller vertreten würde. Doch dem ist nicht so. Nimmt man an, es gäbe einen Volksentscheid und man
51 möchte für die eigene Meinung werben, so bräuchte man einerseits eine funktionierende Lobby, die diese Mei-
52 nung teilt, großflächig unterstützt und dafür wirbt. Andererseits braucht es auch große finanzielle Mittel, um
53 die eigene Werbung sinnvoll und großflächig zu verbreiten. Die Möglichkeit einer solchen Lobby und großer
54 finanzieller Mitteln sind nicht jedem Menschen, der eine Meinung zu dem entsprechenden Thema hat, gege-
55 ben. Hier würde nur eine Meinung wirklich groß verbreitet werden: Die Meinung derer, die das Geld haben,
56 um dafür breit zu werben. Das ist ungerecht und entspricht nicht unserer Auffassung einer Gesellschaft, in
57 der jede*r sich zu politischen Themen äußern darf und soll. Jede Meinung ist dabei gleichwertig und verdient
58 es, gehört zu werden.

59 Zudem stellt sich das Problem, dass die verfügbare Auswahlmöglichkeit zu politischen Entscheidungen sehr
60 begrenzt wird. Politik ist nicht unbedingt das Durchsetzen der eigenen Meinung, Politik bedeutet auch das
61 Aushandeln von Kompromissen und dadurch das Finden einer Lösung, mit der sowohl Gegner*innen als auch
62 Befürworter*innen der zu fällenden Entscheidung leben können.

63 Diese Möglichkeit der Kompromissfindung gibt es in der direkten Demokratie nicht. Hier heißt die Antwort
64 entweder Ja oder Nein – für Kompromisse kann es keinen Spielraum geben. So kann Politik nicht funktionie-
65 ren.

66 Ein weiteres Problem des fehlenden Kompromisses ist das Nicht-Wahrnehmen von Minderheitenmeinun-
67 gen. Bei einer Kompromissfindung ist es möglich, durch einige Umlenkungen auch diese zu berücksichtigen.
68 Das kann in der direkten Demokratie nicht mehr funktionieren, da diesen einfach keine Plattform geboten
69 wird.

70 Auch die Themen, über die entschieden wird, sind in einer direkten Demokratie nur die großen Mehrheitsthe-
71 men. Wichtige Themen, die vielleicht nicht die Mehrzahl der Bevölkerung betreffen, aber für eine Minderheit
72 eine extreme Bedeutung besitzen, werden nicht auf die Agenda kommen.

73 Allgemein finden nur die Themen einen Platz in der öffentlichen Meinungsbildung, deren Vertreter*innen die
74 oben erwähnte Lobby bzw. die finanziellen Mittel besitzen. Über deren Themen wird abgestimmt. Viele Bür-
75 ger*innen verfügen nicht über die finanziellen Mittel und eine ausreichende Organisationsstruktur, um über
76 direktdemokratische Verfahren angemessen an der Entscheidungsfindung zu partizipieren.

77 1. c) Soziale Selektion

78 Volksentscheide leben von der Wahl für oder gegen eine Entscheidung. Beide Alternativen werden nicht nur
79 von Interessengruppen unterstützt, sondern meist sogar erst von diesen gebildet.

80 Aufgrund von Unterschieden in Vernetzung, finanzieller Ausstattung und Hintergrundwissen

81 verfügen diese oft nicht über die gleichen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Damit einhergehend
82 fällt es diesen Gruppen relativ leicht, politische Themen im Rahmen von Volksentscheiden ihren Interessen
83 entsprechend zu formulieren und die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen. Diese strukturelle Überle-
84 genheit steht im krassen Widerspruch zu dem grundgesetzlich garantierten Recht auf gleiche demokratische
85 Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung.

86 Diese Dynamik wird für Gruppen, die über wenig Ressourcen verfügen, zum Problem: Eigene Themen im öffent-
87 lichen Diskurs zu setzen, ist damit sehr schwierig. Sich gegen einmal gesetzte Themen bei Volksentschei-
88 den aus dieser Position heraus erfolgreich zur Wehr zu setzen, ist nahezu unmöglich. Gestaltungsmöglich-
89 keiten werden unangemessen stark eingeschränkt. Das Bekenntnis zum Rechtsstaat verpflichtet jedoch zum
90 Minderheitenschutz.

91 Die zwei Alternativen einer Volksentscheidung stehen sich daher nicht gleichberechtigt gegenüber, vielmehr
92 prädestinieren faktische und soziale Verhältnisse, die lange vor dem Entscheid selbst geschaffen worden sind,
93 ihren Ausgang.

94 Durch den Einsatz von Finanzen und Lobby verfestigen sich bestehende exklusive Machtstrukturen. Dieje-
95 nigen, die bereits über Macht verfügen, können diese auf lange Zeit festigen und ausbauen. Wer bislang
96 nicht so großen Einfluss besitzt, hat nur geringe Möglichkeiten, seine*ihre politische Partizipation zu vergrö-
97 ßern.

98 1. d) Legitimationsgrundlage Bürger*innenwillen?

99 Befürworter*innen der direkten Demokratie führen oft an, dass durch Volksentscheide der Wille der Bür-
100 ger*innen unverstellt abgebildet werde und einen Gewinn für die demokratische Gesellschaft darstelle. Frag-
101 lich ist, ob dies tatsächlich so zutrifft.

102 Bei der Frage nach der Abbildung des Bürger*innenwillens darf nicht beim Entscheid als solchen stehen geblie-
103 ben werden, sondern es muss gerade die entscheidende Vorlaufphase genauer betrachtet werden. In dieser
104 Phase der Meinungsbildung versuchen alle Gruppen, Einfluss auf die Bürger*innen im Sinne ihrer Kampagne
105 zu nehmen. Hierbei kommen vor allem die unterschiedlichen strukturellen Ausstattungen zum Tragen: ein
106 Mehr an Finanzen und sozialer Vernetzung ermöglicht eine stärkere Präsenz der entsprechenden Interessen-
107 gruppe. Im Zeitpunkt der Entscheidung wird der*die Wähler*in im Zweifel zur bekannteren Alternative neigen.
108 Dazu kommt, dass oftmals diejenigen, die der Meinung sind, dass diese Frage sie ohnehin nicht betrifft, sich
109 gar nicht beteiligen. Der Bürger*innenwille wird also bei einem Volksbegehren keineswegs direkt, sondern
110 unter Umständen sogar sehr verzerrt abgebildet.

111 Auch können Erwägungen außerhalb der Sachfrage eine starke Eigendynamik entfalten. Die Erfahrung zeigt,
112 dass bei Abstimmungen über Projekte im kommunalen Bereich die Bürger*innen grundsätzlich seltener er-
113 reicht und mobilisiert werden können. Emotionen, wie Wut und Empörung, motivieren nicht nur zur Teilhabe,
114 sondern beherrschen auch die Diskussion und schließen so sinnvolle Alternativen aus.

115 Inhaltlich führt die auf Ja oder Nein beschränkte Diskussion in der Sachfrage in der Regel zu weiter gehen-
116 den, teils populistisch eingefärbten, Vereinfachungen. Komplexe Zusammenhänge lassen sich, anders als im
117 parlamentarischen Verfahren, nicht in allen Dimensionen darstellen und berücksichtigen. Vor allem, wenn die
118 Stimmung in der Bevölkerung von der Wahrnehmung einer Krisensituation geprägt ist, können sich Positio-
119 nen durchsetzen, die unter "normalen" Umständen keine Mehrheit finden würden. Dass diese Gefahr real ist,
120 zeigt sich zum Beispiel im Anstieg der Popularität von rechtsextremen und populistischen Positionen ab Som-
121 mer 2015, wie es die Mitte-Studie aufzeigt (<https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>).

123 Neben der gesteigerten Akzeptanz „populistischer“ Ansätze schließt die Sachfrage, die auf nur zwei Lösun-
124 gen zugeschnitten ist, die Diskussion darüber hinausgehender Lösungsmöglichkeiten aus. In dieser Situation
125 besteht keine Möglichkeit, einen Kompromiss zu erreichen.

126 Diese Punkte zeigen, dass direktdemokratische Verfahren bei der Abbildung des Wähler*innenwillens beson-
127 ders zugänglich für sachfremde Gründe (z.B. Emotionen, Populismus oder Verkürzungen) sind. Das Ergebnis
128 vieler Volksentscheide hängt so oftmals von der aktuellen Stimmungslage ab.

129 1. e) Scheinbeteiligung

130 In der Regel ist der Erfolg von Volksentscheiden von der Aktualität des Themas abhängig. Die Bürger*innen
131 können sich somit aktiv in aktuelle politische Entscheidungen einbringen, auch wenn die nächsten Wahlen
132 erst in mehreren Jahren stattfinden. Dadurch entsteht jedoch eine Scheinbeteiligung der Bürger*innen, da sie
133 zwar über aktuelle Themen abstimmen und so kurzfristige Entscheidungen treffen, nicht aber nachhaltig Po-
134 litik prägen können. Eine solche Entscheidung kann dann zudem nicht ohne Weiteres nachträglich korrigiert
135 werden, auch wenn dies durch eine mittel- oder langfristige Veränderung der Situation nötig wäre. Außerdem

136 führt es zu einer Abwertung des Parlaments, wenn aus Volksentscheiden langfristig gültige Gesetze hervorge-
 137 hen. Könnte hingegen das Parlament Gesetze aus Volksentscheiden jederzeit einschränken, entkräften oder
 138 gar rückgängig machen, würde dies endgültig zu einer Scheinbeteiligung führen.

139 **Argumentation**

140 • “Medien manipulieren die Meinungsbildung der Bürger*innen.” Befürworter*innen von mehr direkter
 141 Demokratie argumentieren oft mit einer scheinbaren Manipulation durch Medien. Diese würde angeblich
 142 durch mehr direkte Beteiligung an Abstimmungen unterbunden werden. Medien nehmen zwar
 143 Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess – das ist sogar auch Teil ihrer Aufgabe – aber dies ist unab-
 144 hängig von repräsentativen oder direktdemokratischen Partizipationsmöglichkeiten. Selbst wenn die-
 145 ser Einfluss sich zu Manipulation entwickelt, ist auch ein direktdemokratisches Verfahren nicht davor
 146 geschützt. Ein Beispiel ist die Propaganda, die die Initiator*innen des Minarettverbots in der Schweiz
 147 betrieben haben. Meinungsfindung sollte immer durch Medien begünstigt, nicht geschädigt werden.
 148 Mag eine Meinung den persönlichen Präferenzen nicht, der Meinungsfreiheit aber doch, entsprechen,
 149 ist sie nicht abzuwerten.

150 • „Wir müssen die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße stellen.“ So lässt sich ein weiteres Argument
 151 für Volksabstimmungen auf Bundesebene zusammenfassen. Das impliziert, Abgeordnete würden den
 152 Willen der Bürger*innen nicht angemessen repräsentieren und deshalb müsste man, um den tatsächlichen
 153 Bürger*innenwillen zu ermitteln, immer alle abstimmen lassen. Füße alleine können aber nicht
 154 denken. Aus diesem Grund ist eine funktionierende Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und demo-
 155 kratisch gewählten Vertreter*innen zwingend notwendig. Ein Abstimmungsrecht alleine bietet noch
 156 keine volle politische Mitbestimmung. Die Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Demokratie sind stark
 157 ausgeprägt. Ein Mitarbeit in einer Partei beispielsweise bietet dies in größerem Maße, als ein Kreuz bei
 158 einem Referendum. Repräsentative Demokratie ist nicht gleichbedeutend mit einem absoluten Reprä-
 159 sentationsanspruch des Staates. Ein*e Abgeordnete*r arbeitet nach seiner*ihrer Wahl nicht frei von
 160 Einflüssen aus der Zivilgesellschaft, sondern steht in ständigem Kontakt zu Personen, Organisationen
 161 und Interessengruppen aus seinem*ihren Wahlkreis und aus verschiedenen Fachbereichen und Bran-
 162 chen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur.

163 • „Die Macht ist einseitig bei Wirtschaft und Eliten konzentriert. Die Gewaltenteilung funktioniert nicht
 164 mehr. Es braucht die Bürger*innen, um wirkliches Umdenken anzustoßen, neue Strukturen zu schaf-
 165 fen, alte Institutionen zu reformieren. Es braucht bei der Gesetzgebung eine Gewaltenteilung zwischen
 166 Bürger*innen und Parlamenten.“ Auch das hört man oft in konservativen Argumentationen für mehr
 167 direkte Demokratie. Doch hier wird zum einen der Begriff der Gewaltenteilung falsch verwendet, denn
 168 Gewaltenteilung heißt nicht, dass 82 Millionen Menschen ihren 82-Millionstel-Anteil an Einfluss bekom-
 169 men. Vielmehr findet in Deutschland eine Gewaltenteilung in Judikative, Legislative und Exekutive statt,
 170 die sich gegenseitig kontrollieren. Zum anderen unterstellt dieses Argument den Parlamenten eine feh-
 171 lende Rückkopplung mit der Bevölkerung. Dagegen wollen wir uns positionieren. Vielmehr halten wir
 172 es für sinnvoll, die Zusammenarbeit zwischen Politik und Bürger*innen weiter zu stärken.

173 • “Volksentscheide ermöglichen schnelle und einfache Abstimmungen, um viele Meinungen die die Ent-
 174 scheidungsfindung einzubeziehen.” Dies ist ein häufig vorgebrachtes Argument für Volksentscheide.
 175 Das Beispiel Stuttgart 21 zeigt jedoch, dass im Gegenteil derartige Entscheide oft langwierig sind
 176 und einer großen Vorbereitungszeit bedürfen. Politik muss aber in manchen Situationen schnell und
 177 entschlossen reagieren. Die kurzfristige Reaktionsmöglichkeit der Politik, wie sie etwa bei Banken-
 178 Rettungspaketen notwendig ist, wird durch Volksabstimmungen in bestimmten Bereichen stark ein-
 179 geschränkt.

180 • “Durch die Formulierung in einem Volksentscheid wird die Thematik so zusammengefasst, dass sie klar
 181 und für alle Bürger*innen verständlich ist.” Befürworter*innen sagen, dass durch diese Reduzierung
 182 auf eine Ja-oder-Nein-Entscheidung alle aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden kön-
 183 nen. Das klingt zunächst einleuchtend und logisch. Dabei bleiben jedoch wichtige Details, wie etwa die
 184 Finanzierung oder die genaue Formulierung der Gesetzestexte, ungeklärt. Eine Beteiligung findet daher
 185 nur mittelbar statt.

186 • “Es ist Zeit, dem eigentlichen Souverän, also dem Volk, mehr Kompetenzen zuzugestehen.” Der Parla-
 187 mentarische Rat hat sich allerdings bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes bewusst für eine reprä-

188 sentative Demokratie entschieden. Auch die Legislative muss in einer Demokratie durch die anderen
 189 Gewalten kontrolliert werden. Eine direkte Abstimmung über Gesetze würde diese Kontrollfunktion in
 190 Frage stellen. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts könnten mit der Argumentation ange-
 191 griffen werden, sie würden dem Volkswillen, der in einem Referendum seinen Ausdruck gefunden hat,
 192 entgegenstehen.

193 • “Regierungen und Abgeordnete sind abgehoben und entscheiden über die Köpfe der Menschen hin-
 194 weg.” Dem kann man die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung am politischen System entgegen
 195 halten: Politische Gestaltung durch Wahlen auf den verschiedenen Ebenen, Mitarbeit in Parteien oder
 196 anderen politischen Organisationen und ein aktiver Umgang mit Politik im Allgemeinen, wie Bürger-
 197 dialoge, Kontakt zum jeweiligen Mandatsträger oder Beteiligung an politischer Aufklärung. Aktive Teil-
 198 nahme am politischen Geschehen kann einen bedeutend größeren Einfluss nehmen, als ein Kreuz auf
 199 einem Abstimmungszettel.

200 • “Volksentscheide stärken die Demokratie”. Von fehlendem Hintergrundwissen profitieren gerade Po-
 201 pulist*innen, indem sie einfache Lösungen anbieten und sich zu Fürsprecher*innen des “Volkes” still-
 202 sieren. Genau dadurch besteht die Gefahr, dass sie ihre undifferenzierten Inhalte durchsetzen, denn
 203 sie bieten per se einfache Lösungen an und verkürzen sie auf Ja-/Nein-Entscheidungen. Dies geht zum
 204 Nachteil einer Vielfalt an Optionen, von denen eine Demokratie lebt. Förderlicher wäre stattdessen der
 205 Ausbau bereits bestehender Teilhabemöglichkeiten, z.B. Bürgerdialoge sowie Mitarbeit in der politi-
 206 schen Arbeit und Bildung.

207 • “Volks- und Bürgerentscheide funktionieren doch in den Bundesländern auch. Warum also nicht auch
 208 auf Bundesebene, wenn auch hiervon Menschen direkt betroffen sind?” Fragen auf Bundesebene zeich-
 209 nen sich aber im Zweifel durch eine höhere Abstraktheit und Komplexität aus, da eine Vielzahl an Per-
 210 sonen, Orten und Sachverhalten davon betroffen ist. Fragen auf Kommunal- und Landesebene sind
 211 hingegen meist überschaubar und eignen sich daher besser für die Ja-/Nein-Fragen von Volksentschei-
 212 den. Dies ist bei Fragen, die die gesamte Bundesrepublik oder die europäische Politik betreffen nicht
 213 der Fall.

214 • “Volksentscheide führen dazu, dass sich Bürger*innen wieder stärker in Entscheidungsprozesse einge-
 215 bunden fühlen.” Dem ist entgegen zu setzen, dass diese nur ein scheinbares Mehr an Mitbestimmung
 216 bieten. Wie oben ausgeführt, besteht die Gefahr einer Scheinbeteiligung sowie Verzerrung des Bür-
 217 ger*innenwillens und einer stark eingeschränkten Themensetzung. Eine Stärkung der demokratischen
 218 Kultur und eine Bekämpfung der Politikverdrossenheit ist daher nicht zu erwarten.

219 • „Die Bürger*innen sind klüger, als viele Politiker glauben – und sehr wohl in der Lage, Argumente ab-
 220 zuwägen“ Gerade bei komplexen Themen ist eine Einarbeitung von Laien in wenigen Wochen kaum
 221 möglich. Eine Abwägung der Argumente und eine Entscheidungsfindung ist so nur erschwert möglich.

222 **Unsere Forderungen**

223 • Wir lehnen Volksentscheide auf Bundesebene weiterhin ab, auf Landes-/Kommunalebene sind Verbes-
 224 serungen notwendig.

225 • Die Kampagnenfinanzierung bei Volksentscheiden muss transparent gemacht werden. Zudem müssen
 226 der Finanzierung Grenzen gesetzt werden, um eine massive Einflussnahme gut finanzierter Interes-
 227 sensgruppen vorzubeugen.

228 • Eine gleiche Verteilung der Finanzen muss ein langfristiges Ziel sein, z.B. durch Schaffung eines einheit-
 229 lichen Finanzierungstopfs oder Festlegung einer maximalen Budgetdifferenz der Gruppen.

230 • Politische Bildung, vor allem in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten, muss sowohl in den Lehrplänen
 231 als auch in der Erwachsenenbildung verstärkt gefördert werden.

232 • Auf Landes- und Kommunalebene fordern wir eine Mindestwahlbeteiligung bei Entscheiden

233 • In Grundrechte und wesentliche Staatsstrukturprinzipien darf durch Volksentscheide nicht eingegriffen
 234 werden.

235 • Den abstimmungsberechtigten Bürger*innen müssen vor der Entscheidung ausreichend Informatio-
 236 nen zur Verfügung gestellt werden, welche die Breite der Debatte mit den verschiedenen Meinungen

237 widerspiegeln.

F Feminismus und Gleichstellung

F Feminismus und Gleichstellung

F-1	Jusos Oberfranken	Mehr Unterstützung für MINT	50
-----	----------------------	-----------------------------	----

F-1

Titel	Mehr Unterstützung für MINT
Antragsteller*innen	Jusos Oberfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Mehr Unterstützung für MINT

- 1 MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Diese Berufsgruppen gelten in der
2 Gesellschaft immer noch als klassische „Männerberufe“ und stellen eine Männerdomäne dar. Hierfür gibt es
3 viele Gründe und daraus entstehende Probleme, welche schon in der Kindheit und in der Schule gebildet wer-
4 den. Bereits sehr früh in Kita und Grundschule werden Mädchen in ihren Interessen sehr einseitig gefördert,
5 sodass die Fächerwahl in der späteren Schullaufbahn häufig in Richtung sprachlicher und geisteswissenschaft-
6 licher Fächer getroffen wird. Mädchen mit Talent und Interesse für MINT-Fächer finden zu wenig Bestätigung
7 und Unterstützung dafür.
- 8 Bereits hier müssen wir ansetzen. Vielen Mädchen und Frauen* fehlen die Vorbilder und das dazu-
9 gehörige Selbstbewusstsein, um einen MINT-Einstieg zu wagen. Sie interessieren sich häufig für diese
10 naturwissenschaftlich-technische Themen, trauen sich aber nicht, das auch offen zu zeigen. Sie befürchten,
11 dass sie nicht für vollgenommen werden, und das MINT-Interesse als Spinnerei abgetan wird. Es muss in der
12 Gesellschaft ein Bewusstsein dafür erzeugt werden, dass Talent und Interesse für MINT-Berufe nichts „typisch
13 männliches“ sind, sondern dass Mädchen und Frauen* in der gleichen Weise begabt im MINT-Bereich sein
14 können, wenn sie nicht durch kulturelle und soziale Praktiken daran gehindert werden.
- 15 Es gibt viele Ideen wie wir dieses Ziel umsetzen können. Die meisten davon betreffen das schulische Umfeld.
16 Wir wollen einen offiziellen „Projekttag MINT“ an den Schulen, wo sich Schüler*Innen austauschen können,
17 verbunden mit einer Informationsveranstaltung für Eltern. Dieser Projekttag soll ab der Grundschule jährlich
18 stattfinden. Oft sind es auch Eltern, die nicht verstehen warum junge Frauen* sich für diese Berufe entschei-
19 den, oder sie sogar in die klassischen, vermeintlichen „Frauenberufe“ drängen wollen.
- 20 Um das Interesse der Schüler*Innen an Mint-Themen zu wecken brauchen wir mehr Lehrerinnen in diesen
21 Schulfächern. Diese fungieren dann als Vorbilder, machen Mut und stärken das Selbstbewusstsein. Um das zu
22 unterstützen, sollten die Schulen mehr mit Unternehmen und vor allem Handwerksbetrieben vor Ort zusam-
23 menarbeiten. Schnupperpraktika motivieren, sich für die MINT-Berufe verstärkt zu interessieren.
- 24 Wir brauchen nicht nur mehr Lehrerinnen, sondern auch mehr Professorinnen und Dozentinnen. Nicht nur in
25 den MINT-Berufen, sondern allgemein. Jedoch fällt auf, dass insbesondere in den technischen Studiengängen
26 besonders wenig Frauen* lehren bzw. in diesem Bereich forschen. Wir wollen Ideen dafür entwickeln, wie der
27 Anteil von Professorinnen* in MINT-Studiengängen gesteigert werden kann, und wie es eine sinnvolle Quo-
28 tenregelung für Professurbesetzungen geben kann. Da dies kurzfristig nur schwer zu realisieren ist, unter der
29 Bedingung, dass der Lehrbetrieb und demnach die Student*innen nicht darunter zu leiden haben, benötigen
30 wir eine zeitlich befristete Übergangsphase, in der die weiche Frauenquote Anwendung findet. In dieser Zeit
31 sollen sich die Universitäten und Hochschulen vermehrt darum bemühen Professorinnen und Dozentinnen
32 anzustellen.
- 33 In vielen Städten gibt es Jugendzentren, welche zahlreiche gute Projekte für junge Menschen anbieten. Auch
34 hier kann durch zielgruppenspezifische Angebote und gezielter Ansprache junger Frauen* das Interesse an
35 MINT-Themen gesteigert werden.
- 36 Wir wollen mit diesen Forderungen die Angebote wie „Mädchen und Technik (MuT)“ oder den „Girlsday“ nicht
37 ersetzen. Im Gegenteil: es sind wichtige Projekte, die wir durch zusätzliche Maßnahmen unterstützen wollen.

38 Auch wenn alle Forderungen von uns umgesetzt werden, gibt es noch viel zu tun. Deshalb kann dies hier nur
39 ein Anstoß in die richtige Richtung sein. Es handelt sich um einen gesellschaftlichen Prozess, der immer wie-
40 der neue Impulse benötigt. Es ist unsere Aufgabe als feministische Jugendorganisation diesen Prozess durch
41 unsere Impulse mitzugestalten.

G Gesundheit

G Gesundheit

G-2	Jusos Niederbayern	Psychische Störungen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen	53
G-3	Jusos Niederbayern	Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!	55

G-2

Titel	Psychische Störungen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Psychische Störungen machen keinen Halt vor Kindern – Für mehr Fachpersonal in schulischen Einrichtungen

1 Die Burden of Disease-Studie der WHO aus dem Jahr 2001 zeigt, dass Depressionen die häufigste Ursache
 2 für mit Beeinträchtigung gelebte Lebensjahre in den Industrieländern sind. Betroffen sind auch Kinder und
 3 Jugendliche. So gibt das statistische Bundesamt an, dass sich die Zahl der behandelten Fälle seit 2010 ver-
 4 zehnfacht hat. Die Dunkelziffer an unbehandelten Fällen liegt mit Sicherheit noch viel höher. Die Folgen, die
 5 sich aus dieser Krankheit für die Betroffenen ergeben, sind als fatal einzustufen.

6 Dabei dürfen in der Analyse von Depressionen und mentaler Gesundheit Erklärungsansätze im Zusammen-
 7 hang mit dem kapitalistischen System nicht vernachlässigt werden. Depressionen entstehen nicht nur auf-
 8 grund von biologischen oder intrapersonellen, psychischen Faktoren. Auch soziale und strukturelle Gegeben-
 9 heiten bedingen wechselseitig das Entstehen und die Aufrechterhaltung einer Depression, deren komorbiden
 10 Störungen oder anderen psychischen Krankheiten. Einflussreiche Stressoren, die zu einer Depression beitra-
 11 gen sind fehlende Autonomie, wenig soziale Unterstützung im Umfeld und „gelernte Hilflosigkeit“ aufgrund
 12 von gefühlt nichtkontrollierbaren Ereignissen. Psychische Gesundheit ist auch eine Frage des sozioökonomi-
 13 schen Hintergrunds. Menschen, die in Armut leben und/oder finanziell abhängig sind, sind wesentlich häufiger
 14 von Depressionen betroffen als der Rest der Bevölkerung. Das trifft besonders auf Frauen* und Alleinerzie-
 15 hende zu. Das Leben in benachteiligten Stadtvierteln (z.B. schlechtere Infrastruktur, weniger Grünflächen oder
 16 gesunde Einkaufsmöglichkeiten) verstärkt das Risiko, an Depression zu erkranken um ein weiteres. Gesteiger-
 17 te Leistungsanforderungen auch im Kindesalter tragen dazu bei, nicht adäquat auf Stressoren eingehen zu
 18 können und somit eine Depression auszubilden. Dies setzt sich auch im Erwachsenenalter beispielsweise in
 19 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten fort.

20 Im schlimmsten Fall kann eine Depression zum Tod führen. In Deutschland ist der Suizid die zweithäufigste
 21 Todesursache bei Menschen unter 25. Um das zu verhindern, benötigen alle Betroffenen professionelle Hilfe,
 22 um den Weg zurück in ein glückliches Leben zu finden. Doch um diese professionelle Hilfe zu erhalten, muss
 23 erst einmal das Umfeld der Betroffenen darauf aufmerksam werden. Bei Kindern und Jugendlichen betrifft
 24 das natürlich zuerst die Eltern und die gesamte Familie. In zweiter Linie sollte auch die Schule, die Lern- und
 25 Lebensraum für die Schüler*innen ist und wo sie viel Zeit verbringen, bei der Prävention tätig werden. Und
 26 hier beginnt das Problem.

27 Eine Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus aus dem Jahr 2011
 28 zeigt, dass Suizid in den Aufgabenbereich des KIBBS fällt. KIBBS steht für „Kriseninterventions- und -
 29 bewältigungsteam bayerischer Schulpsychologinnen und Schulpsychologen“. Dieses Team kommt erst nach
 30 der sogenannten Krise zum Einsatz. Als Beispiele werden hier der (Unfall)Tod eines Schülers, einer Schüle-
 31 rin oder einer Lehrkraft, Gewaltdrohungen, ein Amoklauf oder auch ein Suizid angeführt. Die pädagogische
 32 Prävention und ein Sicherheitskonzept, welches mit der Polizei vor Ort zu erstellen ist, fallen in den Zuständig-
 33 keitsbereich der Schule.

34 Weitere Akteur*innen sind Schulpsycholog*innen, welche für einzelne Schulen zuständig sind und innerhalb
 35 ihrer Sprechzeiten vor Ort erreichbar sind. Diese sind jedoch stark überfordert, da sie oft in Teilzeitverhält-
 36 nissen arbeiten und zudem noch für mehrere Schulen gleichzeitig zuständig sind. Das lässt sich an einem

37 Beispiel anhand der Seite der staatlichen Schulberatung in Bayern festmachen. Laut Kultusministerium be-
38 suchten beispielsweise das Gabelsberger-Gymnasium in Mainburg im Landkreis Kelheim in Niederbayern im
39 Schuljahr 2015/2016 1216 Schüler*innen. Auf diese Anzahl von Kindern und Jugendlichen kommt ein Schul-
40 psychologe, welcher einmal in der Woche für 45 Minuten an der Schule ist. Weiterhin sind in Bayern fast alle
41 Schulpsycholog*innen gleichzeitig (Fach)Lehrkräfte. Die Schulpsychologie nimmt dabei nur einen geringen An-
42 teil ihrer Arbeitszeit ein. Am Gymnasium haben die meisten Schulpsycholog*innen, die in Vollzeit arbeiten, an
43 ihrer eigenen Schule bei insgesamt 23 Anrechnungstunden vier Unterrichtsstunden für schulpsychologische
44 Tätigkeiten zur Verfügung. Das entspricht etwa 400 Minuten, also etwas mehr als 6,5 Zeitstunden. Betreut
45 ein*e Schulpsycholog*in mehrere Schulen, so beträgt die Zeit für schulpsychologische Tätigkeiten acht Unter-
46 richtsstunden (dreizehn Zeitstunden), unabhängig davon, wie viele Schulen betreut werden. Zu schulpsycho-
47 logischen Tätigkeiten zählen neben der Beratung von Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften auch die Planung
48 und Durchführung von Gruppenmaßnahmen (z.B. Mobbingprävention) und Methodentrainings (z.B. Lernen
49 lernen). Eine kontinuierliche Begleitung von Kindern und Jugendlichen mit Beratungsbedarf ist so nicht mög-
50 lich.

51 Eine weitere Möglichkeit, um suizidgefährdete Schüler*innen zu erkennen, wäre die Jugendsozialarbeit an
52 Schulen. Laut der Homepage des JaS stellen die Jugendämter vor Ort im Rahmen der Jugendhilfeplanung fest,
53 bei welchen Schulen ein jugendrechtlicher Handlungsbedarf besteht. Explizit werden Schulen mit gravieren-
54 den sozialen und erzieherischen Problemen genannt. Gymnasien erfüllen diese Kriterien nicht, und auch an
55 Realschulen kommt das JaS nur sehr selten zum Einsatz.

56 Letztlich sind auch die Lehrer*innen, welche tagtäglich mit den Schüler*innen zu tun haben, nicht ausreichend
57 ausgebildet, um Anzeichen einer Depression und Suizidgefährdung zuverlässig zu erkennen.

58 Insgesamt muss ein umfangreiches Netz zur Früherkennung geschaffen werden, damit weitere Schritte von
59 der Diagnose bis zur Therapie in die Wege geleitet werden können. Daher fordern wird:

60 – Eine regelmäßige Fortbildung für alle Lehrer*innen aller Schularten zu psychischer Gesundheit und De-
61 pressionen bei Schüler*innen.

62 – Mindestens ein*e Schulpsycholog*in pro Schule welche*r an mindestens zwei Schultagen vor Ort ist. Für
63 die ausreichende psychologische Versorgung fordern wir eine Mindestanrechnungstundenzahl von vier Stun-
64 den pro Woche und Schule, die ein*e Schulpsycholog*in betreut. Bei Schulen mit mehr als 400 Schüler*innen
65 fordern wir mindestens ein*e Anrechnungsstunde pro 100 Schüler*innen.

66 – Zwei Sozialarbeiter*innen pro Schule, welche den*die Schulpsycholog*in bei der Beratung unterstützt
67 und zusätzlich mit jeder Klasse ein Programm zur Aufklärung über Depressionen durchführt. Diese sollen
68 täglich an der Schule im Einsatz sein.

69 – Zur Verhinderung von Stigmatisierung psychisch Erkrankter müssen psychischen Störungsbilder in ver-
70 schiedenen Fächern, insbesondere in Biologie und Ethik (Religion), behandelt werden. Dabei sollten Lehrkräfte
71 explizit auf schulische und außerschulische Beratungsstellen für Betroffene und Angehörige hinweisen

72

G-3

Titel	Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!		
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz,	SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Affektive Störungen endlich wirksam bekämpfen!

- 1 Fast jeder dritte Mensch leidet im Laufe seines Lebens an einer Behandlungsbedürftigen psychischen Krank-
- 2 heit, dazu gehören unter anderem Depressionen, Alkoholerkrankungen und bipolare Störungen. Durch die
- 3 Tabuisierung, die wir immer noch in unserer Gesellschaft erleben, ist die Hemmschwelle sehr hoch, sich prä-
- 4 ventiv bereits in Behandlung zu geben – es wird abgewartet, bis das „normale Leben“ nicht mehr möglich ist.
- 5 Das Bundesministerium für Gesundheit fördert Aufklärungskampagnen und – vereine, hat allerdings keine
- 6 eigene Kampagne. In Europa sind 50.000.000 Bürger:innen von Depressionen und Suchterkrankungen betrof-
- 7 fen.
- 8 Es gibt zwei Arten Psychotherapeut:in zu werden. Für die Ausbildung zur:zum psychologischen Psychothera-
- 9 peut:in bedarf es eines Bachelor- und Masterstudiums der Psychologie mit Schwerpunkt klinischer Psychologie
- 10 . An das Masterstudium der Psychologie schließt sich eine Psychotherapeut:innenausbildung an, die sich über
- 11 einen Zeitraum von 3-5 Jahren erstreckt und im Durchschnitt 20.000€ kostet. Mit abgeschlossener Ausbildung
- 12 erfolgt die Approbation, die zu einer Kassenzulassung führen kann und somit zur selbstständigen Arbeit. Psy-
- 13 chologische Psychotherapeut:innen dürfen Diagnosen stellen und therapieren.
- 14 Für die Ausbildung zur:zum medizinischen Psychotherapeut:in benötigt man ein Medizinstudium mit anschlie-
- 15 ßender Fachärzt:innenausbildung. Medizinische Psychotherapeut:innen, auch Psychiater:innen genannt, sind
- 16 befugt Medikamente zu verschreiben, therapieren und Diagnosen zu stellen.
- 17 Die Verhältniszahlen, die zur Ermittlung des Bedarfes an Psychotherapeut:innen genutzt werden, stammen
- 18 noch aus dem Jahr 1999. Während die Verhältniszahlen fast flächendeckend eine Überversorgung vermitteln,
- 19 leiden tatsächlich 5.000.000 Menschen in Deutschland an einer psychischen Krankheit, während allerdings
- 20 nur 1.500.000 Behandlungsplätze zur Verfügung stehen. Dies führt zu einer durchschnittlichen Wartezeit von
- 21 3 Monaten bis zum ersten Beratungstermin. Durch das Versorgungsstrukturgesetz 2012 wurden, dank der
- 22 alten Verhältniszahlen, Praxen geschlossen und stillgelegt, statt die Versorgung weiter auszubauen. Vor allem
- 23 jetzt, da viele Geflüchtete mit Traumata zu uns kommen, stehen die Verhältniszahlen von 1999 in keinerlei
- 24 Relation zum eigentlichen Bedarf.
- 25 Während der Ausbildung zum:zur Psychotherapeut:in müssen die Auszubildenden 1.200 Praxisstunden an
- 26 einer psychiatrischen klinischen Einrichtung und 600 Stunden bei der psychotherapeutischen oder psycho-
- 27 somatischen Versorgung in einer Praxis ableisten. Hierzu gibt es noch keine gesetzliche Regelung über die
- 28 Vergütung und das genaue Vertragsverhältnis der Auszubildenden. Es ist also Sache des:der Arbeitgeber:in,
- 29 ob die Auszubildenden in ihrer Praxiszeit als Praktikant:innen oder anders vergütet werden.
- 30 Psychische Krankheiten sind die Ursache von 10% aller Fehltage und häufig Grund für einen frühzeitigen Ein-
- 31 tritt in die Rente. Durch häufig einseitige psychische Belastung und körperliche Unterforderung am Arbeits-
- 32 platz entstehen häufig körperliche Beschwerden, die zu Fehlzeiten führen können. Diese führen wiederum zu
- 33 erhöhtem Zeitdruck und damit einhergehende Überforderung.
- 34 Auch an Universitäten ist die psychische Versorgung der Studierenden stark standortabhängig. So wartet man
- 35 beispielsweise an der Universität Passau mitunter länger als einen Monat, bis überhaupt eine Reaktion des:der
- 36 Seelsorger:in erfolgt. Diese besteht in manchen Fällen aus dem schlichten Hinweis, sich anderweitig Hilfe zu

37 suchen. Das psychologische Beratungsangebot wird dem augenscheinlich großen Bedarf an psychischer Un-
38 terstützung im Studium daher nicht gerecht. Der Druck, dem Studierende mittlerweile während des Studiums
39 ausgesetzt sind ist immens. Neben einer Regelstudienzeit haben viele Universitäten eine Maximalsemester-
40 anzahl eingeführt. Das führt dazu, dass ein ehrenamtliches Engagement außerhalb der Universität immer
41 schwieriger wird. Auch Studierende, die auf einen Nebenjob angewiesen sind, sind mehr belastet. Das Studi-
42 um entwickelt sich immer mehr zu einer scheinbar für alle offenen Institution, die allerdings am einfachsten
43 für Menschen mit genug Geld zu bestreiten ist. Symptomatisch hierfür ist die Tatsache, dass kommerzielle ju-
44 ristische Repetitorien in ihrem Programm zusätzlich kostenpflichtige psychologische Unterstützung an. Selbst
45 wenn sich Jurastudent:innen mit geringerem Einkommen das private Repetitorium leisten können, müssen sie
46 hier erneut in die Tasche greifen.

47

48 **Deswegen fordern wir:**

49 Es muss eine breit ausgebaute Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Gesundheit geben. Affekti-
50 ve Störungen müssen endlich in ihrer Schwere auch öffentlich als Krankheit wahrgenommen werden! Es darf
51 kein Tabu mehr sein in der Öffentlichkeit über affektive Störungen genauso zu reden, wie über ein gebroche-
52 nes Bein oder einen amputierten Arm.

53 Um die Menge an Patient:innen wirksam und zeitnah behandeln zu können, brauchen wir genug Psychothe-
54 rapeut:innen im Land. Hierfür muss die Ausbildung gebührenfrei werden. Auch bei anderen Ausbildungen
55 wurde die Branche nicht durch Gebührenfreiheit zerstört.

56 Psychotherapeut:innen in Ausbildung müssen fair entlohnt werden. Hierzu muss in Kooperation mit den Ge-
57 werkschaften eine Vergütung wie bei Mediziner:innen in der Fachärzt:innenausbildung erfolgen.

58 Die Verhältniszahlen für den Bedarf an Psychotherapeut:innen müssen endlich an die Realität angepasst und
59 regelmäßig aktualisiert werden! Neben dem Ausbau müssen aber auch in der Ausbildung der Psychothera-
60 peut:innen Traumata durch Kriege und Folter verstärkt behandelt werden, um allen Menschen effektiv helfen
61 zu können.

62 Auch an Universitäten muss die Versorgung mit Psychotherapeut:innen ausgebessert werden. Hier gilt es ge-
63 nug Kräfte anzustellen, dass Studierenden über kurzfristige Tiefs hinweggeholfen werden kann und diese –
64 sollten die Probleme grundlegender und schwerwiegender sein – zeitnah an eine:n geeignete:n Psychothera-
65 peut:in überwiesen werden. Es kann nicht sein, dass Studierende mitunter vier Wochen auf eine Absage per
66 Mail warten müssen.

67

I Internationales und Frieden

I Internationales und Frieden

I-2	Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand	Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!	58
-----	---	--	----

I-2

Titel	Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!
Antragsteller*innen	Kommission Internationales und Europa über Landesvorstand
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Völkerrecht gilt für alle! Solidarität mit den Menschen in und um Afrin!

- 1 Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches nach dem ersten Weltkrieg wird die Gründung eines kurdischen
- 2 Staates von der Türkei verhindert. Dies führt zu einer ständigen Konfliktsituation zwischen der türkischen
- 3 Regierung und kurdischen Milizen.
- 4 Eine friedliche Lösung ist dabei weiter nicht in Sicht. Im Gegenteil, durch die aktuelle Offensive der türkischen
- 5 Streitkräfte in das nordsyrische Gebiet rund um die Stadt Afrin spitzt sich die Lage weiter zu.
- 6 Am 20. Januar 2018 begann die Türkei ihre militärischen Offensive gegen die Kurdenmiliz YPG. Das Ziel der
- 7 AKP-Regierung Recep Tayyip Erdogans, der die YPG als verlängerten Arm der kurdischen Arbeiterpartei PKK
- 8 sieht, ist es, die kurdische Bevölkerung aus Nordsyrien bis hinter den Euphrat zu vertreiben. Damit kämpfen
- 9 die YPG und ihre Verbündeten nun nicht mehr nur gegen den IS, sondern werden von der türkischen Regierung
- 10 in einen Zwei-Fronten-Konflikt gedrängt. Dadurch wird Nordsyrien weiter destabilisiert. Die Folge ist mehr Ge-
- 11 walt gegen die Zivilbevölkerung und in der Konsequenz ein weiteres Anhalten der bestehenden humanitären
- 12 Notlage und all ihrer Folgen.
- 13 Durch ihre militärische Intervention in Nordsyrien verstößt die türkische Regierung gegen das Völker-
- 14 recht!
- 15 Der Angriff ist nicht durch das Recht auf Selbstverteidigung gedeckt, denn es liegt keine Verletzung der türki-
- 16 schen Souveränität und Integrität vor, noch ist damit momentan zu rechnen. Weder der türkische Staat noch
- 17 die türkische Bevölkerung ist durch ein autonomes Kurdengebiet – oder auch einen souveränen kurdischen
- 18 Staat – an der Grenze zur Türkei wesentlich bedroht und daher auch in keiner Form eine hinreichende Recht-
- 19 fertigung für eine militärische Intervention. Das Vorgehen der Türkei ist eine weitere Eskalation des Konfliktes
- 20 mit erneut schweren Menschenrechtsverletzungen, die für uns nicht hinnehmbar sind.
- 21 Die Jusos Bayern verurteilen das militärische Vorgehen der türkischen Regierung und fordern die sozialde-
- 22 mokratischen Fachpolitiker*innen und das sozialdemokratisch geführte Außenministerium dazu auf, darauf
- 23 hinzuwirken, dass die Türkei völkerrechtliche Verträge einhält und das Blutvergießen unverzüglich beendet.
- 24 Wir zeigen uns solidarisch mit den Angegriffenen.
- 25 Des Weiteren fordern wir einen sofortigen Stopp sämtlicher deutscher Waffenlieferungen an die Türkei, ins-
- 26 besondere eine Rücknahme der kürzlich bekanntgewordenen neuen Ausfuhrgenehmigungen. Die deutsche
- 27 Bundesregierung darf nicht den Eindruck erwecken, die türkische Offensive stillschweigend zu unterstüt-
- 28 zen.

K Kampf gegen Rechts

K Kampf gegen Rechts

K-1	Jusos Niederbayern	"Der Dritte Weg" muss endlich verboten werden!	60
-----	-----------------------	--	----

K-1

Titel	„Der Dritte Weg“ muss endlich verboten werden!
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

„Der Dritte Weg“ muss endlich verboten werden!

- 1 Im April 2012 sprach sich der Bayerische Landtag einstimmig dafür aus, die Organisation „Freies Netz Süd“
 2 (FNS) zu verbieten. Bis zum endgültigen Verbot durch das Bayerische Innenministerium gingen allerdings mehr
 3 als zwei Jahre ins Land. Durch diese enorme zeitliche Verzögerung hatten die Mitglieder des FNS die Möglich-
 4 keit, sich Ausweichstrukturen zu schaffen.
- 5 Die Partei „Der Dritte Weg“ wurde am 28. September 2013 in Heidelberg gegründet. Sie setzt sich zusammen
 6 aus (Ex-)Mitgliedern der NPD und des FNS. Durch die Gründung in Heidelberg und die Beteiligung anderer
 7 Akteur:innen aus der rechtsextremen Szene, konnte ein direktes Verbot als Nachfolgeorganisation verhindert
 8 werden. Die Gründung einer Partei erfolgte auch, um einen zusätzlichen Schutz durch das von ihnen bekämpf-
 9 te Grundgesetz in Form des Parteienprivilegs zu gewährleisten.
- 10 Die Partei setzt, im Gegensatz zu anderen Parteien, nicht auf personelles Wachstum. Die radikal-völkischen
 11 Nationalist:innen sehen sich selbst als eingeschworenen Kreis an Aktivist:innen, deren Ziel es ist, die Bundes-
 12 republik Deutschland zu zerstören. So fordern sie, dass das „Volk den illusionären Unwert 70-jähriger Umer-
 13 ziehung gänzlich abstreift“ und stellen sich damit direkt in eine Linie mit der Nazi-Ideologie der NSDAP.
- 14 Zudem vernetzt sich „Der Dritte Weg“ mit rechtsextremen Gruppen im Ausland, unter anderem der goldenen
 15 Morgenröte in Griechenland und dem „Nordic Resistance Movement“, die immer wieder auch durch Verherr-
 16 lichung der SS und Adolf Hitler auffallen. In Deutschland besteht Kontakt zur Identitären Bewegung.
- 17 Unter anderem fordert „Der Dritte Weg“ die Wiederherstellung der Grenze von 1937. Auch die Aneignung von
 18 teils verbotenen nationalsozialistischen Symbolen und Ritualen ist Kernelement der Partei – mitunter zeigen
 19 sie diese in der Öffentlichkeit.
- 20 Grundsätzlich sieht sich „Der Dritte Weg“ als Verteidiger des „Deutschen Volkes“ und der „germanischen Kul-
 21 tur“. So schreiben sie auf ihrer Website, durch „fieberhaften Wahn multikultureller Volksvermischer droht
 22 heute ganz Europa zu zerbrechen und unwiederbringlich niederzugehen“. Die hier genutzte Terminologie
 23 der „Volksvermischung“ steht nicht nur in der Tradition des Nationalsozialismus, sondern entstammt diesem
 24 auch.
- 25 **Zusammensetzung und Organisation**
- 26 Der Gründer der Aussteiger:innenorganisation „Exit“, Bernd Wagner, sieht den „Dritten Weg“ als eine Partei,
 27 die sich selbst im „Partisanenkrieg gegen die Demokratie“ wähnt. Mit Gewalttaten gegen Geflüchtete und An-
 28 andersdenkende widersprechen die Taten und Ziele der Partei klar der freiheitlich demokratischen Grundord-
 29 nung.
- 30 Zudem dient „Der Dritte Weg“ als ein Auffangbecken für Mitglieder verbotener Kameradschaften. Vielen dieser
 31 Neonazis wird nicht nur politisch eine neue Heimat geboten, sie sind auch in Vorstandspositionen wiederzu-
 32 finden.
- 33 An der Organisation und der Art der Aktivitäten ist zu erkennen, dass „Der Dritte Weg“ tatsächlich eine Nach-
 34 folgeorganisation des „Freien Netz Süd“ ist. So heißen ihre Vertretungen auf Kreis- oder Bezirksebene „Stütz-

35 punkte“ und dienen ihren Kadern als Netzwerkbasis zur Missionierung. Man kann nicht sofort Mitglied werden,
 36 sondern startet als Fördermitglied, mit der Option als Vollmitglied aufgenommen zu werden. Hierzu muss ei-
 37 ne Mitgliederversammlung abgehalten werden. So kontrolliert die Partei, dass keine unliebsamen Menschen
 38 Mitglieder werden und die stramme Neonazi-Linie fortgeführt wird.

39 Die Entstehung neuer Stützpunkte im Bundesgebiet bei nur schwach wachsender Mitgliederzahl zeigt, dass
 40 „Der Dritte Weg“ nur auf Bundesebene verboten werden kann. Drohungen und Gewaltdelikte sind Teil des
 41 Auftretens der Rechtsextremen, die sich auf Veranstaltungen auch mit rechten Terrorist:innen zeigen, wie dem
 42 verurteilten Karl-Heinz Statzberger, dessen Anschlagversuch auf ein jüdisches Gemeindezentrum in München
 43 vereitelt wurde.

44 Teilnahme an Wahlen

45 „Der Dritte Weg“ strebt keine wirkliche Mitarbeit in Parlamenten an, bisher ist sie seit ihrer Gründung ledig-
 46 lich bei einer Landtagswahl in Rheinland-Pfalz angetreten- Stattdessen versucht sie durch ihren Organisation
 47 und das aufgebaute Netzwerk gezielt Ängste zu schüren und Menschen zu Hetze und Gewalttaten anzusta-
 48 cheln.

49 Aktionsprofil

50 „Der Dritte Weg“ betreibt Hetzkampagnen im Netz, veröffentlichte unter anderem eine interaktive Karte, in der
 51 Geflüchtetenunterkünfte mit detaillierten Beschreibungen vermerkt waren. Auch Flyeraktionen, um gezielt vor
 52 Ort Angst zu schüren werden immer wieder durchgeführt. Auf der Wiese 2015 verteilte „Der Dritte Weg“ Flyer,
 53 die den Eindruck erweckten, dass massenhaft Frauen durch Asylbewerber:innen vergewaltigt wurden. Auf
 54 dem Flyer standen vermeintlich „gutgemeinte“ Tipps – Ziel war es aber die von ihnen selbst geschürten Ängste
 55 augenscheinlich zu bestätigen.

56 Im Umfeld geplanter Geflüchtetenunterkünfte waren es auch immer wieder Mitglieder des „Dritten Wegs“,
 57 die, scheinbar als Privatpersonen, Protestgruppen in Sozialen Netzwerken wie Facebook gründeten und Angst
 58 und Hass vor Ort schürten. Dieses getarnte Vorgehen ermöglicht es ihnen zunächst Kontakt zur örtlichen
 59 Bevölkerung aufzubauen und ohne das Wissen von offiziellen oder antifaschistischen Gruppen Menschen vor
 60 Ort gegen beispielsweise geplante Unterkünfte aufzustacheln, bevor diese auch nur in der Gemeinde diskutiert
 61 werden.

62 Das Bundesverfassungsgericht ist, aus gutem Grund, die einzige Instanz in Deutschland, die Parteien verbieten
 63 kann. Trotz der geringen Größe stellt die Partei „Der Dritte Weg“ eine erhebliche Gefahr für unser Zusammen-
 64 leben dar. Sie versucht die Spaltung der Gesellschaft voran zu treiben. Auch durch ihr verfassungsfeindliches
 65 Profil halten wir ein Verbot dieser Partei für unumgänglich.

66 Da es allerdings durchaus sein kann, dass die Partei u.a. durch ihre Organisationsart oder den mangelnden
 67 Willen an parlamentarischer Mitbestimmung vom Bundesverfassungsgericht nicht als Partei angesehen wird,
 68 möchten wir auch diese Möglichkeit abdecken.

69 Deswegen fordern wir:

70 – Die SPD setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass ein Verbotsverfahren der Partei „Der Dritte Weg“ vor dem
 71 Bundesverfassungsgericht eingeleitet wird.

72 – Falls das Verbotsverfahren an der Definition als „Partei“ scheitern sollte, ist es die Aufgabe der SPD „Der Dritte
 73 Weg“ als verfassungsfeindliche Organisation nach dem Vereinsgesetz verbieten zu lassen.

74 – Im Falle eines Verbots sollen alle rechtlichen Wege ausgeschöpft werden, um eine Neugründung unter an-
 75 derem Namen zu verhindern. Uns ist dabei klar, dass wir uns im Kampf gegen den Faschismus nicht nur auf
 76 den rechtlichen Weg des bürgerlichen Staates verlassen können und antifaschistische Arbeit letztendlich nur
 77 durch den politischen Kampf erfolgreich sein kann.

P Partei

P Partei

P-5	Jusos Unterfranken	Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene	63
P-6	Jusos Niederbayern	Keine Koalition mit der CSU! Schwarz - Rot in Bayern ist keine Alternative!	64

P-5

Titel	Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene	
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken	
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, BayernSPD-Landesparteitag	Juso-Landeskonferenz,

Unvereinbarkeit von Doppelmandaten in Parlamenten oberhalb der Landesebene

- 1 Wir fordern eine rechtliche Neuordnung, die eine Unvereinbarkeit von Mandaten in Bundestag, Landtag und
- 2 Europäischem Parlament miteinander festschreibt.

P-6

Titel	Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Keine Koalition mit der CSU! Schwarz – Rot in Bayern ist keine Alternative!

- 1 Wir fordern, dass die BayernSPD nach der Landtagswahl 2018 nicht in eine große Koalition mit der CSU ein-
2 tritt.
- 3
- 4 Bei den vergangenen Bundestagswahlen hat die CSU deutlich an Stimmen verloren. Aus Angst, wieder die ab-
5 solute Mehrheit in Bayern zu verlieren, sprachen Vertreter*innen der CSU von einer offenen, rechten Flanke,
6 die geschlossen werden müsse, um die AfD zu verhindern. Seit diesem Zeitpunkt ist die CSU deutlich weiter
7 nach rechts gerückt und poltert Tag für Tag gegen eine „linke Minderheit“, die die Politik in Deutschland be-
8 stimmen würde und übernimmt so 1:1 die Argumentationsstrategie der AfD. So ein Verhalten ist für uns als
9 progressive Kraft in Bayern, die wir für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stehen, nicht hinnehmbar.
- 10
- 11 Die Bundestagswahlen und einige Umfragen zu den Landtagswahlen zeigen, dass die CSU wohl ihre absolute
12 Mehrheit im Landtag verlieren wird und demzufolge einen Koalitionspartner benötigt. Gerade diese Situation
13 wird die politische Landschaft in Bayern deutlich verändern. Dabei sehen wir es für notwendig, ja geradezu
14 als Pflicht, dass die BayernSPD sich nicht zur Steigbügelhalterin der CSU macht. „Obergrenze“, „Kürzung der
15 Leistungen für Asylsuchende“, „Verhinderung einer gerechten Bildungspolitik“ und „Konservative Revolution“.
16 Dies alles sind Punkte, die die CSU verfolgt. Das dürfen und können wir als BayernSPD nicht mittragen.
- 17
- 18

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U Umwelt, Agrar und Verbraucherschutz

U-1	Jusos Schwaben	Umweltschutz ins Grundgesetz!	66
U-3	Jusos Unterfranken	Wir sind Teil der Wolf-gang	68

U-1

Titel	Umweltschutz ins Grundgesetz!	
Antragsteller*innen	Jusos Schwaben	
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag	SPD-Bundesparteitag,

Umweltschutz ins Grundgesetz!

- 1 Dieselskandal, der Austritt aus dem Austritt aus der Atomenergie, das Schmelzen der Gletscher in den Alpen...
- 2 Auch die Themen wie Flächenfraß, Waldsterben, Klimaerwärmung oder Stickoxide in der Luft zeigen auf, dass
- 3 es umweltrechtliche Maßnahmen dringend braucht!
- 4 Bereits 1971 hatte die SPD ein Grundrecht auf Umweltschutz in ihr Umweltprogramm aufgenommen und
- 5 auch die Grünen hatten sich in der Zeit mit dem Ziel gegründet, dass Bürger*inneninitiativen oder Verbände
- 6 bei Umweltverschmutzungen klagen können sollten. Die CDU hatte auch nach der Katastrophe in Tschernobyl
- 7 das Interesse, dass die Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz möglichst harmlos formuliert wird
- 8 und auch für die Gerichte unverbindlich bleibt. Im Dezember 1983 lehnte eine Sachverständigenkommission
- 9 des Innenministeriums die Einführung eines Grundrechts ab – und schlug stattdessen die Einführung eines
- 10 Staatsziels Umweltschutz vor.
- 11 Als ablehnende Argumente wurde angebracht, dass die Begriffe „menschenwürdige Umwelt“ sowie „natürliche
- 12 Lebensgrundlagen“ nur unzureichend zu konkretisieren sind und die Frage nicht justiziabel beantwortet wer-
- 13 den könne, worin die vom Staat konkret geschuldete Leistung hinsichtlich der Umwelt bestehen solle. Man
- 14 sähe durch die Einführung eines Umweltgrundrechtes eine „Verunsicherung des Verfassungsrechts voraus,
- 15 die eine Glaubwürdigkeitskrise für das Grundgesetz heraufbeschwören könne.
- 16 Erst nach der Wiedervereinigung einigte sich eine von Bundestag und Bundesrat eingesetzte gemeinsame Ver-
- 17 fassungskommission 1993 auf eine Grundgesetzänderung und die Aufnahme des Artikels 20 a in die Verfas-
- 18 sung. Diesen Kommissionsvorschlag nahmen am 27.10.1994 Bundestag und Bundesrat schließlich an.
- 19 So kommentierte bereits 1987 Ursula M. Händel : „Mancher mag einwenden, Papier sei geduldig und die Auf-
- 20 nahme des Staatszieles „Umweltschutz“ allein besage noch gar nichts. Diese Einschätzung, träfe sie zu, gilt für
- 21 alle Verfassungsgebote. Natürlich muß ein Verfassungsauftrag Folgen für die Gesetzgebung haben. Doch
- 22 derzeit hat der Umweltschutz auch in der herrschenden Rechtssprechung wegen der fehlenden verfassungs-
- 23 mäßigen Verankerung in keiner Weise den Stellenwert, den Umweltprobleme inzwischen im Bewußtsein vieler
- 24 Bürger haben. Wer sich das Ausmaß heutiger Umweltskandale und die in der Regel mehr als lasche Reaktion
- 25 der Justiz darauf vergegenwärtigt, darf eine Grundgesetzänderung nicht länger blockieren.“
- 26 Nach Art 20a GG schützt der Staat auch in Verantwortung für die künftigen Generationen durch Legislative,
- 27 Exekutive und Judikative u.a. die natürlichen Lebensgrundlagen im Rahmen der verfassungsmäßigen Ord-
- 28 nung. Dem Staat ist damit eine ausdrückliche Verpflichtung zum Schutz der Umwelt auferlegt, ohne dass im
- 29 Gegenzug die Bürger*innen daraus eigene subjektive Rechte auf oder gegen hoheitliches Handeln herleiten
- 30 können. Denn einklagbar sind Staatsziele, anders als Grundrechte, nicht.
- 31 Solche subjektiven Rechte auf den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen können sich auf der Ebene des
- 32 Grundgesetzes nur aus den Grundrechten ergeben. Sie allein sind die Abwehrrechte und Leistungsrechte der
- 33 Bürger*innen gegenüber dem Staat. Sie sind nicht nur im Falle verfassungsrechtlicher Streitigkeiten vor dem
- 34 Bundesverfassungsgericht wichtig, sondern auch bei Fragen der Klagebefugnis im Verwaltungsprozessrecht.
- 35 Die Grundrechte gewährleisten bis heute keine für den Umweltschutz bedeutsame Grundrechtposition, de-
- 36 ren subjektiv-rechtlicher Schutz über die in Art. 1 ff. GG genannten Rechtsgüter (Leben, Gesundheit, Freiheit

37 und Eigentum) hinausgehen. Somit müssen alle Schädigungen der Umwelt, die sich nicht unmittelbar lebens-
38 gesundheits- oder eigentumsgefährdend auswirken, hingenommen werden.

39 Einige Landesverfassungen, wie Art. 141 III 1 BayVerf, Art. 39 II BBgVerf. und Art 12 II MVVerf. normieren zwar
40 expressis verbis begrenzte umweltschutzbezogene Grundrechtspositionen, gewährleisten jedoch meist nur
41 ein Recht auf Erholung in der freien Natur bzw. auf freien Zugang zur Landschaft.

42 Auch sind eine Reihe von europäischen Ländern deutlich weiter. Einige haben bereits in den 80er-Jahren den
43 Umweltschutz in ihre Verfassungen aufgenommen, so zum Beispiel die Schweiz, Niederlande, Spanien, Portu-
44 gal oder die baltischen Staaten. Auf europäischer Ebene wirkt die EU gemäß Art. 3 II EUV „auf ein hohes man
45 an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität“ hin und benennt in Art. 191 I AUEV verbindliche Zie-
46 le der gemeinschaftlichen Umweltschutzpolitik wie die Erhaltung und Schutz der Umwelt oder die umsichtige
47 und rationelle Verwendung der natürlichen Ressourcen.

48 Wir wollen der EU folgen und nicht der Gegenwart hinterherhinken. Die Bundestagsfraktion wird daher auf-
49 gefordert, sich für die Einführung eines speziellen Umweltgrundrechtes in den Grundrechtskatalog des GG
50 einzusetzen.

51 Die Grundrechtsinhaber*innen hätten dadurch im Ergebnis – unter allerdings noch zu konkretisierenden
52 Voraussetzungen- ein eigenes Recht gegen den Staat auf die Abwehr nachteiliger Beeinträchtigungen der Um-
53 welt.

54 Durch das seit den 80er Jahren entwickelte Umweltrecht wurden die Begriffe „Umwelt“ bzw. „natürliche Le-
55 bensgrundlagen“ konkretisiert. Sie vereinen in sich die gesamte natürliche, die Basis des menschlichen Lebens
56 bildende Umgebung, auch wenn anthropogene Einwirkungen sie mittlerweile erheblich verändert haben. Er-
57 fasst werden die Umweltmedien Luft, Wasser, Boden sowie Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen in ihren
58 Lebensräumen, einschließlich der Wechselwirkungen.

59 Die Verankerung eines Umweltgrundrechtes im Grundgesetz könnte ebenfalls das Bewusstsein in der Bevöl-
60 kerung für die Umwelt und ihre Ressourcen verstärken. Ein Grundrecht schafft häufig ein gewisses Gefühl von
61 Verantwortung und Identifikation.

62 Auch könnte ein Umweltgrundrecht eine „Kernbestandsgarantie“ für das geltende Umweltrecht implizieren.
63 Es wäre den staatlichen Gewalten unstatthaft, bestimmte rechtliche Mindeststandards zum Schutz der natür-
64 lichen Lebensgrundlagen zu unterschreiten. Bei den zahlreichen Regelungsdefiziten, die bis jetzt vorliegen,
65 wären Nachbesserungen einklagbar. Die Gesetzgebung hätte dafür zu sorgen, dass das grundrechtlich gefor-
66 derte Umweltschutzniveau durch ihre Rechtsetzung erreicht wird.

67 Ziel muss es in Zukunft sein, eine beschleunigte und vertiefte Prioritätenverschiebung zugunsten der Umwelt
68 zu erreichen. Ein Grundrecht auf Umweltschutz ist ein erster Schritt in Richtung einer solchen Prioritätenver-
69 schiebung. Insbesondere würde der Gesetzgeber dazu gezwungen werden, die Umweltschutzgesetzgebung
70 im neuen Licht des neuen Grundrechtes zu beurteilen und stärker an die Bedürfnisse des Umweltschutzes
71 auszurichten.

U-3

Titel	Wir sind Teil der Wolf-gang
Antragsteller*innen	Jusos Unterfranken
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Wir sind Teil der Wolf-gang

- 1 Wir fordern ein klares Signal der Politik für die Rückkehr des Wolfes nach Bayern und dessen verbleib.
- 2 Dem Wolf kommt eine relevante Bedeutung für das Ökosystem Wald zu und nicht nur deshalb steht er un-
 3 ter besonderem Schutz. Die „Wolfspassage“ im Koalitionsvertrag, steht im Gegensatz zu den Forderungen
 4 von Umweltverbänden und uns. Deshalb wünschen wir deren „Entnahme“. Die Überprüfung – vielmehr die
 5 Aufweichung- dieses Schutzstatus ist nicht nur unnötig, sondern zeichnet in der Öffentlichkeit ein falsches Bild
 6 dieser von Natur aus seltenen und sich selbst regulierenden Tierart.
- 7 Wir schließen uns der Forderung des BN, nach einem Förderprogramm zur strukturellen Anpassung der bishe-
 8 rigen Beweidungsformen an. Mögliche Herdenschutzmaßnahmen (Zäune, Herdenschutzhunde usw.), wie sie
 9 bereits in anderen Bundesländern existieren, würde die Tötung von Wölfen gänzlich hinfällig machen. Jedoch
 10 ist bereits heute die „Entnahme“ von „Problemwölfen“ rechtlich möglich. Die Möglichkeit eines Förderpro-
 11 gramms für Nutztierhalter_innen in Form eines „Biodiversitäts-Bonus“ erscheint uns sinnvoll.
- 12 Außerdem ist der Stat/die jeweilige Landesregierung in der Pflicht eine bessere Öffentlichkeitsarbeit zu leisten
 13 und nicht das Märchen vom „bösen“ Wolf und das „Rotkäppchensyndrom“ zu nähren. Eine klare Aufklärungs-
 14 arbeit und Kommunikation in der Politik ist hierbei erforderlich.
- 15
- 16 *„Rechtlicher Status des Wolfes – Auszug:*
- 17 *Der Wolf (Canis lupus) wie auch ein Wolfshybride (Wolfs/Hundmischling) gehört nicht zu den jagdbaren Tie-*
 18 *ren.*
- 19 *Er unterliegt u.a. auch:*
- 20 *-dem Tierschutzrecht*
- 21 *Gemäß §1 und § 17 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) darf niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen,*
 22 *Leiden oder Schäden zufügen. Der Tierschutz ist im Grundgesetz in der Staatszielbestimmung des Art. 20a veran-*
 23 *kert.*
- 24 *-dem Artenschutzrecht*
- 25 *Der Wolf ist in Anhang A der EG-VO Nr. 338/97, sowie im Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) aufge-*
 26 *führt. Er ist deshalb nach § 10 Abs. 2, Nr. 10 und Nr. 11 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) besonders und streng*
 27 *geschützt.“*

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V Verkehr, Mobilität und Infrastruktur

V-1	Jusos Niederbayern	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen	70
V-2	Jusos Schwaben	Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültigen Fahrschein	79
V-3	Jusos Mittelfranken	Internet als Grundversorgung	81
V-5	Jusos Niederbayern	Verbesserung des ÖPNVs	82

V-1

Titel	Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Progressiv in die Zukunft starten: Neue Wege in der Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik gehen

1 Die Politik der letzten Jahre versäumte, geprägt vom Dogma der schwarzen Null, zentrale Schritte in den Berei-
 2 chen Verkehr, Infrastruktur und Digitalisierung. Entsprechend sind eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig,
 3 um zu einer zeitgemäßen Politik aufzuschließen. Nachfolgender Maßnahmenkatalog soll als Richtschnur für
 4 künftige Verkehrs-, Infrastruktur- und Digitalisierungspolitik der BayernSPD dienen.

5

6 **Verkehr:**

7

- 8 • Studierenden-, Schüler*innen- und Auszubildendenticket

9

10 Im Laufe der Zeit und vor allem aufgrund der Zentralisation wird von Jugendlichen immer mehr Mobilität er-
 11 wartet. Für viele ist es schlicht aus Kostengründen nicht möglich, die in den letzten Jahren enorm gestiegenen
 12 Mieten in den Ballungsräumen zu bezahlen. Das tägliche Pendeln mit dem öffentlichen Nahverkehr zur Aus-
 13 bildungsstätte von daher keine Seltenheit mehr. Ein zusätzliches Problem stellt mittlerweile der Weg zur Be-
 14 rufsschule dar. Personen, die eine Ausbildung machen, bei der beispielsweise aufgrund der voranschreitenden
 15 Digitalisierung immer weniger Plätze angeboten werden, müssen zudem einen deutlich weiteren und dadurch
 16 auch kostenintensiveren Weg zur Schule ablegen. Die zum Teil immens hohen Ticketpreise müssen für ein ge-
 17 samtes Jahr ausgelegt werden, bevor ein kleiner Teil der entstandenen Kosten rückerstattet wird. Das Haupt-
 18 problem hierbei ist, dass auch nur lediglich ein Bruchteil zurückgezahlt wird. Vor allem Auszubildende, deren
 19 Arbeit nur sehr gering vergütet wird, erfahren hier eine zusätzliche finanzielle Last und Einschränkung.

20 Nicht wirklich besser ist die Lage bei den Schüler*innen. Diese müssen nämlich ab der 11. Jahrgangsstufe die
 21 Fahrtkosten zur Schule selbst tragen. Familien mit geringem Einkommen geraten daher oft in die Lage, dass
 22 sie ihren Kindern nicht den Besuch der gewünschten schulischen Einrichtung ermöglichen können.

23 Bei Studierenden hingegen konnten in den letzten Jahren zumindest kleine Erfolge erzielt werden. An einigen
 24 Universitäten gibt es Tickets nach dem Solidarmodell, die den Studierenden regional begrenztes Reisen zu
 25 niedrigen Preise in Form eines Studierendentickets möglich machen.

26 Wir fordern daher die Einführung eines kostenlosen Landestickets für alle Auszubildenden, Schüler*innen, Stu-
 27 dierenden sowie Teilnehmende an den Freiwilligendiensten (Bufdi, FSJ, FSJ Kultur, FÖJ, FSJ für Geflüchtete) im
 28 Freistaat Bayern. Die Kosten hierfür übernimmt der Freistaat Bayern. Die Kommunen müssen im Gegenzug
 29 einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung stellen. Bei einem stark defizitären Nahver-
 30 kehr kann das zuständige Amt selbstredend Unterstützung beim Freistaat Bayern beantragen. Die genauen
 31 Regelungen, ab wann und inwieweit kommunale Träger*innen unterstützt werden müssen, sollten allerdings
 32 zuständige Expert*innen festlegen.

33 Ein kostenloses Landesticket würde zum einen die Mobilität vor allem junger Menschen extrem steigern und
34 dadurch auch soziale Teilhabe erleichtern, insbesondere wenn lediglich ein geringes Haushaltseinkommen
35 vorliegt. Zum anderen würde zweifellos die Umwelt geschützt werden, da die Nutzung von Kraftfahrzeugen
36 zumindest in dieser Personengruppe rapide abnehmen würde. Durch das kostenlose Landesticket würde der
37 Nahverkehr häufiger genutzt werden und somit an Bedeutung gewinnen. Die höhere Auslastung würde in der
38 Konsequenz auch zu einer höheren Taktung führen.

39

40

41 • Taxi 50:50

42

43 Ein weiterer Punkt, der für jene Regionen, die eher strukturschwach sind, von Bedeutung ist, ist das Taxi 50/50.
44 Vor allem in der Nacht muss es jungen Menschen ermöglicht werden, sowohl kostengünstig, schnell als auch
45 sicher nach Hause zu gelangen. Wenn der öffentliche Nahverkehr, sofern denn überhaupt vorhanden, bereits
46 eingestellt ist, keine*r mehr in der Lage ist, sicher mit dem Auto zu fahren und auch sonst keine Möglichkeit
47 besteht privat abgeholt zu werden, stellt dies in ländlichen Regionen ein Problem dar. Abhilfe soll hier das
48 Taxi 50/50 schaffen. Alle Auszubildenden, Schüler*innen und Studierenden sollen online beim Landratsamt,
49 welches die zuständige Behörde für den Nahverkehr ist, einen kleinen Ausweis erhalten, dass sie Azubi, Schü-
50 ler*in beziehungsweise Student*in im jeweiligen Landkreis sind. Dieser kann bei einem Taxi vorgezeigt werden
51 und führt dazu, dass lediglich die Hälfte der entstandenen Kosten durch die Personen übernommen werden
52 muss. Der andere Teil wird durch das Landratsamt übernommen. Die Abwicklung zwischen Taxifahrer*in und
53 der Behörde soll möglichst unbürokratisch sein, sodass für Taxiunternehmen kein Nachteil entsteht, wenn sie
54 an diesem Programm teilnehmen. Das Ziel muss allerdings sein, dass in wenigen Jahren mithilfe der Funktio-
55 nen des neuen Personalausweises die Übermittlung sofort an das zuständige Amt erfolgt, dem somit auch
56 einfach nachgewiesen werden kann, dass das Taxiunternehmen eine Person transportiert hat, die Anspruch
57 darauf hat, dass die Hälfte der Kosten durch das Landratsamt übernommen werden. Einige Landkreise in
58 Bayern zeigen bereits, dass dies gut funktioniert und auch in Sachsen-Anhalt gibt es bereits seit vielen Jahren
59 ein ähnliches Programm, das seitdem problemlos funktioniert. Wir fordern, dass ein solches Programm in al-
60 len Landkreisen und kreisfreien Städten eingeführt wird und der Freistaat Bayern einen Großteil der Kosten
61 übernimmt. Die Missbrauchsprävention ist durch eine geeignete Regelung zu gewährleisten.

62

63 • Rufbus

64

65

66 Des Weiteren soll auch noch ein sogenannter Rufbus eingeführt werden. Dieser hat wie jeder andere Bus auch
67 reguläre Fahrpläne mit Abfahrtszeiten. Allerdings erscheint dieser nur bei Bedarf. Sollte man also mit dem Bus
68 fahren wollen, muss kurz vor Abfahrt die Fahrt angemeldet werden. Dies kann per Telefon oder App gesche-
69 hen. Der Rufbus bietet für ländliche Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr noch nicht von der breiten
70 Masse genutzt wird, Mobilität, steht allerdings trotzdem im Gedanken des Umweltschutzes, da lediglich bei Be-
71 darf gefahren wird. In den Urlaubsregionen Niederbayerns wird dieses Projekt bereits seit geraumer Zeit mit
72 großem Erfolg durchgeführt. Aufgrund der Tatsache, dass dadurch Leerfahrten vermieden werden, ist er auch
73 ökonomischer, was sich auf die Ticketpreise auswirkt. Das Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und
74 Studierende, welches wir auch fordern, ist selbstredend auch für die Rufbusse gültig, andere Personen zahlen
75 den üblichen Tarif des Nahverkehrs ohne Aufschlag. Wir fordern die Einführung dieses Projekts bayernweit.
76 Fahrpläne mit hoher Taktung setzen wir für einen reibungslosen Verlauf allerdings voraus.

77

78

79 • Bahnhofshuttle

80

81 Generell sollte es unser Ziel sein, umweltfreundlich zu denken und daher auch dementsprechend zu reisen.
82 Dieser Aspekt führt dazu, dass wir vorrangig die Bahn, sofern sie elektrisch betrieben wird, nutzen sollten. Dies
83 stellt vor allem für Jugendliche, die in Orten leben, die aufgrund der Größe an keinen Bahnhof angebunden
84 sind, ein Problem dar. Doch auch größere Städte, wie die niederbayerische Kreisstadt Kelheim, die mehr als
85 15.000 Einwohner zählt, ist nicht an einen Bahnhof angebunden. Daher fordern wir, dass ein Shuttle, der in
86 höherer Frequentierung als der übliche Nahverkehr fährt, die Nachbarorte oder Stadtteile zum Bahnhof fährt.
87 Die Nutzung ist durch das oben geforderte Landesticket für Auszubildende, Schüler*innen und Studierende
88 natürlich kostenlos. Personen, die nicht über ein solches Ticket verfügen, können durch das Vorzeigen des
89 Bahntickets den Shuttleservice trotzdem kostenlos in Anspruch nehmen. Ein solcher Shuttle sollte bayern-
90 weit überall eingeführt werden, es sei denn, es besteht ein funktionierender und öffentlicher Nahverkehr, der
91 alle Orts- und Stadtteile in regelmäßigen Abständen mit dem Bahnhof verbindet, wie es in Großstädten wie
92 beispielsweise München aber auch Nürnberg der Fall ist.

93

94

95 • Elektrifizierung

96

97 Zunehmende Rolle muss in den kommenden Jahren auch die Elektrifizierung spielen. In Bayern wurde in den
98 letzten 30 Jahren keine Bahnstrecke mehr elektrifiziert, außer dies sei durch einen Neubau für eine ICE-Strecke
99 notwendig gewesen. Auch aktuell wird nur am Streckenabschnitt München-Lindau gearbeitet, der bis 2020
100 elektrifiziert werden soll. Die Tatsache, dass circa 40% der Zugstrecken in Bayern mit Dieselloks befahrbar
101 sind, zeigt die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte und den akuten Nachholbedarf im Freistaat. Daher soll
102 schleunigst ein Programm auf den Tag gerufen werden, bei dem alle Bahnstrecken analysiert werden und der
103 Priorität nach alle Bahnstrecken nacheinander ausnahmslos elektrifiziert werden. Doch nicht nur den Bahn-
104 verkehr muss elektrifiziert werden, sondern auch der restliche öffentliche Nahverkehr. Bei Neuanschaffungen
105 der Kommunen bei Fahrzeugen für den öffentlichen Nahverkehr soll auch auf den Umweltaspekt geachtet
106 werden, so sollen künftig nur noch Elektrobusse erworben werden. Für die höheren Kosten soll der Freistaat
107 den Kommunen ein Sondermittelbudget zur Verfügung stellen.

108

109

110 • Arzttaxis

111

112 Nicht nur der Weg zum Feiern stellt für die Menschen in ländlichen Regionen vor große Probleme, sondern
113 auch der Weg zum Hausarzt. Zum einen liegt es daran, dass aufgrund der niedrigen Anzahl der Personen pro
114 km² (in Niederbayern spricht man von 118 Personen pro km², in Oberbayern sind es immerhin doppelt so
115 viele) Ärzte weiter entfernt sind, zum anderen aber auch einfach daran, dass sich der öffentliche Nahverkehr
116 in einem schlicht desolaten Zustand befindet. Personen ohne Führerschein und ohne Auto, was vor allem
117 Rentner*innen und Jugendliche betrifft, wird ein Besuch beim Hausarzt daher nahezu unmöglich gemacht.
118 Doch auch für Personen, die ansonsten mobil sind, können Probleme auftauchen, wenn sie wegen Übelkeit,
119 Migräne etc. den Arzt aufsuchen müssen, allerdings das Auto nicht mehr fachgerecht bedienen können. In
120 ländlichen Regionen soll es daher ein sogenanntes Arzttaxi geben. Dieses unterscheidet sich von normalen
121 Taxis darin, dass die Fahrer*innen regelmäßig einen Ersten Hilfe Kurs belegen müssen und somit kurzfristig
122 bei Notfallsituationen helfen können. Eine Alternative zu Krankenwagen soll dieses Arzttaxi aber in keinem
123 Fall darstellen. Das Arzttaxi fährt Personen bei Bedarf zum Arzt, aber auch Krebspatient*innen, Dialysepati-
124 enten*innen etc. regelmäßig in das Krankenhaus. Die Kosten hierfür soll zum einen Teil der Freistaat Bayern
125 tragen, der andere Teil sollte allerdings durch die Kranken- beziehungsweise Gesundheitskassen selbst über-
126 nommen werden.

127

128

129 Dass eine höhere Frequenz beziehungsweise eine engere Taktung der Fahrpläne sowie eine Abstimmung
130 der verschiedenen Verkehrsgesellschaften, auch landkreisübergreifend, unerlässlich ist, versteht sich von
131 selbst.

132 Dies alles kann nur der Anfang einer Revolution immer Bereich des öffentlichen Nahverkehrs werden. Unsere
133 Vision und unser Ansporn muss es sein, einen öffentlichen Nahverkehr zu entwickeln, der für alle kostenlose
134 zugänglich ist. Finanziert werden sollte dies aus Steuern, die von der gesamten Bevölkerung sozial gestaffelt
135 gezahlt werden.

136

137

138 Zusammenfassend fordern wir:

139 – kostenloses bayernweites Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende

140 – Taxi 50/50

141 – Rufbus

142 – Bahnhofshuttle

143 – Elektrifizierung des gesamten öffentlichen Nahverkehrs

144 – Arzttaxis

145 – Höhere Taktung und Frequenz, sodass der öffentliche Nahverkehr auch attraktiv ist

146 – Bessere Abstimmung der verschiedenen Verkehrsgesellschaften

147 –

148 **Infrastruktur:**

149

150 • Ausbau Bundesstraßen und Autobahnen

151

152 Ein anstehender Punkt für die nächsten Jahre wird der Ausbau von bayerischen Bundesstraßen und Auto-
153 bahnen sein. Diese dienen häufig auch als Entlastung der örtlichen Landstraßen und sorgen für eine gute
154 Verbindung zwischen den Städten. Viele der Straßen sind allerdings stark sanierungsbedürftig oder schlicht-
155 weg überlastet. Daher müssen die Mittel im bayerischen Staatshaushalt für den Ausbau dieser Straßen massiv
156 erhöht werden. Diese Gelder sind jedoch ausschließlich für die Sanierung sanierungsbedürftiger Straßen vor-
157 gesehen. Gerade im ländlichen Raum sorgen zahlreiche Schlaglöcher, halbherzig geflickte Straßen für eine
158 fehlerhafte Infrastruktur, welche gerade den ländlichen Raum für Investitionen unattraktiv machen und den
159 Verkehr sämtlicher Fahrzeuge aller Antriebsarten erschweren. Gegen den Neubau von Straßen stellen wir uns
160 aufgrund des Umweltaspekts allerdings klar, sofern dieser nicht vermeidbar ist, weil er für eine Anbindung an
161 wichtige Knotenpunkte dringend notwendig ist. Außerdem sollen diese Straßen nicht sogenannten Gialinern,
162 welche wir klar ablehnen, zur Verfügung stehen. Diese widersprechen unserem Grundsatz, dass Güterverkehr
163 auf der Schiene und nicht auf der Straße seinen Platz hat. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltas-
164pekts.

165

166 • Dezentrale Energieversorgung

167

168 Der Freistaat Bayern ist dezentral organisiert und muss sich aus diesem Grund auch in den kommenden Jahren
169 mit der Energieversorgung darauf einstellen. Die Möglichkeit, die Energieversorgung dezentral zu gestalten,
170 sollte als Chance gesehen werden. Nahe beieinanderliegende Kommunen sollten sich daher zusammenschlie-
171 ßen, um selbst Energie zu erzeugen und sich damit auch selbst zu versorgen. Selbstverständlich soll dabei auf

172 umweltfreundliche Methoden gesetzt werden, wie auf Wasser, und Biomassekraftwerke sowie Wind,-
173 nenenergie. Nicht zuletzt auch hier aufgrund des Umweltaspekts. Die dadurch erzeugte Energie soll vor Ort
174 kurzfristig in großen Batterien oder bei großen Mengen in Pumpspeicherkraftwerken gespeichert werden.
175 Durch die wohnortnahe Versorgung wäre der Bau von Stromtrassen nicht mehr notwendig und auch der En-
176 ergieverlust bei Transformatoren, die für den Transport bei weiten Strecken notwendig sind, wäre nicht mehr
177 vorhanden. In der Konsequenz würden sich die Transportkosten enorm verringern und auch die Natur würde
178 geschützt werden. Natürlich steigen die Kosten für die Stromspeicherung an, allerdings würden die Verbrau-
179 cher*innen insgesamt von einer dezentralen Energieversorgung profitieren, da die Preise durch die deutlich
180 geringeren Transportkosten sinken würden. Wir fordern daher, dass der Freistaat Bayern und die Kommunen
181 schnellstmöglich ein Konzept vorlegen, sodass bis zum Jahr 2030 eine dezentrale Energieversorgung in Bayern
182 stattfindet. Dieses Projekt sollte vom Freistaat Bayern finanziell gefördert werden. Eine Investition von Privat-
183 unternehmen oder eine Übernahme der Energieversorgung durch Konzerne kommt für uns nicht in Frage, da
184 diese staatlich organisiert und finanziert werden sollte.

185

186 • Öffentliche Daseinsvorsorge

187

188 Ein wichtiger Punkt ist die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern. Seit der Wiedervereinigung hat sich die An-
189 zahl der aufgestellten Krankenhausbetten um ziemlich genau 15% verringert, die Anzahl der Patient*innen
190 hingegen um 170.000 vergrößert. Dies macht sich vor allem in der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer be-
191 merkbar, die von rund zwölf auf sieben Tage gesunken ist. Die Berechnungstage der Krankenkasse sind hier-
192 bei nicht das Problem. Entgegen der Erwartung hat sich zuerst die Anzahl der Verweildauer im Krankenhaus
193 verringert, die Berechnungstage sind lediglich nachgezogen. Der defizitäre Haushalt vieler Krankenhäuser wur-
194 de versucht damit zu deckeln, dass die Verweildauer reduziert wird. Dieser Plan ging allerdings nicht auf, da
195 die Berechnungstage ebenso gesunken sind und somit auf Dauer kein wirtschaftlicher Vorteil entstanden ist.
196 Nichtsdestotrotz haben allerdings die Krankassen ein Verschulden daran, da bereits im Voraus die Zahlung
197 für Untersuchungen oder Ähnliches auf ein Minimum reduziert wurde. Generell sollte die Frage gestellt wer-
198 den, ob ein Krankenhaus für die Kommunen ein ökonomischer Gewinn sein sollte oder die Daseinsvorsorge
199 der Bürger*innen sichern sollte. Für uns jedenfalls ist klar, dass die Gesundheit der Patient*innen sowie eine
200 wohnortnahe Versorgung über dem ökonomischen Erfolg eines Krankenhauses steht. Um auf Dauer dieses
201 Defizit ausgleichen zu können, braucht es eine finanzielle Unterstützung des Freistaats. Wichtig ist auch, dass
202 für die Zukunft Investitionen getätigt werden, um die Krankenhäuser erhalten zu können. Dabei müssen vor
203 allem auch die Versäumnisse der Digitalisierung, die sich auch auf Krankenhäuser auswirkt, zügig nachge-
204 holt werden. Ein weiterer Punkt, der die Krankenhäuser attraktiver macht ist eine Spezialisierung auf einen
205 bestimmten oder verschiedene Fachbereiche. Dies soll in Absprache mit naheliegenden Krankenhäusern er-
206 folgen. Außerdem ist uns bewusst, dass kommunale Krankenhäuser im Gegensatz zu privaten auch wichtige
207 Dinge übernehmen, die allerdings finanziell „schlecht“ sind, so zum Beispiel die Hilfestellung bei Problemlagen
208 wie zum Beispiel erste Hilfe für vergewaltigte Frauen und nötige Feststellungsverfahren in Vergewaltigungs-
209 fällen. Da diese Punkte für uns von großer Bedeutung sind, setzen wir uns für den Erhalt kommunaler Kran-
210 kenhäuser ein und stellen uns vehement gegen die zunehmende Privatisierung im Gesundheitssektor.

211 Zu dem Punkt der öffentlichen Daseinsvorsorge zählt für uns auch der Ausbau von Kitas und Kindergärten. Vor
212 allem in diesem Bereich ist der Freistaat extrem rückständig. Statt weiterhin ein Betreuungsgeld auszahlten,
213 das veraltete Geschlechterstereotypen bedient, sollte Bayern den Bau von Kitas und Kindergärten fördern. Die
214 Kosten für die Kita und den Kindergarten sind derzeit viel zu hoch und stellen für viele eine große finanzielle
215 Belastung dar. Wir fordern daher eine Gebührensenkung sowie eine Bezahlung, die sozial gestaffelt nach dem
216 Einkommen der Familie erfolgt. Wollen Familien ihr Einkommen nicht offenlegen, müssen sie den höchsten
217 Beitragssatz zahlen. Geringverdiener*innen hingegen werden völlig von den Kosten befreit. Auf Dauer sollten
218 wir allerdings den Anspruch haben, auch Kita und Kindergarten komplett kostenlos zu gestalten.

219 Doch auch die Schulen stellen vor allem in ländlichen Regionen ein Problem dar. So müssen Schüler*innen
220 täglich mehrere Stunden nur damit verbringen, mit dem Bus an die Schule zu gelangen. Insbesondere bei
221 weiterführenden Schulen, insbesondere Gymnasien nimmt dies extreme Ausmaße an. Um den Schüler*in-
222 nen schulische Möglichkeiten vor Ort gewähren zu können, müssen auch kleinere und somit auf Dauer kos-
223 tenintensivere Schulen gebaut werden. Durch unserer Forderung nach einer Gesamtschule würde sich das

224 Problem durch höhere Schüler*innenzahlen vor Ort allerdings sowieso automatisch weitestgehend eindäm-
225 men.

226

227 • Dezentralisation von Hochschulbildung

228

229 Der Trend geht zur Zentralisation, was eine Abwanderung aus ländlichen Regionen bedeutet. Dies stellt dezentral organisierte Flächenländer wie Bayern vor große Herausforderungen. Ein Grund, wieso viele Menschen in
230 die Städte ziehen ist der, dass sie dort einen Arbeits- oder Studienplatz gefunden haben. Nach Beendigung der
231 Ausbildung, des Studiums oder Ähnlichem ziehen sie meist nicht mehr auf das Land zurück, zumal in Städten
232 meist eine wohnortnahe Versorgung zur Verfügung steht. Diesem Trend kann allerdings entgegengesetzt werden,
233 indem Universitäten oder Fachhochschulen ihre Standorte für bestimmten Fachbereichen auslagern und
234 in ländlichen Regionen ansiedeln. Viele junge Menschen würden für das Studium in diese Orte ziehen und
235 eventuell diesen sogar als Wohnsitz beibehalten. Ein deutlicher Zuzug würde also bemerkbar werden. Dies
236 würde zwangsläufig die Versorgung in ländlichen Regionen (öffentlicher Nahverkehr, Ärzte etc.) stärken, dem
237 Demographiegefälle zwischen Stadt und Land entgegenwirken sowie auch zu einer Entspannung der Miet-
238 preise in den Ballungsräumen führen, da Wohnungen in diesen eben nicht mehr so stark gefragt wären. Wir
239 fordern den Freistaat Bayern daher auf, Fachhochschulen und einzelne Teilbereiche als sogenannte Innovati-
240 onszentren dauerhaft in ländlichen Regionen anzusiedeln. Dabei muss zur Gewährleistung der Studierbarkeit
241 gesichert werden, dass das Studium kein Pendeln zwischen zwei Standorten erforderlich macht, außer dies
242 geht mit expliziten Vorteilen für das Studium einher.

244

245 Zusammenfassend fordern wir im Bereich der Infrastruktur:

246

- 247 • konsequenten Ausbau von Bundesstraßen und Autobahnen in Bayern
- 248 • Verbot von Gigalinern auf bayerischen Straßen
- 249 • Förderung von dezentraler Energieversorgung
- 250 • Ausbau von dezentraler Energieversorgung bis 2030
- 251 • Energieversorgung in staatlicher Hand
- 252 • Erhalt kommunaler Krankenhäuser
- 253 • Ausbau von Kindertagesstätten und Kindergärten sowie deren Preissenkung
- 254 • Schulen vor Ort schaffen
- 255 • Innovationszentren in ländlichen Regionen

256

257

258 **Digitalisierung:**

259

260 Bayern steht, insbesondere als dezentraler Flächenstaat, vor großen Aufgaben im Zeitalter der Digitalisierung.
261 Dabei sind die Herausforderungen, vor die ländliche Kreise und urbane Zentren gestellt werden, in vielen
262 Punkten unterschiedlich und bedürfen daher auch verschiedener Lösungskonzepte. Gleichzeitig hat die Di-
263 gitalisierung auch das Potential, Stadt und Land wieder näher zusammen zu rücken, und die Divergenz der
264 letzten beiden Jahrzehnte zumindest in Teilen zu vermindern. Die Forderungen aus dem Bereich Digitalisie-
265 rung sind in folgenden Punkten kurz zusammengefasst.

266 • In strukturschwachen Regionen stellt die Versorgung mit zeitgemäßen Netzen bislang die größte Pro-
267 blematik dar. Zwar befinden sich mittlerweile nahezu alle Kommunen jedenfalls in einem Breitband-
268 förderprogramm, dennoch werden davon nicht alle Teilgebiete der Kommunen erfasst. Aufgabe der
269 Landesregierung ist es daher, sicherzustellen, dass jeder Haushalt in den kommenden beiden Jahren
270 den Zugang zu schnellem Internet erhält. Gleichzeitig müssen Mobilfunknetze ausgebaut und aufge-
271 wertet, sowie Versorgungslücken geschlossen werden.

272 • Städte müssen Innovationszentren für das datenintensive Gewerbe schaffen und damit die Infrastruk-
273 tur zur Ansiedlung von datenintensiven Unternehmen bereitstellen. Durch Technologiecluster, welche
274 im Idealfall mit den lokalen Hochschulen kooperieren, können Perspektiven für junge Arbeitnehmer*in-
275 nen innerhalb, aber auch außerhalb der beiden Zentren München und Nürnberg geschaffen werden.
276 Bezahlbare Büroflächen für Start-ups komplettieren ein Innovationsumfeld, welches einerseits einer
277 aufstrebenden Branche die Chance gibt, in Bayern Fuß zu fassen, und andererseits den Markt auch für
278 Personen ohne entsprechendes Kapital öffnet.

279 • Der Privatisierung der Netze, insbesondere im Bereich des Breitbandausbaus, muss entschieden ent-
280 gegengewirkt werden. Gegenwärtig bauen Breitbandanbieter lokale, natürliche Monopole durch das
281 Anschließen von Kommunen an das Breitbandnetz aus. Die Konsequenz aus der Marktmacht lokaler
282 Monopole ist das Setzen von horrenden Preisen für die Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz
283 bei gleichzeitig hoher Störanfälligkeit und schlechtem Kundenservice. Da private Konzerne ausnahms-
284 los bei positiver Renditeerwartung Kommunen an das Netz anschließen, trägt der öffentliche Haushalt
285 schlussendlich die Kosten des Anschlusses von kleineren Dörfern und Weilern. Das Überlassen der
286 Filetstücke an private Konzerne bei gleichzeitiger Übernahme des Anschlusses für unrentable Dörfer
287 und Weiler führt nicht nur zu monopolistischer Preissetzung, sondern ist auch aus wirtschaftlichen Ge-
288 sichtspunkten für den Staat nicht nachvollziehbar.

289 • Das bayerische Schul- und Universitätssystem muss auf die Digitalisierung angepasst werden. Damit
290 einher geht die Schaffung eines umfassenden Angebots an digitalen Medien in Schulen, das Arbeiten
291 mit Computern und Tablets, der Vermittlung relevanter Kenntnisse aus den Bereichen Programmie-
292 rung, Datenschutz und Datenverarbeitung sowie einer Einbindung von Smartphones in den Unterricht
293 anstelle eines strikten Verbots. Universitäten muss Zugang zu aktuellen Rechenzentren gewährt wer-
294 den. Auch sollen Hochleistungsrechner aufgestockt und mit breiteren Zugangsmöglichkeiten versehen
295 werden.

296

297

298

299

300 Gerade in ländlich geprägten Gebieten, an denen es Bayern nicht mangelt, ist vom Zeitalter der Digitalisierung
301 bisher nicht viel zu spüren. Zwar vermeldet die Landesregierung, dass immerhin 97% aller Kommunen zum
302 Jahreswechsel im Förderverfahren zum schnellen Netzausbau seien, jedoch ist hierfür nicht der Komplettaus-
303 bau einer Kommune notwendig. Stattdessen genügt es, netzausbauend in einem Teilgebiet einer Kommune
304 tätig zu sein. Würde man stattdessen die Gesamtheit der Haushalte in Bayern betrachten, so wäre der Anteil,
305 welcher sich in naher Zukunft an einem schnellen Internet erfreuen könnte, ein deutlich geringerer. Gerade
306 aus dieser Strategie des Freistaats, Anreize für den Breitbandausbau für private Unternehmen zu schaffen, er-
307 wächst ein Problem ähnlich dem großer Privatisierungsprojekte öffentlicher Infrastruktur: Durch die Schaffung
308 natürlicher Monopole, in diesem Fall privater Breitbandnetze für Kommunen oder Teilstücke davon, erlangt
309 das Privatunternehmen die Preissetzungshoheit und kann den Haushalten Wucherpreise für das Anschließen
310 an zeitgemäßes Internet abverlangen. Durch die steigende Datenintensität von Websites werden Haushalte
311 zum Zahlen dieser Prämien nahezu gezwungen, sofern sie weiterhin zumutbar im Internet unterwegs sein
312 wollen. Entsprechend schafft der Freistaat mit seiner Netzpolitik Raum für die schonungslose Ausbeutung
313 privater Haushalte durch private Netzanbieter. Gleichzeitig werden sich die Ausbaumaßnahmen der privaten
314 Unternehmen ausnahmslos auf jene Gebiete beschränken, in denen sie eine positive Rendite erwarten. Kleine-
315 re Dörfer, Weiler und Einöden erhalten entsprechend keinen Zugang zum Breitbandnetz und müssen durch
316 öffentliche Gelder, falls überhaupt, angeschlossen werden. In der Konsequenz privatisiert der Freistaat mit

317 seiner Ausbaustrategie Gewinne aus dem Betrieb der Breitbandnetze und bürdet sich selbst die Verluste aus
318 dem Anschluss von Einöden, Weilern und kleinen Dörfern auf.

319 Die Umstellung auf IP-Telefonie in der nahen Zukunft tut ihr Übriges: Durch Wegfall konventioneller Telefo-
320 nie wird denjenigen, die bis dahin keinen Zugang zu schnellem Internet haben, die Möglichkeit der Telefonie
321 via Festnetz geraubt. Da allerdings der Telefonanschluss von der Grundversorgung abgedeckt ist, muss die
322 Umstellung auf IP-Telefonie entweder weiter hinausgezögert werden, oder man erklärt den Zugang zu Daten-
323 netzen mit Übertragungsraten größer 6000 Kbps, welche für das reibungslose Stattfinden von IP-Telefonie not-
324 wendig sind, zur Grundversorgung. Dies würde ein Tätigwerden der Telekom hinsichtlich des Netzanschlusses
325 von Einöden, Weilern und Dörfern nach sich ziehen und ginge mit Kosten einher, die durch die entgangenen
326 Gewinne aus dem staatlichen Netzausbau hätten gegenfinanziert werden können. Um diesen Entwicklungen
327 Einhalt zu gebieten, bedarf es strikten Regeln für private Netzanbieter in Bayern: So muss ein an die Netz-
328 geschwindigkeit gekoppelter Preiskatalog für die Versorgung mit Internet ausgearbeitet und für verbindlich
329 erklärt werden. Zudem sind die Kosten für den Anschluss ländlicher Gebiete auf die Profiteure umzulegen:
330 Durch gezielte Abgaben von Netzanbieter*innen werden Kosten des Netzausbaus gerechter verteilt. Schluss-
331 endlich ist der Breitbandanschluss zur Grundversorgung zu erklären. In der Konsequenz sind alle Haushalte an
332 das Breitbandnetz anzuschließen. Um natürliche Monopole zu verhindern, sind die privaten Netze in staatliche
333 Hand rückzuführen.

334 Neben dem Breitbandausbau kommt dem Ausbau des Mobilfunknetzes in Bayern eine große Bedeutung zu.
335 In einer Zeit, in der mittels Notrufknöpfen Menschenleben über das Mobilfunknetz abgesichert werden, sind
336 nicht vom Netz abgedeckte Bereiche nicht zu verantworten. Folglich muss eine umfassende Versorgung mit
337 Mobilfunknetz sichergestellt werden. Zudem müssen alte 1G und 2G Netze dringend modernisiert werden.
338 Ein baldiger Ausbau der Metropolregionen mit 5G-Netz ist zudem anzustreben.

339

340 In Städten ergeben sich aus der Digitalisierung eine Vielzahl an Chancen. Mittels Innovationszentren, welche
341 Platz für die Ansiedlung von datenintensivem Gewerbe sowie die dafür notwendige Infrastruktur, insbesonde-
342 re schnelle Netzanbindung, Rechenzentren sowie Hochschulanschluss, bereitstellen, können IT-Cluster ange-
343 siedelt werden, welche zur Diversifikation der städtischen Gewerbe beitragen und damit die lokale Wirtschaft
344 krisenrobuster machen. Ferner locken Innovationszentren nicht nur junge Start-Ups und expandierende IT-
345 Unternehmen, sondern bieten Zukunftsperspektiven für Arbeitnehmer*innen. Gerade in Städten jenseits der
346 Metropolen, wo derartige Zentren noch nicht präsent sind, bieten Innovationszentren großes Potential, quali-
347 fizierte Fachkräfte und eine neue Branche in die Region zu holen und damit die Existenz der Region nachhaltig
348 zu garantieren.

349

350 Auch im Bereich Bildung und Ausbildung muss Bayern im 21. Jahrhundert ankommen: Der technologische
351 Fortschritt bietet mittlerweile, dank Tablets, Cloudspeicher und portablen Notebooks, die Möglichkeit, gänz-
352 lich ohne Schulbücher auszukommen. Dies reduziert nicht nur das Gewicht des Schulrucksacks deutlich, sondern
353 führt auch zur Schulung im Umgang mit mobilen Endgeräten. Gleichzeitig ergeben sich aus der Ausstattung
354 mit Notebooks und Tablets neue Möglichkeiten für den Unterricht: Recherchen können in Gruppenarbeiten
355 unter Zuhilfenahme des Internets passieren, Hausaufgaben können digital eingereicht und korrigiert werden
356 und per Mail abgegebene Aufsätze reduzieren den Papierbedarf und schonen damit die Umwelt. Gleichzeitig
357 können durch Anpassung des Lehrplans Kompetenzen wie Programmieren, Datenverarbeitung sowie Daten-
358 schutz und Verschlüsselung vermittelt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen Schulen mit WLAN ausge-
359 stattet werden. Zudem sind den Schüler*innen Notebooks sowie ggf. Tablets zur Verfügung zu stellen. Dass
360 das veraltete Smartphone-Verbot im Unterricht aufgehoben wird, um die Endgeräte mit in den Unterricht ein-
361 zubeziehen, versteht sich von selbst.

362 An Universitäten muss veraltete Hardware, die Teilweise noch aus dem Computerinfrastrukturprogramm (CIP)
363 unter Helmut Kohl stammt, endlich ersetzt werden. WLAN-Netze müssen mit ausreichend Datenkapazität aus-
364 gestattet werden. Da der Bedarf an Rechenleistung für die Forschung stetig ansteigt, sind zusätzliche Rechen-
365 kapazitäten anzuschaffen. Insbesondere ist den Studierenden zur Anfertigung ihrer Master- und Bachelorar-
366 beit Zugriff auf die Computerinfrastruktur, insbesondere auch auf Großrechner und Server, zu gewähren, um
367 rechenintensive Simulationen durchführen zu können.

368

369

V-2

Titel	Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültigen Fahrschein
Antragsteller*innen	Jusos Schwaben
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag

Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültigen Fahrschein

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass über Bundestag und Bundesrat der Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel in § 265 a StGB (Betrifft Erschleichung von Leistungen) nicht weiterhin Berücksichtigung findet.

4 **Aus den Gründen:**

5 **1. „Schwarzfahren“ aus einer finanziellen Notlage heraus führt zwangsläufig zur Ersatzhaft**

6 **2. Grundrecht auf Mobilität**

7 **3. Veralteter Straftatbestand von 1935**

8 **4. Entlastung der Justiz und der Verkehrsunternehmen**

9 **5. Unterschied zwischen Ersatzfreiheitsstrafe und Erziehungshaft**

10 **Zu 1.:**

11 Menschen, die sich aufgrund ihrer finanziellen Notlage kein Ticket für den Bus/Bahn/Zug leisten können, werden ausreichend mit der Vertragsstrafe durch die Verkehrsunternehmen gestraft. Alleine in Berlin mussten im Jahre 2016 47 % der Forderungen abgeschrieben werden, weil die Betroffenen zu arm waren, diese zu begleichen. Eine zusätzliche Auferlegung einer Geldstrafe nach § 265a I StGB führt dazu, dass diese nicht erbracht werden kann und in Ersatzhaft (§43 StGB) umgewandelt wird. Dies führt in einen Teufelskreis, da die finanzielle und soziale Not der Betroffenen durch die Strafandrohung des § 265a StGB nur verschlimmert wird und diese wohl gezwungen sind, ihre Tat zu wiederholen. Somit ist weder den Menschen, noch den Verkehrsunternehmen durch die Gefängnisstrafe geholfen.

19 **Zu 2.:**

20 Das Strafrecht stellt das äußerste Mittel staatlichen Strafens dar und ist dementsprechend als Ultima Ratio anzusehen. Es ist nicht verhältnismäßig jemandem eine Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr anzudrohen, wenn der*diejenige ein Ticket (z. B. Preis 1,50€) absichtlich nicht gelöst hat. Wir als Jusos stehen für ein Grundrecht auf Mobilität ein. Haft bedeutet jedoch für die meisten Betroffenen Stigmatisierung. Und das führt zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und zum möglichen Beginn einer daraus resultierenden kriminellen Laufbahn. Die finanzielle und soziale Not der Menschen soll gehört und nicht mit Gefängnis geahndet werden.

26 **Zu 3.:**

27 Das Problem des „Erschleichens“ tritt unter anderem dadurch auf, dass die Norm aus dem Jahre 1935 stammt. Damals gab es in jedem Fahrzeug des ÖPNV am Eingang eine*n Schaffner*in, bei dem*der das Ticket erworben werden musste. Diese*r konnte damals getäuscht werden, wodurch ein Bejahren des „Erschleichens“ durchaus plausibel erschien. Das ist heutzutage anders. Die Gesellschaft wie auch der ÖPNV haben sich gewandelt. Das Gesetz sollte dies auch tun.

32 **Zu 4.:**

33 Deutschlandweit sitzen momentan 7600 Menschen eine Ersatzfreiheitsstrafe ab. Der größte Teil davon sind
34 verurteilte Schwarzfahrer*innen. Jeder Hafttag kostet den*die Steuerzahler*in 146 Euro. Im Jahr 2016 wur-
35 den in Berlin 40000 Strafanträge wegen des Verstoßes gegen § 265a StGB durch eine*n Schwarzfahrer*in ge-
36 stellt. Nach Hochrechnungen einer Neuköllner Richterin sind 25-30% aller Erwachsenenstrafsachen vor dem
37 Amtsgericht Neukölln im Jahr 2011 Fälle von Leistungserschleichung gewesen. In Jugendstrafsachen stellen
38 diese immer noch einen prozentualen Anteil von 15-20 %. (Quelle: [http://www.tagesspiegel.de/berlin/landes-](http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/ueberlastung-richter-wollen-keine-anklagen-gegen-schwarzfahrer-mehr/4258142.html)
39 [politik/ueberlastung-richter-wollen-keine-anklagen-gegen-schwarzfahrer-mehr/4258142.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/landespolitik/ueberlastung-richter-wollen-keine-anklagen-gegen-schwarzfahrer-mehr/4258142.html); Abgerufen am:
40 04.12.17). Dies alles stellt einen vermeidbaren Kosten- und Zeitaufwand für die Justizbehörden, den*die deut-
41 sche*n Steuerzahler*in, als auch für die Verkehrsunternehmen dar. Sogar der deutsche Richterbund hat kürz-
42 lich die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens gefordert. Jena Gnisa, der Vorsitzende des deutschen Richter-
43 bunds formuliert das so: „Wenn die Unternehmen eine bessere Kontrolle aus betriebswirtschaftlichen Erwä-
44 gungen heraus nicht tun, dann darf nicht der Steuerzahler als Lückenbüßer herhalten.“

45 **Zu 5.:**

46 Eine Entkriminalisierung des Schwarzfahrens führt nicht zur automatischen Legalisierung und damit auch nicht
47 zu einer gesetzlichen „Ermütigung“ zum Fahren ohne Ticket. Es könnte im Ordnungswidrigkeitengesetz (OwiG)
48 ein Tatbestand eingefügt werden, der das Schwarzfahren bestraft. Zwar kann auch im OwiG zusätzlich zur
49 Geldstrafe gem. § 96 OwiG Erzwingungshaft angeordnet werden, jedoch kann diese im Gegensatz zur Ersatz-
50 freiheitsstrafe gem. § 43 StGB nicht verhängt werden, wenn Zahlungsunfähigkeit besteht und diese nachge-
51 wiesen wird. „Zahlungsunfähigkeit im Sinne des Ordnungswidrigkeitenrechts bedinge, dass der Betroffene
52 selbst bei Ausschöpfung aller ihm zur Verfügung stehenden Geldquellen, Einschränkung seiner Lebenshal-
53 tungskosten und unter Anspannung sämtlicher finanzieller Erwerbsoptionen nicht in der Lage sei, die
54 Geldbuße ggf. unter Bewilligung von Zahlungserleichterungen zu zahlen, weil er entweder über keine aus-
55 reichenden flüssigen Mittel verfüge, er sich diesen Betrag nicht auf andere Weise zu beschaffen vermöge
56 – etwa durch Aufnahme von überobligationsmäßiger Arbeit, den Verkauf von unpfändbaren Gegenständen
57 oder sonstige Einschränkungen seiner Lebenshaltung – oder ihm die Zahlung aufgrund anderer Umstände
58 nicht mehr zugemutet werden könne (vgl. Seitz in Göhler, OWiG, 16. Aufl. 2002, § 96, Rdnr. 13 mwN).“ (Quelle:
59 <https://rsw.beck.de/aktuell/meldung/UrteilsanmerkungFDInsR201723>) Die Anforderungen an eine Haftstrafe
60 sind also deutlich höher und berücksichtigen den Aspekt der Zahlungsunfähigkeit. Die Verbüßung einer Er-
61 satzfreiheitsstrafe befreit nicht von der Zahlungspflicht.

V-3

Titel	Internet als Grundversorgung
Antragsteller*innen	Jusos Mittelfranken
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz

Internet als Grundversorgung

- 1 Wir fordern, dass die Versorgung mit Internet eine vergleichbare rechtliche Stellung wie die Versorgung mit
- 2 Strom, Wasser und Energie zukommt.
- 3 Wir fordern, dass ein Wohnortwechsel immer ein Sonderkündigungsrecht darstellt. Ein Schutz der Anbieter ist
- 4 nicht notwendig, da am neuen Wohnort sowieso ein Neuvertrag geschlossen werden muss. Die momentane
- 5 Rechtslage führt in der Regel zu Versorgungsschwierigkeiten und hohe Kosten. Daher soll das Telekommuni-
- 6 kationsgesetz in § 46 entsprechend geändert werden.
- 7 Wir fordern, dass der Internetzugang denselben Schutz bekommt wie ein Telefonanschluss und nicht bei Zah-
- 8 lungsrückständen ohne Ankündigung oder Frist einfach gesperrt werden kann. Wir fordern, dass eine Grund-
- 9 versorgung mit Internet gewährleistet wird. Hierzu soll ein Konzept erarbeitet werden inwiefern eine Grund-
- 10 versorgung mit Internet ähnlich des Grundversorgungstarifs mit Strom möglich und zielführend ist.

V-5

Titel	Verbesserung des ÖPNVs
Antragsteller*innen	Jusos Niederbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landtagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

Verbesserung des ÖPNVs

1 Tallinn als erste europäische Hauptstadt macht es vor, verschiedene belgische und französische Kommunen
2 ebenso: Der öffentliche Personennahverkehr zum Nulltarif. Währenddessen in Bayern: Tarifwirrwarr – für
3 wenige Kilometer müssen mitunter mehrere überbeuerte Tickets gelöst werden. Gerade im ländlichen Raum
4 ist die Kooperation der verschiedenen Verkehrsverbände schlecht, wodurch des Öfteren signifikante Warte-
5 zeiten für die einzelnen Passagier:innen an regionalen Zuständigkeitsgrenzen entstehen. Sogar der Rückbau
6 einzelner Verbindungen ist kein Tabu mehr. Gerade in finanzschwachen Kommunen ist die Möglichkeit der
7 gesellschaftlichen Teilhabe für all jene, die sich außerhalb des fahrfähigen Alters befinden oder aus ande-
8 ren Gründen kein eigenes Kraftfahrzeug unterhalten können oder wollen stark eingeschränkt. Besonders im
9 Schichtdienst ist das eigene Verkehrsmittel heutzutage kaum mehr wegzudenken, denn öffentliche Verkehrs-
10 angebote außerhalb der üblichen Stoßzeiten sind Mangelware. Dies schadet vor Allem der Wirtschaft: Arbeits-
11 suchende werden von vornherein abgeschreckt, sich auf Jobangebote zu bewerben, die etwas entfernter von
12 der eigenen Haustür liegen. Und auch das soziale Miteinander leidet: Junge Menschen müssen viel zu früh
13 den letzten Bus nehmen und auf den restlichen Abend mit (Partei-)Freund:innen verzichten. Ältere Menschen
14 vereinsamen, weil ihre eingeschränkte Mobilität nicht öffentlich kompensiert wird. Viele Gegenden sind ohne
15 ausgiebige Fußmärsche überhaupt nicht mehr angeschlossen. Und oftmals passt die Gehhilfe oder das Fahr-
16 rad dann auch nicht ohne Weiteres in den Bus. Doch auch in Metropolregionen wie dem Großraum München
17 plagen überbeuerte Ticketpreise die Bürger:innen. Der allgegenwärtige Investitionsstau macht Pendeln mit öf-
18 fentlichen Nahverkehrsmitteln zur Glaubensfrage und motiviert stattdessen täglich Millionen Bürger:innen,
19 lieber den PKW für den Weg zum Arbeitsplatz zu nutzen. Neue Technologien wie das autonome Fahren werden
20 stiefmütterlich behandelt und gegenüber konventionellen Herangehensweisen vernachlässigt.

21 Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Ein solidarisch finanzierter, moderner, flexibler und zukunftsorientier-
22 ter öffentlicher Personennahverkehr. Dies entlastet die Umwelt, ist sicherer, zuverlässiger und ökonomi-
23 scher als der tägliche motorisierte Individualverkehr. Die positiven Beispiele mit gelungener Umstellung der
24 öffentlichen Verkehrsmittel auf einen Betriebsmodus, der ohne Zahlung der individuellen Nutzung auskommt
25 machen dieses Konzept zu einem förderungswürdigen und vielversprechenden Lösungsansatz.

26

27 Deswegen fordern wir:

28 Die SPD setzt sich ein für:

- 29 – ein Kooperationsgebot zur engeren Abstimmung der Verkehrsverbände.
- 30 – die konsequente Modernisierung bei gleichzeitigem Ausbau bestehender Systeme und Linien.
- 31 – die Förderung der Forschung nach neuer Technik (bspw. autonome Fahrsysteme).
- 32 – die Förderung und Erprobung von Modellen des kostenlosen ÖPNVs:
- 33 – finanziert durch Steuermittel (im Gesamthaushalt)

INI Initiativanträge

INI Initiativanträge

INI-1	Jusos Oberbayern	Flughafen München zu „Kurt-Eisner-Flughafen“ umbenennen!	84
INI-2	Jusos Oberbayern	Wir brauchen saubere Luft! Wirksame Luftreinhaltepläne jetzt!	85
INI-4	Jusos Schwaben, Jusos Oberbayern, Jusos Oberpfalz	Nein zum neuen PAG!	86
INI-5	Opf	INI-5 Resolution: Weg mit §219a	88
INI-6	Ofr	INI 6: Kein ruhiges Hinterland für autoritäre und faschistoide Strukturen in Bayern! Weder auf der Straße noch im Parlament!	90

INI-1

Titel	Flughafen München zu „Kurt-Eisner-Flughafen“ umbenennen!
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern
Adressat*innen	Juso-Landeskonferenz, BayernSPD-Landesparteitag

Flughafen München zu „Kurt-Eisner-Flughafen“ umbenennen!

- 1 Die SPD fordert zum 100. Jubiläum der Ausrufung des Freistaats Bayern die Umbenennung des Flughafens
- 2 München. Dieser soll künftig nach dem Gründer des Freistaats benannt sein. Er soll den Namen „Kurt-Eisner-
- 3 Flughafen“ tragen.

INI-2

Titel	Wir brauchen saubere Luft! Wirksame Luftreinhaltepläne jetzt!	
Antragsteller*innen	Jusos Oberbayern	
Adressat*innen	BayernSPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag	BayernSPD-

Wir brauchen saubere Luft! Wirksame Luftreinhaltepläne jetzt!

- 1 Die bayerische Staatsregierung soll gemeinsam mit der zuständigen Bezirksregierung und der gefährdeten
- 2 Kommune in der dafür vorgesehenen Strategiegruppe schnellstmöglich wirksame Maßnahmen in der aktuellsten
- 3 Fortschreibung des Luftreinhalteplans (LRP) für die jeweilige Kommune und die dazugehörigen Informationen
- 4 sowie Gutachten veröffentlichen, damit die Maßnahmen im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung
- 5 diskutiert werden können. Die Maßnahmen müssen anhand der im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BIm-
- 6 SchG) festgeschriebenen Regeln und von der europäischen Ebene festgelegten Grenzwerte erstellt werden.
- 7 Bisherige Maßnahmen und Beschlüsse (z.B. „Dieselgipfel“, vergangene Konzepte und Luftreinhaltepläne oder
- 8 Beschlüsse des Bayerischen Ministerrats) sind nicht wirksam genug, um Schadstoffe (besonders NO_x) unter
- 9 der gesundheitsgefährdenden Grenze zu halten. Die Deutsche Umwelthilfe hat in einem Gerichtsurteil erstritten,
- 10 dass die aktuellste Version des Luftreinhalteplans zu einer bestimmten Frist wirksam werden soll und
- 11 die Öffentlichkeit anhand einer vorab ausliegenden Version des Plans anhand eines im BImSchG festgelegten
- 12 Prozedere beteiligt wird. Bisher wurden Strafzahlungen zu Lasten der Gesundheit der Menschen in Kauf
- 13 genommen, was wir nicht akzeptieren wollen.

- 14 Wir fordern deshalb die schnellstmögliche Anpassung der jeweiligen Fortschreibung des Luftreinhalteplans an
- 15 das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts, das zum Beispiel in München eine Planung von Dieselverboten
- 16 vorsieht – ohne sie durchzuführen –, und ein faires, transparentes Partizipationsverfahren. Umweltverbände
- 17 fordern zahlreiche Maßnahmen, die im Rahmen des LRP partizipativ diskutiert werden müssen. Die Fortschreibung
- 18 des LRP und damit einhergehende Maßnahmen sollten schnellstmöglich wirksam werden!

INI-4

Titel Nein zum neuen PAG!
Antragsteller*innen Jusos Schwaben, Jusos Oberbayern, Jusos Oberpfalz
Adressat*innen

Nein zum neuen PAG!

- 1 Das Polizeiaufgabengesetz (kurz: PAG) regelt die Aufgaben und Befugnisse der bayerischen Polizei. So be-
2 stimmt das Gesetz, wann und wie Polizist*innen in Grundrechte Einzelner eingreifen können, z.B. bei Durch-
3 suchungen, Platzverweisen oder dem Sammeln von Informationen.
- 4 „Traditionell sind wir Jahr für Jahr Spitzenreiter bei der Inneren Sicherheit!“, so wird in der aktuellen Kriminal-
5 statistik mit der Polizeiarbeit der letzten Jahre in Bayern geworben. Die vor kurzem veröffentlichte Kriminal-
6 statistik zeigt zum wiederholten Male auf, dass wir sowohl in den Großstädten als auch auf dem Land sehr
7 sicher leben. Auch die Zehnjahresstatistik zeigt deutlich, dass wir sicherer als nie zuvor in Bayern leben und
8 die Straftaten auf einem Tiefstwert sind. Auch die Behauptung, die gerne von Rechten benutzt wird, dass die
9 Ausländerkriminalität gestiegen sei, konnte durch die Statistiken widerlegt werden. Der vielfach zitierte Krimi-
10 nalitätsanstieg 2015/2016 ist auf Verstöße nach dem Aufenthaltsgesetz, Asylgesetz und Freizügigkeitsgesetz
11 der EU zurückzuführen.
- 12 Dennoch will die CSU am 15.Mai 2018 im Bayerischen Landtag das in Deutschland härteste Polizeiaufgaben-
13 gesetz (PAG) seit 1945 in zweiter Lesung verabschieden. Noch vor der Landtagswahl soll das Gesetz in Kraft
14 treten.
- 15 Bereits die Art und Weise, wie die CSU das geplante Gesetz durch den Landtag bringen möchte ist äußerst
16 intransparent und bedenklich. Obwohl eine Mehrheit für das Gesetz durch die CSU-Fraktion praktisch sicher
17 ist, wird konsequent versucht eine öffentliche Debatte über das Gesetz zu behindern. Gerade die CSU, die sich
18 bei innenpolitischen Themen sonst für keine Inszenierung zu schade ist, veröffentlichte bisher zu dem Thema
19 lediglich eine Pressemitteilung. In einem der entsprechenden Ausschüsse im bayerischen Landtag wurden zu
20 dem komplexen, 200 Seitigen Antrag lediglich zweieinhalb Stunden Expert*innen angehört.
- 21 Die CSU scheut Debatte, doch gerade mit Blick auf den Inhalt des Gesetzes wird deutlich, dass die politische Op-
22 position aber auch die Zivilgesellschaft diesen Gesetzesentwurf verhindern muss. In vielerlei Hinsicht bedro-
23 hen die geplanten Befugnisse nicht nur unsere Bürger*innenrechte, sondern unterhöhlen auch fundamentale
24 Prinzipien unseres Rechtsstaats.
- 25 Die neuen Befugnisse sollen nicht nur dann, wenn es um die Abwehr terroristischer Bedrohungen geht, genutzt
26 werden können, sondern auch in der alltäglichen Polizeiarbeit.
- 27 So will die Staatsregierung mit dem neuen Gesetz die Schwelle für weitere polizeiliche Maßnahmen deutlich
28 absenken und Eingriffe bereits bei drohenden Gefahren, also noch bevor sich eine Gefahrensituation konkre-
29 tisiert hat, ermöglichen. Unter dem Vorwand „Gefahr in Verzug“ darf dies auch ohne richterliche Genehmigung
30 erfolgen. Es erleichtert das Racing-Profilung bei ohnehin schon durch Stigmatisierung benachteiligten Perso-
31 nen, die im Fokus von polizeilichen Ermittlungen stehen könnten.
- 32 Bereits im August 2017 ist es mit dem sogenannten „Gefährdergesetz“ ermöglicht worden, statt bisher 14 Tage,
33 nun drei Monate in Präventivhaft genommen zu werden. Nach spätestens drei Monaten muss ein*e Richter*in
34 darüber entscheiden, ob diese um weitere drei Monate verlängert wird, wobei es keine maximale Anzahl an
35 Verlängerungen gibt und somit eine theoretische „Unendlichkeitshaft“ ohne Anklage möglich ist.
- 36 Zudem sollen Gesichts- und Verhaltenserkennung generell bei Demonstrationen eingesetzt werden, auch
37 wenn diese offensichtlich friedlich ablaufen. Auch im alltäglichen Leben sollen DNA-Analysen als erkenntungs-

38 dienstliche Maßnahme zur Feststellung der Augen-, Haar- und Hautfarbe, des biologischen Alters und der bio-
39 geographischen Herkunft der*s Spurenverursachers*in ermöglicht werden. Drohnen können nun viel leichter
40 zum Einsatz kommen, um heimlich Menschen abhören und ausspionieren zu können. Die Grenze zu geheim-
41 dienstlichen Aufgaben wird bewusst aufgelöst. Dies sieht man auch zur neuen Regelung zur leichteren Einset-
42 zung von V-Personen. Diese können so zum Beispiel ohne richterliche Kontrolle eingeschleust werden.

43 In der digitalen Welt, die immer mehr zum Mittelpunkt sozialer und beruflicher Kontakte wird, werden die
44 Befugnisse ebenfalls drastisch ausgeweitet, wie zum Beispiel bei der Überwachung der Handys und E-Mails.
45 Clouds können durchsucht und Daten verändert werden. Durch den sogenannten Staatstrojaner sind diese
46 auch befugt, Kommunikationsdaten zu speichern und zu manipulieren.

47 Nach Befassung mit dem Gesetzesentwurf wird klar: Der CSU geht es hierbei keineswegs um die Erhöhung
48 der Sicherheit im Freistaat. Viel mehr ist es der Versuch, auf schnelle und unauffällige Weise massive Eingriffe
49 in das Privatleben und die Rechte der Bürger* innen zu ermöglichen. Angesichts der Vorstellung, was derar-
50 tige Befugnisse erst in den falschen Händen ermöglichen würden wirkt die Stellungnahme der CSU, Ziel des
51 Gesetzesentwurfs sei die „Stärkung der Bürgerrechte“, wie ein zynischer Witz. Es ist zu befürchten, dass Bun-
52 desinnenminister Seehofer in Zukunft ähnliche Gesetzesvorhaben auch auf Bundesebene planen wird.

53 Statt durch populistische Verschärfungen das subjektive Angstgefühl der Bevölkerung zu schüren und Poli-
54 zist*innen aus ihren Inspektoren durch nicht Zusatzarbeiten bei Großveranstaltungen und Grenzkontrollen
55 zu überlasten, sollte die Staatsregierung die Aufstockung der Polizeiarbeit vor Ort für präventive Arbeit forcie-
56 ren.

57 Wir Jusos Bayern gehen bereits gegen die im August stattgefundenen Änderungen mit einer Popularklage vor.
58 Ferner schmieden wir Bündnisse, um gegen die neuerlichen Änderungen
59 des PAG auf die Straße zu gehen. Dies zählt zu unserem Selbstverständnis und wir werden auch bei weiteren
60 Versuchen gesellschaftliche Freiheiten einzuschränken nicht ruhen.

61 Die BayernSPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, jegliche Verschärfungen des PAG, insbesondere die vor-
62 liegende Fassung vom 30.01.2018 (Drs. 17/200425) und die Gesetzesänderung des Bayerischen Verfassungs-
63 schutzgesetzes vom 20.02.2018 (Drs. 17/20763), abzulehnen.

64 Sollten die Gesetze dennoch in Kraft treten, wird sie zusammen mit der BayernSPD Popularklagen beim
65 Bayerischen Verfassungsgerichtshof oder Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht erhe-
66 ben.

67 Ferner setzt sich die BayernSPD für einen Personalschlüssel, der sich an dem realen Bedarf vor Ort orientiert,
68 und an einer langfristigen Strategie zur Einstellung und Ausbildung der Polizist*innen ein.

INI-5

Titel	INI-5 Resolution: Weg mit §219a		
Antragsteller*innen	Opf		
Adressat*innen	Juso-Bundeskongress,	Juso-Landeskonferenz,	SPD-Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landesparteitag

INI-5 Resolution: Weg mit §219a

- 1 Die Streichung des § 219a StGB ist überfällig und dringlich. Wie in allen Lebensbereichen muss insbesondere
2 in diesem Bereich, der Frauen emotional und körperlich betrifft und sie mit einem für die Betroffenen meist
3 unbekanntem medizinischen Eingriff konfrontiert, ein barrierefreier und schneller Zugang zu sachlichen und
4 zeitgemäßen Informationen ermöglicht werden. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung zie-
5 hen bzw. einen solchen in jedem Fall durchführen wollen, müssen die Möglichkeit haben, sich umfassend dar-
6 über informieren zu können. Das Recht auf Informationsfreiheit kann insbesondere für ungewollt schwangerer
7 Frauen in dieser für sie besonderen Situation nicht hoch genug bewertet werden – für dieses ist zu sorgen,
8 weshalb der §219a StGB gestrichen werden muss.
- 9 Ein weiterer wichtiger Grund für die Streichung des §219a liegt in seiner Widersprüchlichkeit zu §218a StGB.
10 Dieser regelt nicht strafbare Schwangerschaftsabbrüche und somit ein straffreies ärztliches Handeln. Dass ein
11 Hinweis auf die Durchführung von rechtlich nicht strafbaren Schwangerschaftsabbrüchen aber strafrechtlich
12 eben durch §219a verboten ist, führt zu einer eklatanten Rechtsunsicherheit. Sog. „Lebensschützer*innen“ und
13 radikale Abtreibungsgegner*innen machen durch diese Rechtsunsicherheit regelrecht „Jagd“ auf Ärzt*innen,
14 die diese medizinische Maßnahme anbieten. Sie erhalten oft Drohbriefe oder werden, wie im Falle der Ärztin
15 Kristina Hänel vom Herbst 2017, wegen der Nennung dieses Eingriffes im Leistungsprofil ihrer Praxis ange-
16 zeigt. Zunehmend ziehen sich deshalb immer mehr Ärzt*innen aus der medizinischen Versorgung in diesem
17 Bereich zurück oder beschränken sich bei der Durchführung von Abtreibungen auf ihre eigenen Patientinnen
18 und bieten diese nicht generell an oder vernetzen sich hierzu nicht aktiv mit den entsprechenden Beratungs-
19 stellen, um dem Vorwurf einer „Bewerbung“ dieses Eingriffes zu entgehen. Dies alles erschwert die Arbeit der
20 Ärzt*innen und eben auch der Beratungsstellen auf Kosten der betroffenen Frauen.
- 21 In den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger sowie zahlreiche Fachverbände
22 die Streichung des sog. „Werbeverbots für einen Schwangerschaftsabbruch“ befürworten, wobei an dieser
23 Stelle auch klar und deutlich zu sagen ist: Information ist keine Werbung – es geht nicht um die anpreisende
24 Darbietung einer Leistung, verbunden mit einem Appell zu deren Bezug, sondern um die wertungsfreie und
25 neutrale Information über eine solche und wer sie durchführt!
- 26 Dass der von der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitete Gesetzentwurf zur Streichung des § 219a letztlich zu-
27 rückgezogen wurde, um einen Kompromiss mit der Union zur Wahrung des Koalitionsfriedens zu suchen, ist
28 unserer Meinung nach ein schwerer Fehler. Die SPD wird wegen Rückzieher wie diesem von vielen Bürger*in-
29 nen als profillose Partei erachtet – das Ergebnis der Bundestagswahl zeigt dies eindeutig.
- 30 Wie in der letzten Legislaturperiode wird hier erneut der Weg über die Hinterzimmer mit der Union gegangen,
31 anstatt eine ehrliche Debatte im Bundestag zu führen, anhand derer die Bürger*innen die Argumente in dieser
32 Sache nachverfolgen und die unterschiedlichen Positionen der Parteien wahrnehmen können.
- 33 Wir fordern deshalb die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, den Gesetzentwurf auf Streichung des §219a in den
34 Bundestag einzubringen und alles dafür zu tun, die Informationsfreiheit von Ärzt*innen und Frauen in diesem
35 so persönlichen und emotional-empfindlichen Bereich zu gewährleisten.
- 36 Langfristig muss in der SPD und ihren Arbeitsgemeinschaften eine Debatte über die Abschaffung der Strafbar-
37 keit des Schwangerschaftsabbruchs geführt werden. Die Fristenlösung, die faktisch keine Rechtssicherheit für

38 Ärzt*innen und Patient*innen bedeutet, ist nicht akzeptabel. Wir müssen die Debatte über den § 218 StGB in
39 der Gesellschaft führen und verstehen die SPD hier als progressive Kraft, die eine Veränderung der bestehen-
40 den Verhältnisse vorantreiben muss. Repressive Gesetze, die Frauen* und Ärzt*innen unterdrücken, lehnen
41 wir ab!

INI-6

Titel	INI 6: Kein ruhiges Hinterland für autoritäre und faschistoide Strukturen in Bayern! Weder auf der Straße noch im Parlament!
Antragsteller*innen	Ofr
Adressat*innen	Juso-Landesvorstand, BayernSPD-Landesparteitag

INI 6: Kein ruhiges Hinterland für autoritäre und faschistoide Strukturen in Bayern! Weder auf der Straße noch im Parlament!

- 1 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche Einstellungen
2 in Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien davon so sehr profitieren kön-
3 nen, dass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil,
4 die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und
5 menschenverachtendes Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD
6 gibt. Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen darüber machen, dass die
7 Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund
8 maximaler Provokation tun.
- 9 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist*innen die Tatsache, dass diese menschenverachtende Einstellung
10 und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die
11 soziale und ökonomische Realität der Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen,
12 selbstverständlich nicht ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch
13 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien anzuhängen, ist
14 schlichtweg falsch. Menschen auf Grund ihrer ökonomischen Position innerhalb des Produktionsprozesses
15 jegliche Handlungsspielräume in Bezug auf ihre politische Orientierung abzusprechen ist für uns nicht alles
16 andere als emanzipatorisch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und seine Bevölkerung, sind
17 deutsche Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte
18 es nicht, um das Asylrecht zu verschärfen und repressive Funktionen des Staates auszubauen. Die AfD benötig-
19 te es nicht, in menschenverachtenden Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu beschneiden,
20 das haben Sozialdemokrat*innen und vermeintlich konservative Politiker*innen auch alleine geschafft.
- 21 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den wir auf verschie-
22 dene Art und Weise führen.
- 23 Ablehnung des Extremismusbegriffs:
- 24 Wir, als antifaschistischer Richtungsverband, sind der Überzeugung, dass es eine entschlossene und kämpfe-
25 rische Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden Verhältnisse resultiert.
- 26 Das Gerede von einer vermeintlichen demokratischen Mitte, die pragmatisch und unideologisch sei, ist ein
27 bürgerlicher Mythos. Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden „Extremen“ außerhalb
28 dieser Mitte beginnen, ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus einer fehlerhaften Analyse heraus ent-
29 steht.
- 30 Es ist auch klares Kalkül, denn diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese vermeintliche Mitte beru-
31 fen, einen Freifahrtschein zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und
32 Nationalismus keine Probleme vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische Landschaft,

33 wie einige Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungshandeln selbst
34 beweisen, auch ein Problem der politischen Linken.

35 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir keine Gegenfrage,
36 was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die menschenverachtend sind, es gibt Aussagen,
37 die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“
38 oder keiner politischen „Extreme“ halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft.

39 Wenn es auch in der hier stehenden Analyse sehr theoretisch und wenig konkret erscheint, so hat es auch für
40 den bayerischen Landesverband der Sozialdemokratie direkte Auswirkungen.

41 -Die Extremismustheorie ist nicht nur wissenschaftliche Theorie, sondern auch reaktionäre Praxis im Freistaat
42 Bayern, die dafür sorgt, dass linke Akademiker*innen oder Lehrer*innen wegen politischen Engagement nicht
43 in den bayerischen Staatsdienst übernommen werden. Wenn uns auch eine solche Praxis mehr an die antikommunistische
44 Hetze aus der Zeit des kalten Krieges erinnert, so sind sie wie zuletzt veröffentlichte Fälle
45 belegen immer Gang und Gäbe. Das muss sofort aufhören, für eine Ende reaktionärer Gesinnungsschnüffelei
46 gegen linke Genoss*innen!

47 -Das Ziel der Extremismustheorie ist das Verdecken menschenverachtender Einstellung in der vermeintlichen
48 Mitte. Diese Einstellung genau in dieser Mitte, in der sie auftreten zu benennen bedeutet auch Konsequenzen
49 in der politischen Zusammenarbeit zu ziehen. Eine CSU aus der zu hören ist sie wolle Einwanderung in
50 die Sozialsysteme bis zur letzten Patrone verhindern darf keine Option für eine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung
51 sein! Neben vielen anderen ist auch dies ein entscheidender Punkt der Ablehnung jeglicher parlamentarischen
52 Zusammenarbeit mit der CSU

53 -Der Kampf gegen menschenverachtende Einstellungen in der Mitte aber entlädt sich aber nicht nur an der
54 CSU. Die AfD gerade in Bayern keine marginalisierte Partei, sie ist vielerorts in Bayern vor der SPD im Ergebnis
55 der letzten Bundestagswahl gewesen. Die AfD wurde auch deswegen stark, weil die von ihnen vertretenden
56 Positionen als welche erkannt wurden, die nicht nur an konstruierten Rändern vorkommen. Statt daraus in der
57 gesellschaftlichen Mehrheit die Konsequenz zu ziehen Ressentiments und Positionen zu hinterfragen wurde
58 mit einem beinahe voyeuristischen Vergnügen die AfD auf jedes Podium gestellt, um mit dem Bruch angeblicher
59 Tabus klickzahlen zu schaffen. Das, was geschah war die Legitimation menschenverachtender Einstellungen.
60 Die Sozialdemokratie muss dem etwas entgegensetzen, im schmutzigen und reaktionären Wahlkampf,
61 der in Bayern vmtl. passieren wird muss sich die Sozialdemokratie als die fortschrittliche Kraft positionieren,
62 die klar Kante zeigt. Auch deshalb betonen wir nochmals den Beschluss: Wir gehen auf kein Podium mit der
63 AfD! Sie in einem Diskurs „zu stellen“, wie es so oft formuliert wurde hat nicht nur nicht funktioniert, das Gegenteil
64 wurde erreicht, ihre Positionen wurden durch den Diskurs mit uns legitimiert.

65 -Wir erwarten von der BayernSPD im Wahlkampf auch selber sich solidarisch zu zeigen. Antifaschistische Arbeit
66 findet nicht alleine in Parlamenten statt. Nur gemeinsam mit den verschiedenen Bündnispartner*innen wird
67 es uns gelingen auf der Straße dem rechten Rollback etwas entgegen zu setzen.

68 Asylpolitik:

69 Die aktuellen Zustände sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den Erfolg der AfD nicht ertragbar, nein
70 sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil menschenverachtende Ideologien nicht nur sagbar, sondern auch
71 machbar gemacht wurden in den vergangenen Jahren. Wir erlebten durch verschiedene, von der Bundesregierung
72 und somit auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regelmäßige Eingriffe in die Freiheiten von
73 Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte
74 versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen politischen Auftrag zu erfüllen. Der Angriff
75 muss also all jenen Strukturen gelten, die dies ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische Solidarität.
76 Wir sind solidarisch mit all jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der letzten
77 Jahren betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der Demo
78 bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

79 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverband politische Arbeit in den
80 Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor dem Asylkompromiss mit einem menschenwürdigen
81 Anrecht auf Asyl!

82 Hierfür können die folgenden Forderungen nur eine Basis sein, wir fordern:

- 83 -Das System bayerischer Abschiebelager unverzüglich abzuschaffen. Einem der größten rassistischen Coups
84 der CSU damit endlich den Gar ausmachen!
- 85 -Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und stattdessen eine gesamt-
86 europäische Lösung, die nicht v.a. auf Kosten südeuropäischer Staaten und Geflüchteter geht.
- 87 -Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Per se Menschen ohne Anhörung ihres Falles das Grund-
88 recht auf Asyl abzusprechen, weil sie aus einer bestimmten Region kommen ist eine Staaten und Gesellschaf-
89 ten im 21. Jahrhundert unwürdige Regelung.
- 90 -Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes. Sonderregelungen bei Sozialleis-
91 tungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte Benachteiligung
92 schaffen, wie es momentan der Fall ist.
- 93 -Keine Obergrenze, denn es gibt kein Maximum an Grundrechten.
- 94 Sicherheitsbehörden:
- 95 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum
96 der jüngsten großen Koalition, kam es auch zu verschiedenen Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsor-
97 gane und zu einem massiven Ausbau repressiver Möglichkeiten. Einen Höhepunkt bildeten die Repressionen
98 und die massive Polizeigewalt anlässlich des G20-Gipfels. Es sind auch diese autoritären Strukturen durch Ge-
99 setze, aber auch innerhalb einer Cop culture, der wir den Kampf ansagen. Es ist nicht so, dass Polizeibehörden
100 ausschließlich ein „Spiegel der Gesellschaft“ seien. Wer den Polizeiberuf ausübt, entscheidet sich bewusst für
101 einen Beruf, dessen Mittel und Prinzipien Hierarchien, starke Gruppenidentifikation und auch Gewalt sind.
102 Denn die Polizei nimmt die Rolle der Ausführung des staatlichen Gewaltmonopols ein. Menschen, die sich für
103 einen solchen Beruf entscheiden, entscheiden sich also auch dafür und sind damit nicht x-beliebige Personen,
104 die die Gesellschaft 1 zu 1 abbilden. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch Polizist*innen im Zusammen-
105 hang mit Demonstrationen, etc. bei denen gleichzeitig ein massiver Corpsgeist eine wirkliche Aufarbeitung
106 verhindert, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht gefeit davor, auch von menschenverachtenden Ideologien
107 geprägt zu sein. Racial Profiling Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus
108 diesem Grund braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Polizei durch verschiedene Akteur*innen, so-
109 wohl innerhalb staatlicher Institutionen, als auch durch die Zivilgesellschaft. Der Wille dazu ist hier auch da,
110 wir als antifaschistischer Verband fordern hierzu auch die Mittel zur Verfügung zu stellen.
- 111 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur das Versagen von
112 Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern des Verfassungsschutzes liegt in
113 seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die Extremismustheorie versagt als theoretisches Analysein-
114 strument, aber auch in geheimdienstlichen Praxis. Eine Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls
115 ein solches Instrument nutzt ist nicht nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Zusammen-
116 hang des NSUs, das seine Gründe auch hierin hat, beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in
117 ihrer realen Arbeit ausging und Ausgeht zeigt aber auch der Versuch einer politischen Aufarbeitung des ge-
118 samten NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legitimierten Kontrollinstanz hätten zukommen sollen,
119 wurden vernichtet oder nicht, bzw. erst nach langen Verzögerungen zur Verfügung gestellt, selbst von den
120 höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Ausschüsse wurden mit teilweise absurden
121 Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass der Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch
122 die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft oder wissenschaftliche Institutionen besser in den letzten Jah-
123 ren stattgefunden hat, als es durch den Verfassungsschutz getan wurde.
- 124 -Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen, die es ermöglicht nach im Amt begangenen Straftaten die Schuld-
125 igen zu identifizieren und Opfern von Polizeigewalt ermöglicht, die Täter*innen zu identifizieren.
- 126 -Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es beim Inlandsgeheim-
127 dienst der Fall ist.
- 128 -Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und nicht durch Kolleg*innen
129 durchgeführt werden. Der Corpsgeist und der hohe soziale Druck innerhalb von Polizeieinheiten verhindert
130 oft eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.
- 131 -Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende Polizeieinheit mit
132 rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden Sonderrechten.

- 133 -Abschaffung und Abwicklung des Inlandsgeheimdienstes, Gelder stattdessen investieren in wissenschaftli-
134 che Institutionen zur Untersuchung menschenfeindlicher und autoritärer Einstellungen und rechten Struktu-
135 ren.
- 136 -Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von Daten verschiedener
137 Menschen ist nicht mit liberalen Mindeststandarts einer bürgerlichen Demokratie zu vereinen.